



## Betrachtungen über die österreichische Socialdemokratie.

Von  
Friedrich Hertz.  
(Wien.)

Im August des verflossenen Jahres hat die deutsch-österreichische Socialdemokratie ihren Parteitag zu Aussig abgehalten. Der Bericht verzeichnet das übliche Mass von Fortschritten, obgleich die Nachlässigkeit vieler Organisationen es unmöglich machte, sichere statistische Angaben der Oeffentlichkeit vorzulegen. Ein eigentümlicher Ton durchzieht die Verhandlungen, ein Ausdruck der Verdrossenheit über das tägliche Einerlei des österreichischen Jammers, ein Dürsten nach grosser politischer Betätigung, eine Sucht, Vorwürfe zu erheben, ohne zu wissen, wogegen und auf Grund wessen. Tatsächlich kommt hier der Reflex unserer ganzen politischen Verhältnisse zur Erscheinung. Weder die Parteivertretung, noch die localen Vertrauensmänner verdienen in irgend einer Hinsicht einen Vorwurf. Die besonders schwierigen Umstände unseres Parteikampfes sind hier ja öfter erörtert worden. Parteien, die einander an wildester Demagogie überbieten, ein Volk, das niemals bisher zu politischem Denken erzogen wurde, eine Regierung, die — obwohl besser, als manche andere — doch jedes leitenden Princip entbehrt, und dazu noch die sichere Aussicht auf ein kommandes Regiment, dessen leitendes Princip dafür schon jetzt nur zu deutlich sichtbar ist, das ist das unerfreuliche Milieu unserer Action. Diese erfordert nicht nur Mut und Kampflust, wodurch sich die österreichische Partei stets ausgezeichnet hat, sondern auch zähe Energie in der Kleinarbeit des Tages und eine Selbständigkeit des Denkens, die beide dem österreichischen Charakter ferner liegen, als der Elan einer Strassendemonstration. Im Jahre 1897 war es gelungen, den Gegner an vielen Orten unvorbereitet zu überumpeln; der Rückschlag bei den Wahlen 1901, die die Partei fünf Mandate kosteten, war ebenso schmerzlich, wie die Tatsache, dass aller Opfermut der Arbeiterschaft den Wiener Wahlrechtsraub nicht hatte verhindern können.

Victor Adler sprach auf dem Aussiger Tag die folgenden bemerkenswerten Sätze: »Man kann auf der Strasse sehr viel tun, man

kann dem Gegner imponieren, man kann ihm etwas abzwängen, man kann Selbstbewusstsein und Rechtsgefühl in der Arbeiterschaft verbreiten, aber man kann die Arbeiter auf der Strasse nicht erziehen, vor allem sie nicht zu wirklichem socialdemokratischen Bewusstsein und zu socialdemokratischer Einsicht ausbilden. Ich sage hier offen, dass der Grundgedanke der Taktik heute ist, dass endgiltig auf diese Formen des äusserlichen Kampfes verzichtet werde, die heute zunächst nicht notwendig und, weil sie nicht notwendig, nicht möglich sind, und dass wir mit Bewusstsein sagen: Zurück in das Haus, zurück in die Vereine, zurück zu einer erziehenden Arbeit im einzelnen!« Diese mit lebhaftem Beifall aufgenommene Parole enthält gerade das, was uns zunächst am meisten nottut. Das natürliche Gewicht der Arbeiterpartei sichert ihr auf Jahre hinaus einen jährlichen Durchschnittsfortschritt unter dem industriellen Proletariat. Natürlich muss das Gewonnene gesichert werden und gleichzeitig dem Einfluss der Socialdemokratie auf die öffentliche Meinung, der vielleicht schon ihrer zahlenmässigen Bedeutung vorausgeeilt ist, die sichere Grundlage im Volke geschaffen werden. Die geistige Ueberlegenheit unserer Gedanken über die sterile Phraseologie der bürgerlichen Parteien und des officiellen *Patriotismus* zeigt sich in der merkwürdigen Tatsache, dass man unserer Propaganda nur mit Verleumdungen oder aber mit Ueberbietungen entgegentritt, sehr selten aber den Versuch einer principiellen Bekämpfung macht. Fordern wir den Achtstundentag, so verlangen die deutschnationalen Arbeiter den Sechsstundentag und derartiges mehr. Der Schrecken, den wir der Bourgeoisie einflössen, hat zu den eigentümlichen Verfälschungen der Arbeiterbewegung seitens der nationalen und klerikalen Parteien geführt, die in der fünften Curie nicht unter eigener Fahne, sondern unter der eigens hierfür gegründeter Arbeiterparteien kämpfen. Den im Wesen kleinbürgerlichen Parteien kommt es nicht darauf an, gelegentlich auf Kosten der Grossindustrie arbeiterfreundlicher zu sein, als wir; und im Falle eines Conflictes zwischen dem Arbeiterprogramm und der Parteihaltung lässt sich immer noch leicht ein aus Verleumdungen und Phrasen gefertigter Schleier über den Treubruch der Demagogen ziehen. Die unabhängige Intelligenz — besonders auch gebildete hohe Beamte — hegt natürlich vor dem Ernst, der Logik und der aller Demagogie feindlichen Würde unserer Partei bedeutende Achtung und äussert auch in ihrem Handeln entsprechende Sympathieen. Ein gutes Drittel der Auflage der *Arbeiterzeitung* dürfte von diesen Schichten gehalten werden. Die stärkste Wandlung ist aber in der Haltung der Regierung erfolgt, die überall, wo nicht die mächtige *Schlachta* oder der noch mächtigere Lueger gewichtige Interessen im Spiele haben, unserer Partei kaum feindlich entgegentritt. Der Neunstundentag für die Bergarbeiter, die Aufhebung des Zeitungsstempels, das Pressgesetz sind directe Erfolge der Socialdemokratie. Natürlich ist es die wichtigste Forderung.

die aus dieser günstigen Situation für uns entspringt, die geistige Cultur der Partei so zu fördern, dass die arglistigen Ueberbietungen und der Phrasennebel der kleinbürgerlichen Demagogie ohne Wirkung auf die Arbeiterschaft bleiben, andererseits aber unser geistiger Einfluss auf die intellectuellen Kreise noch verstärkt werde.

In dieser Hinsicht bleibt aber noch viel, ausserordentlich viel zu wünschen übrig. Die nationale Zersplitterung erfordert einen vervielfachten Apparat an Leitung, Organisation, Agitation und Denkarbeit. Unsere Verhältnisse stellen uns eine Reihe der schwierigsten Probleme, deren Lösung nicht aus einem unserer Classiker, sondern nur aus dem durch eingehende Studien vertieften demokratisch-socialistischen Bewusstsein geholt werden kann. Die Nationalitätenfrage, das Verhältnis zu Ungarn, die Agrarfrage, die oft unangenehme Alternative zwischen Capitalismus und Zünftlerthum, die Schaffung einer modernen Verwaltungsorganisation, ja selbst theoretisch so einfache Fragen wie die des Wahl- und Pressrechtes erfordern, wie die Sachen bei uns liegen, bedeutende Selbständigkeit und Sicherheit des politischen Denkens. Was die Selbständigkeit anlangt, so hat uns schon wiederholt Not beten gelehrt, und Doctrinarismus kann man der österreichischen Partei kaum vorwerfen. Theils aus angeborenem Temperament, theils aus geringem theoretischen Verständnis, theils aber aus einer gewissen notgedrungenen Sympathie für eine realistische Auffassungsweise hat man bei uns den ganzen theoretischen Conflict der letzten Jahre sehr gemüthlich beurteilt.<sup>1)</sup> Eine Ausnahme machten höchstens einige Genossen, bei denen Autoritätsbedürfnis und eine Art schematischen Denkens, das sich nur in sauber gezeichneten Gedankengebilden wohlfühlt, angeboren zu sein schienen. Viel geringer aber ist die *Sicherheit* des Denkens anzuschlagen. Wenigstens kann man es doch nur damit erklären, dass von unserer Seite höchst selten der Versuch gemacht wurde, unsere Lösung der socialen und politischen Fragen der öffentlichen Discussion vorzulegen. Wenn die Socialdemokraten im Parlament eine Debatte veranlassen, so handelt es sich entweder um galizische Zustände oder um Polizeiausbreitungen oder um irgend eine christlichsocialen Schweinerei, wobei dann stets grosse Nachfrage nach Galleriesitzen entsteht, was für die sachliche Bedeutung der Verhandlung gerade kein gutes Zeichen ist. Wo die principielle Discussion durch den Terrorismus in den Versammlungen so eingeschränkt ist, wie bei uns, müsste uns jede Gelegenheit erwünscht sein, unsere Grundanschauungen an jener Stelle zu erörtern, wo die Gegner nicht ausweichen können. Selbst wenn die gegnerische Presse das wirksame Mittel des Totschweigens anwenden sollte, so bleibt doch noch der Vorteil, dem Gegner grundsätzliche Aeusserungen zu entlocken, die die wahre Natur der Demagogen feststellen und dann in der Agitation ausgenutzt werden können. Wir besitzen ein vortreffliches Nationali-

<sup>1)</sup> Die Stellungnahme Victor Adlers soll hier übergangen werden, da gerade Adlers Praxis sehr oft Anlass zum Vorwurf eines sehr ausgiebigen *Opportunismus* gegeben hat.

tätenprogramm, das die unbedingt notwendige Folge der demokratischen Betrachtung des Problems ist. In den sechs Jahren, die eine socialdemokratische Fraction besteht, ist noch niemals der Versuch gemacht worden, eine parlamentarische Discussion dieser Grundsätze aufzurollen, während ganz kleine und geistig tiefstehende Gruppen fortwährend die Zeit des Parlaments mit unsäglich albernen Lappalien in Anspruch nehmen. Die formelle Unterstützung eines diesbezüglichen Antrags wäre bei den Italienern, Ruthenen, Slovenen leicht zu finden. Ebensowenig ist meines Wissens bisher ein Versuch gemacht worden, die breiteren Volksmassen mit unserer Auffassung vom wichtigsten Problem Oesterreichs zu durchdringen. In dieser Unterlassung ist es wohl zum Teil begründet, dass wir im eigentlichen österreichischen Industrieland, in Nordböhmen, dem *österreichischen Sachsen*, noch nicht jene Stellung einnehmen, die uns gebührt. Freilich wirken hier noch andere Gründe mit, die nur angedeutet werden sollen. Einesteils der ausserordentliche Terrorismus der nationalen Unternehmer, andernteils die verhängnisvolle Entblössung des Landes von bedeutenden agitatorischen Kräften. Wir sehen in Niederösterreich eine Anhäufung von hervorragenden Parteigenossen aus Nordböhmen, die hier im Kampfe gegen die Christlichsocialen stehen, während in ihrer Heimat der Mangel an sich auszeichnenden jungen Kräften beklagt wird. Die österreichische Politik ist eben durchaus föderalistisch, grosse einheitliche Parteien bestehen gar nicht. Selbst eine über das ganze Reich ausgebreitete Partei, wie die Volkspartei oder wie die Deutschfortschrittlichen, besteht aus provinziell ganz verschiedenen Elementen. Insbesondere Wien ist eine Insel für sich. Ausserhalb Wiens und Niederösterreichs ist die christlichsocial Partei gänzlich machtlos, denn was sich zum Beispiel in Vorarlberg *christlichsocial* nennt, gehört direct zur päpstlichen Armee und ist dem Wiener Condottiere der Kirche keine Treue schuldig. Trotzdem richtet sich fast der ganze Kampf der *Arbeiterzeitung* gegen die Wiener Herren, während die nationale Sippschaft nur ab und zu mit spöttischen Notizen bedacht und der böhmische Fortschrittsklüngel so ignoriert wird, als ob er bereits die Bedeutungslosigkeit der Wiener Liberalen besitzen würde. Auch in der Partei macht sich der erwähnte Zug der österreichischen Politik geltend. Die steiermärkische Socialdemokratie hat bereits ein eigenes Tagblatt, den *Arbeiterwillen*, und besitzt nach Wien entschieden die beste Organisation, die in sehr selbständiger und energischer Weise hervorragende Erfolge errungen hat. Bedauerlicherweise hat dieses Vorbild in Böhmen keine Nachahmung gefunden. Es besteht eine ganze Reihe von Blättern, die wöchentlich ein- oder zweimal in einer Auflage von 3 bis 4000 erscheinen und die mit Vorteil durch eine Tageszeitung ersetzt werden könnten, der ja in den einzelnen Kreisen eine locale Beilage beigegeben werden könnte. Den Provinzverhältnissen würde es am besten entsprechen, wenn das Blatt gegen Abend erschiene, so dass die Arbeiter nach Fabrikschluss ihr Organ vorfinden. Da in der

Provinz Abendblätter nicht erscheinen, würde es der neuesten Nachrichten halber auch bei den Bürgerlichen Absatz finden. Wenn das Blatt etwa in Reichenberg erschiene, könnte es am nächsten Morgen in allen Orten Böhmens sein und wäre immer noch als Morgenblatt actuell genug. Eventuell könnten ja die neuesten in der Nacht eingelaufenen Nachrichten in der an jedem grösseren Ort hergestellten localen Beilage ihren Platz finden. Uebrigens wurde auf dem letzten Parteitag ein Antrag angenommen, der dahin geht, die Gründung einer Tageszeitung für Deutschböhmen sei in ernste Erwägung zu ziehen und dem nächsten Parteitag hierüber Bericht zu erstatten.

Auch in anderer Hinsicht lässt das Presswesen manches zu wünschen übrig. Bei der sehr geringen Entwicklung der österreichischen Parteiliteratur, die überdies weder im Preis noch in der Behandlungsart stets dem niederen Bildungsstand angepasst ist, ist die fortwährend zu wiederholende Erklärung der Grundsätze eine Hauptaufgabe der Presse. Dem Centralorgan fielen dabei weniger die eigentliche Popularisierung, als die Anleitung hiefür zu, durch reichliche Informationen über die Tagesfragen, Besprechung von Neuerscheinungen, wirtschaftliche und socialpolitische Rundschauen, die dem Agitator den Zusammenhang mit der Theorie vermitteln. Diesen Aufgaben wird die *Arbeiterzeitung* sehr wenig gerecht. Unstreitig ist sie schon vom ästhetischen Standpunct eines der besten deutschen Blätter. Die ganze Scala ihres Ausdruckes von der feinen Satire und gemüthlichen Frozelei bis zur classischen Grobheit stellt eine unübertreffliche Anpassung an die guten Seiten des Wienerthums dar. Der frische Ton und das Fehlen des überflüssigen Ballastes machen ihre Lectüre zu einem wahren Vergnügen. Dagegen zeigt ein Vergleich mit einem reichsdeutschen Blatt, zum Beispiel dem *Vorwärts*, dass die *Arbeiterzeitung* einen weit grösseren Teil ihres Raumes allerlei interessanten Notizen, satirischen Stücken, literarischen Feuilletons und dergleichen einräumt, als dieser. Auch die Theaterkritik ist unter allen Wiener Blättern durch Geist, Aufrichtigkeit und zeitweilig durch Ausführlichkeit hervorragend. Artikel über allgemeine Fragen der Politik und Wirtschaft sind sehr selten, die Glossen sind fast nur polemischen Inhalts. Von der Behandlung der auswärtigen Politik wollen wir schweigen.

Die Provinzpresse steht mit einigen Ausnahmen — *Arbeiterwille*, *Volksrecht*, *Freigeist* und andere — auf ziemlich niedriger Stufe, was Wissen und Geschmack anlangt. Die meisten füllen ihre Spalten mit Ausschnitten aus der *Arbeiterzeitung*, allerlei Localgeschichten von groben Wirten und den Abenteuern des Herrn Pfarrers. Die Aufgabe dieser Presse wäre es, der Bevölkerung die ersten Elemente der politischen Bildung in schmackhafter Weise zu vermitteln und zur Benutzung der Literatur, zur Selbstbildung anzuregen. Die Arbeiterschaft selbst der zurückgebliebensten Orte weist meist ein lebhaftes Bildungsbedürfnis auf, dieses richtet sich aber viel mehr auf Naturwissenschaften, Philosophie, Literatur, als auf Politik und Oekonomie. Es ist mir versichert worden, dass viele

Wiener Arbeiter zuerst das Feuilleton und den localen Teil ansehen, dann die Theaterberichte und den *Gerichtssaal* lesen, den Roman nicht zu vergessen, für die Politik aber nur einige Blicke übrig haben. Das erklärt auch den schweren Kampf, den die *Arbeiterzeitung* mit allerlei billigen Zeitungswischen zu führen hat, die mit ihren Sensationsromanen noch immer viele Arbeiterleser — besonders unter den Frauen — finden. Es ist höchst erfreulich, dass in letzter Zeit eine rücksichtslose Agitation gegen diesen Uebelstand eingeleitet wurde, der auch die *interessante* Tendenz der *Arbeiterzeitung* als Unterstützungsmittel in diesem Kampf rechtfertigt. Eine grössere Sorgfalt bezüglich der politisch erziehlichen Wirkung ist aber erreichbar. Insbesondere wären häufigere Discussionen über wichtige Parteifragen zu wünschen. Bisher gehörten solche zu den grössten Ausnahmen; meines Wissens ist nur bei der Programmrevision vor zwei Jahren in der Presse discutiert worden. Eine Besprechung der auf die Tagesordnung der Parteitage gestellten Themen wäre sehr notwendig, damit die Teilnehmer bessere Gelegenheit zur Information finden, als bisher. Oftmals beklagt wurde es, dass das Centralorgan verhältnismässig sehr wenig über die politischen Verhältnisse und die Parteibewegung in der Provinz berichtet. Man ist hier gewiss über die Verhältnisse in Bayern oder Sachsen besser unterrichtet, als über die in Kärnten oder Galizien; wenn man aber eine Nachricht findet, ist es meist eine Ueberraschung — in günstigem oder ungünstigem Sinn. Ich habe sogar Beispiele dafür, dass über wichtige und erfreuliche Parteiereignisse in der Provinz bedeutend früher oder gar ausschliesslich in den bürgerlichen Blättern berichtet wurde.

Wir haben bisher einige Fragen der Organisation und Taktik behandelt, die sich aus dem Widerspruch zwischen den Anforderungen jeder Arbeiterbewegung und unseren noch ungenügenden materiellen Mitteln und geistigen Kräften leicht erklären. Dieser Widerspruch wird noch verstärkt durch ganz besondere, aus den uns eigentümlichen Verhältnissen entspringende Anforderungen an unsere Theorie und Praxis. In einem vor einiger Zeit hier veröffentlichten Aufsatz habe ich die von uns angestrebte Lösung der nationalen Frage eingehender behandelt.<sup>2)</sup> Eine andere Frage von ungemainer Bedeutung für unsere Bewegung ist die der Gewinnung von Einfluss auf die ländliche Bevölkerung. Nun ist gerade bei uns die Meinung sehr verbreitet, eine theoretische Lösung des Agrarproblems sei für die praktische Agitation gänzlich überflüssig, mit den unerschöpflichen Themen von den Militairlasten, dem Steuerdruck, der Schulfrage lasse sich die fortschrittlich gerichtete ländliche Wählerschaft bei nachdrücklicher und local angepasster Agitation gewinnen. Meines Erachtens haben die Kleinbauern und die Landarbeiter von selbst für die theoretischen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Neuordnung zwar wenig Interesse, sie könnten aber durch eine auf demokratische Grundansicht sich stützende Bewegung

<sup>2)</sup> Vergl. meinen Artikel *Probleme der nationalen Demokratie in Oesterreich. Socialistische Monatshefte*, 1902, II. Bd., pag. 574 ff.

in bisher kaum gehoffter Weise mitgerissen werden. Die Classenherrschaft in der Gemeinde, die Fragen der genossenschaftlichen Organisation, eine gerechtere Steuerverteilung, die Einschränkung des Bureaokratismus durch eine gründliche Verwaltungsreform u. s. w. -- dies alles macht — neben Schule und Militarismus — stets Eindruck auf das ländliche Denken. Dabei ist der Bauer nördlich der Donau — und besonders der Weinbauer — vom grundlosen Misstrauen des Aepplers gegen jede Neuerung und von der Scheu, radical zu denken, durch seine Naturanlage weit genug entfernt. Es finden sich gerade unter den Bauern oft eigentümliche Idealisten, die trotz der durch unsere Haltung geschaffenen Schwierigkeit instinctiv ihre Zugehörigkeit zur socialdemokratischen Bewegung fühlen und unter schweren Opfern treu zu uns stehen. Auch haben mannigfache Umstände bisher das Entstehen einer einheitlichen Agrarbewegung nach deutschem Muster gehindert. Die grossen Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Gebieten und die daraus entspringenden Unterschiede in der Lage der Landbevölkerung, der Reichtum unserer Grossgrundbesitzer und ihre enge Verknüpfung mit der Industrie sind einige der Momente, die neben der nationalen Schwierigkeit einen *Bund der Landwirte* bei uns unmöglich machen. Wenn also auch das Agrarprogramm zur Aufklärung der Bauern selbst nicht nötig sein sollte, so ist es um so dringender zur Aufklärung für die Agitatoren. Zwar wird heute kaum mehr ein Agitator die alte Ansicht von der naturgemässen Proletarisierung der Bauern u. s. w. auspacken. Er muss aber doch darauf gefasst sein, von gegnerischer Seite bezüglich des *Endzweckes* interpelliert zu werden. Nichts scheint mir nun verfehlter, als die manchmal angewendete Taktik des *Darüberhinwegredens*. Dadurch wird gerade das Misstrauen geweckt, der Glaube an ein von uns verborgen gehaltenes, vielleicht gefährliches Ziel gestärkt. Allerdings haben schon viele Agitatoren für den Landgebrauch ein eigenes in realistischem Sinne vielfach modificiertes Endziel sich gebildet. Es bleibt aber eben immer nur ein Privatideal; jeder beliebige Gegner kann unwidersprochen behaupten: ja, das ist deine Ansicht, aber nicht die deiner Partei. Offenheit und Sicherheit bezüglich des Endzweckes sind der unerlässliche Boden für eine Landagitation, die es im Einzelfall natürlich nicht nötig hat, gleich mit den letzten Zielen zu wirken, vielmehr die genannten Mittel der demokratischen Agrarpolitik in den Vordergrund stellen wird.

Eine andere überaus wichtige Frage betrifft die Bekämpfung des *Klerikalismus*. Noch ist dieser politische Factor lange nicht so mächtig, als vielfach ausserhalb Oesterreichs angenommen wird. Trotzdem müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, dass Oesterreich durch seine ägyptische Finsternis noch erst wird hindurchkommen müssen. Alles *Los von Rom*-Geschrei, alle Freisinnstiraden der Nationalen können das auf die Dauer nicht verhindern. Der Kleinbürger in Oesterreich ist trotz seiner elenden Existenz noch immer sehr zahlreich, und die ganze Macht der Par-

teien arbeitet daran, ihn mit den reactionärsten Mitteln zu stützen. Die Industrie wird durch bureaukratisches Uebelwollen gehemmt, jede kühnere Regung des Unternehmungsgesistes wird sofort von allen Seiten mit neidischem Geschimpfe überschüttet. Die Gemeinden treiben engherzigste Mittelstandspolitik auf eigene Faust, bekämpfen Hausierer und Blumenmädchen, verweigern Concessionen u. s. w. Die Wahlordnung macht die politisch unfähigste und corrupteste Classe des Kleinbürgertums zur Herrin des Parlaments. Das politische Getriebe zeigt eine genaue Uebertragung des Zünftlergeistes vom wirtschaftlichen aufs politische Feld: dieselbe engherzige und kurzsichtige Interessenpolitik, dieselbe lärmende Demagogie, dasselbe Streben, den Gegner, den man durch eigene Kraft nicht bewältigen kann, mit Staatsgewalt zu unterdrücken oder, wenn dies nicht geht, wenigstens zu ärgern und zu quälen, dasselbe Anklammern an alte vergilbte Privilegien bei völliger Missachtung und cynischer Verhöhnung jedes modernen Ideals. Diese *Mittelstandspolitik* wird von allen bürgerlichen Parteien mitgemacht. Da sie natürlich den gewünschten Erfolg nicht bringt, erzeugt sie notwendig die Tendenz des fortwährenden Ueberbietens. Die deutschnationale Partei hat bis jetzt noch eine ansehnliche Schicht von Industriellen, die die Zeitungen, Turnvereine und sonstige nationale Organisationen subventionieren. Sie kann daher in der *Mittelstandsrettere*i doch schliesslich und endlich nicht so weit gehen, wie die Klerikalen und Christlichsocialen, die durch keinerlei Rücksichten in dieser Hinsicht gehemmt werden. Nur dem Umstande, dass diese Parteien durch eine Reihe von schweren Corruptionsfällen in den grossen Provinzstädten auf Jahre hinaus compromittiert würden, verdanken ihre nationalen Gegner noch ihr Uebergewicht. Ein Mann, dessen agitatorische Fähigkeiten nur einen Teil der Luegerschen ausmachten, würde in Graz gar bald das schwarze Regiment aufrichten.

Auch der Wiener Spiessbürger war einmal ein gewaltiger Pfaffenfresser. Das Spielen der Nationalen mit religiösen Phrasen protestantischer Färbung bereitet nur dem katholischen Klerikalismus den Weg. Der Kleinbürger ist einer modernen religiösen Bewegung ganz unzugänglich, der sinnliche Reiz der Ceremonieen und die Hoffnung auf materielle Himmelsgaben beherrschen ihn gänzlich. Der katholische Pfaffe ist aber wenigstens ein Mann aus seiner Mitte, meist ein armer Bauern- oder Handwerkersohn, der auf Kosten der Kirche mit Hilfe von Stipendien, Freitischen etc. studiert hat, während der protestantische Pfarrer fast stets aus den gebildeten und wohlhabenden Kreisen stammt. Immer mehr und mehr sieht der Kleinbürger ein, dass einzig die klerikalen Parteien im stande sind, der Socialdemokratie Widerstand zu leisten, da ihre Anhängerschaft in viel tiefere Schichten hinabreicht, als die der Nationalen, und sie über viel volkstümlichere Agitationsmittel verfügt, als diese. In den kleinen Städten, wo der sociale Kampf weniger scharf ist, wird das *national-freisinnige Bürgertum*, das sich



auf locale Verwandtschaftsklüngel, Stammtische, die Hilfe der *Intelligenz*, der Sparcassenleitungen etc. stützt, die Herrschaft weiter behalten. In den grossen Städten sind seine Tage gezählt.

Wie soll nun die Socialdemokratie sich für den bevorstehenden Kampf rüsten? Einerseits hat sie die Classeninteressen des Proletariats nicht nur gegen das Grosscapital, sondern auch gegen den kleinen Ausbeuter kräftig zu vertreten und die industrielle Entwicklung in activerer Weise, als es sonst zu ihren Aufgaben gerechnet zu werden pflegt, zu befördern. Tatsächlich ist der Classengegensatz zwischen Proletarier und Kleinmeister keineswegs geringer, als zwischen jenem und Grossindustriellen. Manche Ausbeutungsarten, die Lehrlingsschinderei, die absichtliche Vernachlässigung der Ausbildung des Gehilfen, in dem der Kleinmeister nur den zukünftigen Concurrenten sieht, u. s. w., sind dem Handwerke eigentümlich und verschärfen den natürlichen Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter. Eine grosse Zahl von Kleinbürgern sind ausschliesslich Schmarotzerexistenzen, deren Beseitigung der wirtschaftliche Fortschritt dringend fordert. Eher dürfen wir den Agrariern Entgegenkommen beweisen, als den Zünftlern.

Ein sehr ungeeignetes Mittel im Kampfe gegen den Klerikalismus scheint uns die bereits erwähnte Pfaffenfresserei zu sein. Eine Hauptaufgabe und Voraussetzung der Demokratie ist es, den Massen nüchterne Logik und ein starkes Causalbedürfnis beizubringen. Hiegegen sündigt vor allem der Antisemitismus, indem er das Universalübel im Juden denunciert und seinen Anhängern die nüchterne Erwägung der von bösen und guten Menschen unabhängigen socialen Causalität gänzlich abgewöhnt. Die Pfaffenfresserei ist ihm eng verwandt, hat ihm wahrscheinlich stark vorgearbeitet. Der Kleinbürger braucht seine Sensation, seine Bösewichter, die dem Volke *feindlich gesinnt* sind, und seinen Helden, der es *rettet*. Er sieht daher überall, wo sein Blick die ökonomischen Gesetze seines Niederganges nicht erkennt, Corruption. Man lese den *Juif errant* des socialistisch angehauchten Eugène Sue, der einst der Halbgott des kleinen Bourgeois war: das böse Princip ist der Jesuit. In allen Weltteilen lauert er dem edlen Helden auf, eine internationale Verbrecherbande steht in seinem Dienst, die von einer geheimnisvollen Centralgewalt in einem unterirdischen Gewölbe geleitet wird, ungeheure Geldsummen stehen ihm zu Gebote, und niemand ist über den Verdacht erhaben, von ihm *gekauft* zu sein. Man setze statt *Jesuit* das Wort *Jude*, und man hat die Psychologie der Massen, die *Nieder mit den Dreyfusards!* riefen.

Zwei wichtige Kampfesmittel gegen die klerikale Gefahr sind die Unterstützung aller auf Volksbildung abzielenden Bestrebungen, sowie die Organisation der arbeitenden Jugend und der Frauen. In beiden Beziehungen schreitet die österreichische Socialdemokratie auf dem richtigen Wege, und es wird uns vielleicht möglich sein, einmal in ausführlicherer Weise Mittel und Resultate dieser Bewegungen darzustellen.

# Die Bedeutung von Eduard Davids Agrarwerk.

Von

**Eduard Bernstein.**

(Berlin.)

Soeben ist der erste Band von Eduard Davids Werk *Socialismus und Landwirtschaft* erschienen. Die Bedeutung, die das Buch meiner Ueberzeugung nach für die Socialdemokratie hat und die ich im folgenden zu kennzeichnen versuchen will, mag es rechtfertigen, wenn ich ihm an dieser Stelle einige Worte widme.

Davids Buch verdankt sein Entstehen den Discussionen, die Mitte der neunziger Jahre innerhalb der deutschen Socialdemokratie über die Frage gepflogen wurden, welche Stellung die Partei zu der Landwirtschaft und den ihr angehörenden Classen einzunehmen habe, und die der letzte derjenigen Congresse der Partei, die sich eingehender mit der Agrarfrage befasst hatten, der Breslauer Parteitag von 1895, in sehr wichtigen Puncten, insbesondere in der Frage der bäuerlichen Betriebe, unentschieden gelassen hat, weil ihm die Sache zu einer endgültigen Stellungnahme noch nicht genügend geklärt schien. Wenn diese Vertagung der Entscheidung noch einer Rechtfertigung bedürfte, so wird sie unter anderem durch das vorliegende Buch Davids geliefert.

Bis in die neunziger Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts hinein herrschte in der deutschen Socialdemokratie die Meinung vor, dass die Entwicklung der Landwirtschaft und ihrer Betriebsformen sich, wenn auch langsamer und mit gewissen Abweichungen, so doch in der Hauptsache in wesensgleicher Weise vollziehe, wie die Entwicklung der Industrie, wobei unter *wesensgleich* in Bezug auf die Betriebsfrage die Verdrängung oder Aufsaugung der kleinen und mittleren Betriebe durch die Grossbetriebe, die grössere Wirtschaftlichkeit dieser gegenüber jenen verstanden wurde. Kein Buch hat vielleicht mehr zur Ausbreitung und Befestigung dieser Auffassung beigetragen, wie W. Liebknechts Schrift *Zur Grund- und Bodenfrage* und G. Eccarius' von Marx durchgesehenes Schriftchen *Eines Arbeiters Widerlegung der ökonomischen Lehren John Stuart Mills*. Die grosse Concentrierung des Grund- und Bodeneigentums in England, damals das Musterland des modernen Capitalismus, und die relativ hohen Erträge seines Weizenbaus schienen die betreffende Auffassung über allen Zweifel hinaus sicherzustellen.

Während indes auf dem Gebiete der Industrie daheim und auch anderwärts sich die Beweise für die Tendenz zur Concentration mit jedem Jahr häuften, wollten sie sich auf dem Gebiete der Landwirtschaft absolut nicht einstellen. Um die Wende der achtziger Jahre freilich schien die Theorie durch die grossen Riesenfarmen im Westen der Vereinigten Staaten von America eine glänzende Bestätigung zu erfahren, und auch die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in America ward als ihre Bekräftigung mit Freuden begrüsst. Kenner der damaligen Literatur der Partei werden sich der hochgespannten Erwartungen erinnern, welche an die Erfindung und Einführung bestimmter Maschinen geknüpft wurden. Eine neue Buttermaschine zum Beispiel ward eines Tages — um mich nicht besser zu machen, als andere, will ich gern sagen: von uns — als der Pionier einer agrarischen Revolution, als ein Totengräber ungezählter Kleinbetriebe freudig begrüsst. Es vergingen aber kaum zehn weitere Jahre, da verkündete der einst feurigste Prophet der americanischen Riesen-

farmen, der auch in socialistischen Kreisen als Sachkenner gern gelesene conservative Socialpolitiker Dr. Rudolf Meyer das *naheende Ende des landwirtschaftlichen Grossbetriebs*, und die immer mehr mit dem flachen Land in Berührung kommende socialistische Agitation überzeugte sich sozusagen *ad oculos* von der Lebensfähigkeit des landwirthschaftlichen Kleinbetriebs. Was die einzelnen sahen, ward durch Ergebnisse von allerhand landwirthschaftlichen Erhebungen bestätigt.

So wurden die Geister stutzig und erhoben sich die eingangs erwähnten Debatten, bei denen die ganze bisherige Theorie in Zweifel gezogen wurde. Diese fand ihren energischsten Verteidiger in Karl Kautsky, der dann, als der Breslauer Parteitag vorüber war, sich daran machte, in einem grösseren Werk, der 1898 erschienenen *Agrarfrage*, darzutun, dass und warum die alte Lehre durch die tatsächliche Entwicklung in ihren Grundzügen durchaus nicht erschüttert sei und dass die an sie geknüpften Folgerungen nur in Bezug auf das abgeschätzte Zeitmass und einzelne formale Seiten der Entwicklung irrten, sonst aber nach wie vor die Grundlage der socialdemokratischen Agrarpolitik zu bilden hatten.

Es liegt nicht nur nahe, es ist sogar unabweisbares Gebot, das Verhältnis des nun vorliegenden Davidschen Werkes zu der eben genannten Arbeit Kautskys zu charakterisieren. Wenn es auch in Anlage und Durchführung weit über den Rahmen einer blossen Streitschrift hinausreicht, so ist es doch in Bezug auf die berührte Frage als eine Gegenschrift gegen die Kautskysche *Agrarfrage* zu betrachten, an deren Darlegungen es häufig eine recht scharfe Kritik übt. Ja, ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich bemerke, dass es kaum möglich ist, dem einen der beiden recht zu geben, ohne die Schrift des andern für im Kern verfehlt zu erklären. Was immer David und Kautsky sonst für die Socialdemokratie sind, was immer jeder von ihnen zur Erhellung von Einzelheiten des socialistischen Agrarproblems beigetragen hat, massgebender Theoretiker für die Principien der Agrarpolitik der Socialdemokratie kann nur einer von ihnen sein. Was sie in Bezug auf diese letztere als Theoretiker trennt, sind nicht Meinungsverschiedenheiten über Fragen zweiten und dritten Ranges, sondern ist das Fundament, der bestimmende Ausgangspunct ihrer Betrachtungsweise.

Um diesen fundamentalen Unterschied in knappen Sätzen zusammenzufassen, glaube ich ihn so formulieren zu sollen, dass für Kautsky die Landwirtschaft in ihren verschiedenen Zweigen zwar mehr oder minder erhebliche Verschiedenheiten von der eigentlichen Industrie aufweist, diese Verschiedenheiten aber lediglich auf dem Gebiet der sich in mechanische Prozesse auflösenden Arbeitstechnik liegen, während für David das unterscheidende Merkmal zwischen Landwirtschaft und Industrie gerade darin besteht, dass bei der ersteren der Produktionsprocess sich nicht in mechanische Prozesse auflösen lässt, sondern stets ein in wesentlichem Umfange organischer Process ist, der jenseits der vom Menschen und dessen Maschinen geleisteten Arbeit vor sich geht.

Damit soll selbstverständlich nicht unterstellt werden, dass Kautsky sich den organischen Factor in der Landwirtschaft gänzlich verschwiegen habe und überhaupt nicht wisse, dass das Bauen von irgend welchen Gewächsen, das Züchten von irgend welchen Tieren stets einen mehr oder minder bedeutenden organischen Vorgang einschliesst, der sich als solcher nach eigenen, dem Eingreifen

des Menschen nur einen begrenzten Spielraum lassenden Gesetzen vollzieht. Es wäre ebenso abgeschmackt, einem urteilsfähigen Menschen Unkenntnis dieses Umstandes vorzuwerfen, wie es eine sehr veraltete Anschauung wäre, den Unterschied zwischen mechanischem und organischem Process als durch in jeder Hinsicht unverrückbare Grenzen bestimmt aufzufassen. Was aber hier festzustellen ist, ist dies, dass dieser Unterschied, der jedenfalls noch auf absehbare Zeit hinaus der landwirtschaftlichen Production einen von dem der industriellen Production fundamental verschiedenen Charakter verleiht, von Kautsky bei seinen theoretischen Untersuchungen vollständig beiseite gelassen, als etwas *Nebensächliches* behandelt wird, während er bei David in den Vordergrund gerückt wird, den *Ausgangspunct* seiner Untersuchung bildet und so als die das *Wesen* des Problems bestimmende *Kernfrage* erscheint oder vielmehr ins hellste Licht gestellt wird. Indem David auf diese Weise von den unterscheidenden Merkmalen des landwirtschaftlichen *Arbeitsprocesses* ausgeht und diesen in scharfsinniger Methodik zergliedert, um von den so gewonnenen Erkenntnissen zu schärferer Begründung der landwirtschaftlichen Betriebs- etc. Fragen vorzuschreiten, verfährt er durchaus im Geiste der Forderungen, welche gerade die marxistische Theorie an die wissenschaftliche Behandlung von Fragen, wie die hier vorliegende, stellt. Er, der wiederholt mit scharfem Geschütz gegen die *Marxisten* zu Felde zieht — unseres Erachtens sollte man dies Wort in der Polemik möglichst selten ins Spiel bringen, es aber, wenn man es einmal in die Polemik zieht, nie ohne Qualificierung gebrauchen, da der Begriff *Marxismus* sehr deutungsfähig ist — er zeigt sich hier seinem marxistischen Gegner Kautsky als der strenger im Geiste der marxistischen Theorie vorgehende Forscher. Denn Kautskys Untersuchung beginnt mit dem viel *äusserlicheren* Verhältnis der bäuerlichen Wirtschaft zur Industrie als der typischen Vertreterin der *capitalistischen* Productionsweise, wo dann, da die Industrie und die von ihr herbeigeführte Ausgestaltung der Verkehrsverhältnisse nachweisbar eine immer stärkere Einwirkung auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft ausgeübt haben, von vornherein der Eindruck gewonnen wird, den die nachfolgenden Capitel nur noch verstärken, dass von einer in der Natur der Sache liegenden *Grenze* für die Beeinflussung der Landwirtschaft durch die Industrie überhaupt nicht zu reden sei. Wie aber in der Mathematik die kleinste Abweichung im Ausgangspunct zwei gerade Linien bei der Verlängerung in immer grössere Entfernung von einander bringt, so wird auch jede theoretische Deduction, die im Ausgang in irgend einem noch so kleinen Punkte fehlerhaft war, gerade dann notgedrungen zu immer grösseren Widersprüchen mit der Wirklichkeit führen, mit je grösserer Folgerichtigkeit bei ihr vorgegangen wird. Und niemand wird Kautsky das Zeugnis verweigern, dass seine grundsätzlichen Deductionen in formeller Hinsicht in der Regel unantastbar sind.

Wie aber die Tatsache erklären, dass sich, im Gegensatz zur Industrie, selbst — oder vielmehr gerade — in den vorgeschrittenen Culturstaaten die Klein- und Mittel-, das heisst die bäuerlichen Betriebe der Landwirtschaft hartnäckig am Leben erhalten, ja verschiedentlich den Grossbetrieben Boden abgewinnen? Nach Kautskys Deduction, dass in ein und derselben Gesellschaft es auf die Dauer nicht zwei einander entgegengesetzte Entwicklungsbewegungen neben einander geben könne und dass in der modernen capitalistischen Gesellschaft die industrielle Entwicklung die entscheidende Rolle spielt, wäre der andauernde

Fortbestand der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe eine nur durch widersinnige oder widerwirtschaftliche Vorgänge zu erklärende Abnormität. Und als solche stellt ihn denn auch Kautsky in der Hauptsache hin. Für Einzelfälle gibt er zwar eine Ueberlegenheit von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben über Grossbetriebe zu, im allgemeinen aber führt er die Lebenszähigkeit der ersteren auf Ueberarbeit und unternormale Lebenshaltung der kleinbäuerlichen Landwirte zurück, was, wenn richtig, in der Tat — so viel muss zugestanden werden — diese Existenzen als widerwirtschaftlich kennzeichnen würde. Es ist aber schon verschiedentlich nachgewiesen worden und wird von David ebenfalls festgestellt, dass Kautsky in dieser Hinsicht ganz und gar übertreibt. Auch die Verschuldung der kleinbäuerlichen Betriebe und ihre Abhängigkeit von industriellen und commerciellen Unternehmungen ist von Kautsky in dem Bestreben, den Fortbestand dieser Betriebe mit der Theorie von der einheitlichen Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft in Uebereinstimmung zu bringen, sehr übertrieben worden. Dieser These zuliebe oder durch sie verleitet hat Kautsky ferner die Ansammlung von landwirtschaftlichen Hypotheken in den Credit-, den Hypotheken- und den Versicherungsinstituten als eine dem Concentrationsprocess in der Industrie entsprechende Concentration des Bodenbesitzes hingestellt, ein Analogieschluss, der in Bezug auf Voraussetzungen und Folgerungen als durchaus irreführend nachgewiesen ist. Kurz, Kautskys *Agrarfrage* weist eine Reihe von Vergewaltigungen der Tatsachen auf, die in letzter Instanz sämtlich auf das Bedürfnis zurückzuführen sind, eine Uebereinstimmung zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Folgerungen seiner Doctrin festzustellen, die in der Wirklichkeit nicht besteht.

Wo aber zwischen der Theorie oder den aus ihr folgerichtig abgeleiteten Sätzen und der Wirklichkeit ein Gegensatz herrscht, da muss der Fehler in der Theorie liegen. Im vorliegenden Falle heisst dies: Zwischen den Entwicklungsbedingungen der Landwirtschaft und denen der Industrie müssen grössere Verschiedenheiten bestehen, als Kautsky zugibt.

Kautsky betont eigentlich nur einen wesentlichen Unterschied zwischen Landwirtschaftsbetrieb und Industriebetrieb: die Verschiedenheit ihrer räumlichen Ausdehnung. Von andern Unterschieden legt er noch der Tatsache Bedeutung bei, dass insbesondere der bäuerliche Betrieb vielfach noch in beträchtlichem Umfange Production für den eigenen Bedarf einschliesse und in entsprechendem Grade Hauswirtschaft sei, was unter anderm auch für den beim Bauer arbeitenden Landarbeiter eine wesentlich andere Position bedeute, als es die des modernen Industriearbeiters ist. So richtig indes die Berücksichtigung dieser Eigentümlichkeiten ist, so reicht sie doch für die zu leistende Erklärung nicht aus. Was zum Beispiel das Moment des Raumumfangs anbetrifft, so gibt es allerhand industrielle Betriebe, die es in dieser Hinsicht mit ganz respectablen landwirtschaftlichen Betrieben aufnehmen, ohne darum die charakteristischen Merkmale der Industrie einzubüssen.

Vergleichen wir zum Beispiel die Industrie der Kohलगewinnung mit der Landwirtschaft. Nach einer oft gebrauchten Einteilung gehören beide einer und derselben Gruppe von Produktionszweigen an: der sogenannten *Urproduction*, der *extractiven* Industrie. Bei beiden ist der Betrieb jedesmal örtlich gebunden, das Kohlenbergwerk sogar noch in viel höherem Grade, als etwa ein landwirtschaftliches Unternehmen, das der Viehzucht gewidmet ist. Und wie weit dehnt sich

nicht oft das Kohlenbergwerk vom Eingang zur Grube bis zu den verschiedenen Arbeitsorten aus! Aber trotzdem ist das Kohlenbergwerk durchaus ein industrieller Betrieb, der Kohlengrubenarbeiter heute ein Industriearbeiter, was vom Viehknecht in irgend einer Viehzüchtereier nicht gesagt werden kann, vom Gutsknecht anderer Landwirtschaftsbetriebe ganz abgesehen.

Der fundamentale Unterschied liegt also nicht im Raumbereich des Betriebs. Er ist auch nicht im Stück Hauswirtschaft zu suchen, das mit der Landwirtschaft meist noch verbunden ist und wovon auch wieder in der Industrie hier und da noch Spuren oder gleichwirkende Beziehungen vorhanden sind. Entscheidend ist vielmehr, dass, um mit David zu reden, »die landwirtschaftliche Arbeit nur vorbereitende oder begleitende Hilfsarbeit für pflanzliche und tierische Lebensprozesse ist«, dass im Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Guterzeugung ein organischer Prozess steht, der, man halte den Ausdruck fest, ein *Lebensprozess* ist, ein physiologischer Vorgang, dem der Mensch nachhelfen, den er aber nicht in einen mechanischen, seinem Willen unterworfenen verwandeln kann. Der Mensch ist hier nur mittelbar Schöpfer, direct dagegen bloss Lenker und Pfleger. Seine Arbeit entbehrt hier »gänzlich des continuierlichen Flusses, den wir bei der Production eines mechanischen Machwerks finden«. Sie kann weder nach Belieben fortgesetzt, noch nach Belieben unterbrochen werden. Der vegetative und animalische *Wille*, das heisst die physiologischen Ansprüche von Pflanze und Tier schreiben je nachdem gebieterisch Vornahme und Unterbrechung bestimmter Arbeiten vor. Dies in Verbindung mit der Rolle, welche die Witterung in der Landwirtschaft spielt — eine Rolle, die man bisher wohl für einzelne ganz bestimmte Sonderzweige neutralisieren, sonst aber nur wenig zu verringern vermocht hat — dies hat in der Landwirtschaft eine *räumliche Unständigkeit* und eine *Abfolge der*, sowie ein *Nebeneinander von Arbeiten* zur Folge, wie sie in gleicher Art und Combination in der Industrie ganz und gar nicht zu finden sind.

Und weil die Gleichmässigkeit und Güte der Vorbereitungs- und Pflegearbeiten in der Landwirtschaft meist nicht sofort nach deren Vollendung zu Tage treten, fehlt der Landwirtschaft meist auch jene *innere Controle*, wie sie im arbeitsteiligen Industriebetrieb gewöhnlich schon dadurch gegeben ist, dass »das werdende Product in einer geschlossenen Stufenfolge aus der Hand des einen Teilarbeiters in die des andern wandert«. So ist »hier das Selbstinteresse des Arbeiters an dem Productionserfolg viel schwerer zu entbehren, wie dort«.

Aus dem innersten Wesen der eigenartigen Natur des Arbeitsgegenstandes der Landwirtschaft und des halb Arbeitsmittel, halb Rohmaterial darstellenden Bodens leitet sich die Tatsache her, dass für den Betrieb der Landwirtschaft und die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebsformen andere Gesetze gelten, als für die totes Material verarbeitende Industrie. Wenn Marx dies nicht scharf genug gesehen hat, so rührt dies unter anderm daher, dass er, wie David zeigt, die Rolle des Bodens und der Tiere im landwirtschaftlichen Productionsprozess nicht erschöpfend gewürdigt hat, wenigstens soweit es sich um die von seinem Werk veröffentlichten Parteen handelt. Denn wie er schon im dritten Buch sich über gewisse Fragen, wie zum Beispiel die der Bodenerschöpfung, anders äussert, als im ersten Buch, so mögen seine späteren Studien über die Grund- und Bodenfrage

ihn auch in andern Punkten zu Ansichten geführt haben, die von dem im ersten Band und im Eccarius ausgesprochenen Urteilen erheblich abweichen.

Wie dem aber auch sei, so ist so viel festzuhalten, dass die von David angewandte Methode den Anforderungen des Wissenschaftstheoretikers Marx im vollsten Masse gerecht wird. Nicht im Widerspruch mit dieser Methode kommt David zu Folgerungen, die gewissen marxistischen Schlüssen widersprechen, sondern infolge der Tatsache, dass diese Schlüsse gerade auf Grund ungenügender Durchführung der Methode gewonnen wurden.

Es ist kein innerer Widerspruch, dass für den Betrieb der Landwirtschaft die Wirtschaftlichkeit der Betriebsklassen, selbst bei gleicher Bodenlage und gleicher Bodenqualität, sich anders verhält, als in der Industrie. Es bedeutet dies auch nicht, dass die Landwirtschaft ausserhalb des capitalistischen Einflusses bleibt, der das bezeichnende Merkmal des modernen wirtschaftlichen Lebens bildet. Es bedeutet nur, dass auf die Landwirtschaft dieser Einfluss nicht in völlig gleicher Weise wirkt, wie auf die Industrie. Es bedeutet nur oder ist nur ein Zeichen dafür, dass die Concentration der Produktionsbetriebe gar nicht das oberste Gesetz der modernen Wirtschaft ist, sondern die Production für den Markt unter den Gesetzen des Markts, das heisst gemäss den Ansprüchen der höchsten Wirtschaftlichkeit. Für diese ist es aber gleichgültig, ob sie durch Concentration der Produktionsbetriebe oder durch intensiven Betrieb in Verbindung mit kostensparender Organisation des Absatzes etc. erreicht wird.

All das weist das Davidsche Buch in überzeugender Weise nach. David geht dabei in vorzüglicher Systematik und mit einer Gründlichkeit vor, die sein Buch zu einem wahren Cursus der Landwirtschaftstheorie erhebt. Schon die blossen Capitelüberschriften zeigen, wie trefflich hier nach denjenigen Grundsätzen gearbeitet worden ist, welche die stärkste Seite der inductiven Methode bilden. Von der Kennzeichnung der Productionselemente in der Landwirtschaft geht David, auch darin den schönsten Entwicklungen der Produktionsanalyse bei Marx folgend, zur Kennzeichnung der Bedeutung vor, welche hier der Cooperation zukommt, wo deren Möglichkeiten liegen und wo sie versagt. Dann wird in gleicher Weise die Rolle der Arbeitsteilung in der Landwirtschaft behandelt, weiter die landwirtschaftliche Maschine in betriebstechnischer Hinsicht und, wieder in einem andern Capitel oder eigentlich Abschnitt — denn es sind ganze Abhandlungen mit vielen bedeutsamen Unter Capiteln, die wir hier vor uns haben — ihr Einfluss auf die Lage der Landarbeiter. Dann kommen wir zu Capiteln, die sich genauer mit dem Boden und seiner Ernährung, der Pflanzenernährung und Pflanzenveredlung, der Viehzucht und ihrer Fortschritte befassen. In zwei grösseren Capiteln wird ferner die geschichtliche Entwicklung des Landwirtschaftsbetriebs von der alten Wirtschaft für den Familienbedarf in weiterem Sinne (*Oikoscirtschaft*) über die Periode der individualistisch betriebenen Landwirtschaft hinaus bis zu den für die Production differenzierten und für den Vertrieb etc. genossenschaftlich organisierten Landwirtschaftsunternehmungen der Neuzeit dargestellt, worauf dann erst, im zwölften Capitel, die allgemeinen Principien der landwirtschaftlichen Produktionsentwicklung dargestellt werden. Damit schliesst der vorliegende erste, die Betriebsfrage behandelnde Band ab.

Auf seine Ergebnisse hinsichtlich der Einzelfragen einzugehen, würde hier zu weit führen. Von durchgreifender Bedeutung ist, dass der Fortbestand der bäuerlichen Betriebe nach ihm nicht mehr als eine vorübergehende, zumeist auf Ausnahmsbedingungen gegründete, aber mit wenigen Ausnahmen dem Wirtschaftsgesetz, das den höchsten Nutzeffect für die aufgewendete Arbeit fordert, widersprechende Erscheinung zu betrachten ist. Wir erkennen ihn vielmehr als eine dem Wirtschaftsgesetz entsprechende, das höhere Ergibigkeit wurzelnde und darum noch auf lange hinaus dauernde und wirtschaftlich berechnete Erscheinung, und wir sehen, dass diese Ergibigkeit in der Masse sich erhält und steigert, als diese Wirtschaften sich für Beschaffung ihrer Materialien und den Absatz ihrer Producte genossenschaftlich föderieren, und weiterhin bedingt wird durch die steigende Consumfähigkeit der breiten Masse der städtischen bezw. industriellen Bevölkerung. Die Lebensfähigkeit der bäuerlichen Betriebe steht nicht im Gegensatz zur Entwicklung zum Industriestaat, sondern ist im Gegentheil durch sie bedingt, ihr eigenes Product, weil nur der entwickelte Industriestaat jene intensive Bodenbearbeitung ermöglicht und lohnend macht, wie die auf der Höhe der Zeit stehende Landwirtschaft sie repräsentiert.

Die alles war schon öfter an gewissen Beispielen empirisch festgestellt oder deductiv gefolgert worden. Hier aber wird es auf Grund streng wissenschaftlicher Methode in einer Weise theoretisch begründet, wie es ebenso erschöpfend noch in keiner Abhandlung geschehen ist. Nach diesem Werk, wenn es nicht durch die Kritik als auf völlig falschen Voraussetzungen fussend oder in falschen Schlussfolgerungen auslaufend erwiesen wird, ist die althergebrachte socialistische Auffassung von den Aussichten oder vielmehr der Aussichtslosigkeit der bäuerlichen Wirtschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten und muss fallen.

Die socialistische Agitation wird darunter nicht zu leiden haben. Im Gegenteil. Statt dem Bauer entweder mit schlechter Taktik seinen bevorstehenden Untergang voraussagen zu müssen, an den dieser nicht glaubt, oder ihm mit schlechtem Gewissen Reformen empfehlen zu müssen, deren Heilkraft ihm selbst wieder zweifelhaft dünkt, wird der socialistische Agitator von nun an mit dem Interesse sprechen können, das der Bauer am Uebergang zu höheren Produktionsformen in der Industrie, an der Steigerung und qualitativen Hebung des Consums der Städter hat, von der hoffnungsvollen Zukunft, die, statt der völlig verkehrten und daher stets gescheiterten landwirtschaftlichen Productivgenossenschaft, der landwirtschaftlichen Producentengenossenschaft winkt, sobald sie mit der städtischen Arbeiterconsumgenossenschaft in engere Verbindung tritt, und er wird ihm mit gutem Gewissen sagen können, dass die Socialdemokratie nicht daran denkt, jenen Bauer auf irgend eine Weise als Wirtschaftler zu beseitigen, der als Intensivcultur treibender Landwirt die höhere Productivität landwirtschaftlicher Arbeit vertritt, sondern dass sie ihn im Gegentheil als einen Bürgen für eine bessere Zukunft betrachtet und ihm seine Producententätigkeit nach Möglichkeit zu erleichtern suchen wird. Der kleine Bauer, der, wenn er auch nicht Lohnarbeiter ist, doch stets den arbeitenden Classen zugerechnet wurde, kann nun erst ein in jeder Hinsicht möglicher Socialdemokrat werden.

Damit hat das Davidsche Buch neben der wissenschaftlichen auch eine grosse politische Bedeutung. Unsere Wahlkreiseinteilung im Reich bevorzugt



die ländlichen Wahlkreise bekanntermassen ganz ungeheuer. Aus diesen Wahlkreisen aber zieht unsere Reaction ihre Kraft. Wohl hat die socialdemokratische Agitation vielfach auch mit ländlichen Wählern Fühlung genommen; aber im grossen und ganzen hat sie den Bauer nicht zu gewinnen bezw. zu halten vermocht, wenn ihn ihre Agrartheorien nicht oft direct abgestossen haben. Mit einem Programm auf Grund der Darlegungen Davids ist eine intimere Fühlung mit dem Bauer möglich, wenn sie sich natürlich auch nicht gleich von heut auf morgen machen wird. Es wird aber jedenfalls den Reactionären das Werk der Aufhetzung der Bauern gegen die Socialdemokratie erheblich erschweren.

So hat die Socialdemokratie allen Grund, das Buch Davids sorgfältig zu studieren. Da es gegen eine mit Leidenschaft verfochtene Agrartheorie Sturm läuft, so ist ihm eine Polemik von deren Verfechtern sicher. Es bleibt abzuwarten, ob sie mit denselben Mitteln operieren wird, die bisher gegen Schriften gleicher Tendenz, wie das Davidsche Werk, beliebt wurde, oder ob man endlich sich zu einer Kampfweise entschliessen wird, bei der eine erspriesslichere Discussion möglich bleibt. Im Interesse der Gesamtheit wünschen wir aufs wärmste das letztere. Aber was auch in dieser Hinsicht geschieht, eines glaube ich schon jetzt aussprechen zu dürfen, ohne der in verschiedenen Punkten so verdienstlichen Arbeit von Alfred Nossig über die moderne Agrarfrage und den Vorarbeiten von Friedrich Hertz unrecht zu tun: dass Davids Buch eine Epoche in der socialistischen Erörterung des Problems der Landwirtschaft markiert. Die Partei darf ihm und sich selbst zu diesen bedeutenden, nach dem Horazischen *Nonum prematur in annum* gearbeiteten encyclopädischen Werk aufrichtig Glück wünschen. Es ist eine wissenschaftliche Leistung, auf die ihr Verfasser und seine Partei gleichermaßen stolz sein dürfen.

## Die badische Landwirtschaft.

Von

Eduard David.

(Mainz.)

Die Zeiten sind vorüber, wo der schöne Landstreifen, der vom Quellgebiet der Donau zum Bodensee hinabsteigt, dem Rheinstrom bis zum Neckar folgt und darüber hinaus in seinem nordöstlichen Zipfel bis zum Mainviereck sich hinreckt, als *Musterländle* einer liberalen Staatswirtschaft anderen deutschen Gauen voranleuchtete. Aber ein *Musterländle* ist Baden doch noch, ein *Musterländle* bäuerlicher Landwirtschaft.

Es ist dies einmal in dem Sinne, dass sich hier auf verhältnismässig kleinem Raum eine Musterkarte der verschiedensten Richtungen landwirtschaftlicher Production vorfindet. Diese Mannigfaltigkeit hat ihren Grund in den grossen klimatischen, orographischen und geologischen Unterschieden, die das kleine Land aufweist. Die Rheinebene, die etwa 16 % seiner Gesamtfläche ausmacht, zählt mit einem Jahresmittel von 9 bis 10° Celsius und mehr zu den wärmsten Gegenden Deutschlands, der Schwarzwald, der circa 25 % des Landes ausmacht, dagegen zu den kältesten. Das nach Württemberg vorgelagerte Hochplateau der Donaugegend zeigt eine Jahrestemperatur von 4 bis 6° Celsius, die übrigen Gebirgsteile eine solche von 5 bis 7°. Dort dauert der Winter 7 bis 9 Monate, vor Mai kann die Feldarbeit kaum recht beginnen, und im September hört sie wieder auf, während drunten im Rheintal die Winterpause kaum 1 bis 2 Monate dauert, so dass dem Felde zwei, nicht selten drei

Ernten abgewonnen werden können. Zwischen diesen Extremen bilden ausgedehnte Hügelländer, im Süden die Seegegend, im Norden das Neckarbergland (Pfinz- und Kraichgau), die badischen Teile des Odenwalds und das sogenannte *Bauland* zwischen Neckar und Mainviereck, die vermittelnden Uebergänge mit Jahrestemperaturen von 7 bis 9° Celsius und mancherlei Vorzügen und Nachteilen hinsichtlich der Bodengüte, Neigung und Bewässerung.

Wo wir aber auch hinschauen, überall in den verschiedensten Bodenlagen und klimatischen Verhältnissen beherrscht der kleine bauerliche Selbstwirtschafter das Feld.

Von den 236 159 landwirtschaftlichen Betrieben, die die Zählung von 1895 aufwies, haben nur 117, sage und schreibe 117, das sind ganze 0,05 %, eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 100 Hektar und mehr. Es sind dies zum grossen Teil Domainen- oder Gemeindebetriebe. So sind zum Beispiel von den 24 Betrieben in der Grössenklasse von 200 bis 500 Hektar 20 Domainen- oder Gemeindebetriebe, die mit wenig Ausnahmen in der Selbstbewirtschaftung von Wiesen bestehen, deren Ertrag auf dem Halm verkauft wird. Von den 4 Betrieben mit 500 bis 1000 Hektar sind zwei Domainen, einer gehört einer katholischen Stiftungsverwaltung und einer einer industriellen Erwerbsgesellschaft. Der eigentliche landwirtschaftliche Grossbetrieb fehlt also fast gänzlich. Auch die Schicht der Betriebe von 20 bis 100 Hektar, die in der Reichstatistik als *grossbäuerliche* bezeichnet werden, ist in Baden sehr dünn. Derartiger Betriebe gibt es im ganzen 2942 = 1,2 %, und auch unter ihnen stecken zahlreiche communale oder fiscalische Wiesenverwaltungen. Dagegen umfasst die eigentlich bauerliche Schicht (2 bis 20 Hektar) nicht weniger als 105 180 Betriebe, das sind 44 % aller. Davon entfallen in die Grössenklasse von 10 bis 20 Hektar 9469, in die von 5 bis 10 Hektar 27 157 und in die von 2 bis 5 Hektar 68 554 Betriebe. Betriebe mit 1 bis 2 Hektar gibt es 44 435, darunter stecken noch recht viel rein bauerliche Wirtschaften in den Gegenden hochintensive Cultur. Andere werden, wie die 83 485 noch kleineren Zwergbetriebe, von Leibgedingern, Fabrikarbeitern, Beamten, Lehrern, Geistlichen und ländlichen Gewerbetreibenden, als Nutzgarten oder als Wiesen-, Obst-, Reb-, Gemüse-, Kartoffelstücke u. s. w. bewirtschaftet.

Am scharfsten tritt der kleinbetriebliche Charakter der badischen Landwirtschaft heraus, wenn man sie mit den Durchschnittsverhältnissen des Reichs oder gar mit ostelbischen Verhältnissen vergleicht. Von je 100 Hektar der landwirtschaftlichen Fläche entfielen auf die verschiedenen Grössenklassen

	bis 2 Hektar	2 bis 20 Hektar	20 bis 100 Hektar	100 Hektar u. mehr
in Baden	13,2	71,1	12,6	3,1
im Reich	5,6	40,0	30,3	24,1
in Pommern	5,6	19,1	22,8	55,1
in Meckl.-Strelitz	3,4	6,8	29,1	60,7

Nehmen wir hinzu, dass in Baden auf 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche 19 selbständige Landwirte kommen gegen 7 im Deutschen Reich, so wird niemand mehr daran zweifeln, dass das *Musterländle* ein echtes und rechtes *Kleinbauernländle* ist.

Wie sieht es nun mit der Landwirtschaft dieser Kleinbauern aus? Was producieren sie und wie producieren sie? Die Frage hat für die Socialdemokratie ein besonderes Interesse. Baden ist nicht nur ein Kleinbauernland, es ist auch ein Industrieland. Neben bedeutenden städtischen Centren weist das Land, insonderheit die Rheinebene, überaus zahlreiche zerstreute Fabriken auf. Die badische Landwirtschaft ist eine Landwirtschaft im Schatten der Schlote. Sie entwickelt sich unter Arbeits- und Marktbedingungen, wie sie die industrielle Entwicklung mit sich bringt.

Da ist es denn sehr zu begrüßen, dass dieser Tage ein vortrefflicher Führer erschienen, an Hand dessen auch der den landwirtschaftlichen und speciell bäuerlichen Dingen Fernstehende sich einen Einblick in die Verhältnisse und Leistungen einer solchen modernen Bauernlandwirtschaft verschaffen kann. *Die badische Landwirtschaft am Anfang des XX. Jahrhunderts* lautet der Titel des Buches<sup>1)</sup>, dessen Verfasser, Regierungsassessor Dr. Moriz Hecht in Karlsruhe, sich schon früher durch seine gediegene Arbeit *Drei Dörfer der badischen Hard*<sup>2)</sup> einen guten Namen gemacht hat. Hecht ist Bearbeiter der Landwirtschaftsstatistik im badischen statistischen Amt. Als solchem stehen ihm alle Wege der amtlichen Information offen. Davon legt sein neuestes Buch Zeugnis ab. Es ist mit officiellen Tatsachenmaterial, Karten und Tafeln überaus reichlich ausgestattet. Aber nicht nur der erfahrene, kritisch sichtende Statistiker spricht aus dem Werk, sondern auch der mit Land und Leuten vertraute persönliche Beobachter. Das macht es zu einer ebenso angenehmen wie fruchtbringenden Lectüre.

Also wie sieht es im Feld und im Viehstall des badischen Bauern aus? — Das Ackerland macht 64,9 % der landwirtschaftlichen Fläche aus — Wiesen 24,4 %, ständige Weide 6,4 %, Rebland 2,3 %, sonstiges 2,0 % — und von diesem sind gut die Hälfte (53 %) mit Getreide bestellt. Ueber vier Fünftel (83,4 %) der Betriebe sind am Getreidebau beteiligt. Hecht nimmt an, dass Betriebe mit einer Fläche von 40 Ar anfangen, Getreide zu bauen. Am stärksten ist der Getreidebau im Hügelland entwickelt, wo er von 100 Hektar Ackerfeld über 40 Hektar occupiert. In der Rheinebene beansprucht er 30 bis 40 Hektar, während er im mittleren und nördlichen Schwarzwald, wo 57,51 % der landwirtschaftlichen Fläche Wiesen und ständige Weide sind, weniger als 20 Hektar inne hat.

Nun meine man aber nicht, dass es sich bei diesem ausgedehnten Getreidebau in erster Linie um die Production von Weizen und Roggen handle. Diese beiden, im Osten und Norden des Reiches weitaus überwiegenden Brotfrüchte nehmen zusammen nur etwas über ein Viertel (26,9 %) der Gesamtgetreidefläche Badens ein. Besonders bleibt der Roggen mit 14,7 % weit zurück hinter dem Durchschnitt des Deutschen Reichs (42,3 %) oder Preussens (48,3 %).

Die erste Stelle im badischen Getreidebau nimmt der Hafer mit 23 % der Fläche ein; in den Bezirken des Schwarzwalds und des Odenwalds beansprucht er sogar 35 bis 38 % der Getreidefläche. Nimmt man noch die mit Gemenggetreide (3,9 %) bestellte Fläche hinzu, so tritt die Bedeutung des Futtergetreidebaus im Gebirge zur Genüge hervor. Nächst dem Hafer kommt die Gerste. Sie nimmt ein Fünftel (19,9 %) der Getreidefläche des Landes ein; in der mittleren Rheinebene bedeckt sie 26,3 %, im Bezirk Kaiserstuhl 30,4 % und in der unteren Rheinebene sogar 44,8 % der Fläche. Es handelt sich dabei in erster Linie um wertvolle Braugerste, die sonnige Lage, warmen, leichten Boden und sorgfältige Cultur erfordert. Ein weiterer Qualitätskörnerbau ist der Spelzbau, der ebenfalls ein Fünftel (19,7 %) der Gesamtgetreidefläche einnimmt. Seine eigentliche Heimat ist das Hügelland: im Odenwald bedeckt er 26,2 %, im Bauland 27,0 %, in der Donaugegend 33,4 % und im Pfalz- und Kraichgau 37,1 % der Fläche. Der Spelz dient ausser zu Backzwecken zur Herstellung von Grünkern (Suppenkern), den das Land weithin exportiert.

<sup>1)</sup> Dr. Moriz Hecht: *Die badische Landwirtschaft am Anfang des XX. Jahrhunderts*. Karlsruhe, Braunsche Hofbuchdruckerei, 1903.

<sup>2)</sup> Ueber diese Schrift vergl. meinen Artikel *Bäuerliche Barbaren*. *Socialistische Monatshefte*, 1899, pag. 62 ff.

Schon diese Auseinanderlegung des Bildes der Getreideproduction in die grössten Züge zeigt deutlich die verschiedenen Tendenzen, die sich siegreich Geltung verschaffen: Ausnutzung der specifisch günstigen Naturbedingungen, Anpassung an die Hauptrichtung des Betriebs — Futterkornbau für den starken Viehstand — Qualitätsbau für den modernen Markt.

Das rein marktliche Interesse würde vielleicht eine stärkere Einschränkung des Körnerbaus überhaupt erfordern. Um zu verstehen, warum der Bauer auf diesem Weg aber nur sehr langsam und bedächtig vorschreitet, muss man sich der Beharrungsmomente bewusst sein, die einer radicalen Ausmerzung des Körnerbaus entgegenstehen. Da kommen in erster Linie die natürlichen Vortheile in Betracht, die ein geregelter Anbauwechsel zwischen Halmfrucht und Hackfrucht bietet. Zweitens das überlieferte Bestreben, den eigenen Bedarf an Brotkorn, Futterkorn und besonders an Stroh selbst zu decken, ein Bestreben, das so lange mächtig und insoweit berechtigt bleibt, als die Zwischenhandels- und Transportverhältnisse noch so wenig Garantien gegen Uebervorteilung und übermässige Verteuerung bieten.

Findet es der Kleinbauer nicht ratsam, den Körnerbau aufzugeben, so hat er doch Anlass, die Production von Brotkorn für den Verkauf möglichst fallen zu lassen. Das ist in Baden in hohem Masse geschehen, wie das Hinsiechen der Getreidemärkte beweist. Nur 57 009, das sind 24 %, also noch nicht ein Viertel aller Landwirtschaftsbetriebe bringen überschüssige Brotfrucht zu Markte, und die grosse Mehrzahl von diesen haben nur kleine Quantitäten — 53,5 % weniger als 20 Centner! — abzugeben. Hecht ist in der Lage, die hochinteressanten Ergebnisse einer dahinzielenden, auf das ganze Land ausgedehnten amtlichen Erhebung mitzuteilen. Dabei ist noch zu beachten, dass der verkaufte Spelz und für die ganze Rheinebene auch die Gerste in jener Erhebung zum Brotgetreide gerechnet wurde, obwohl ein guter Teil des ersteren zur Herstellung von Suppenkern und der grösste Teil der letzteren zur Malzbereitung dient.

Neben Körnerfrüchten und Futterpflanzen zeigt die landwirtschaftliche Anbaukarte Badens eine reiche Auswahl von Pflanzen, deren Cultur eine sehr grosse Summe qualifizierter Arbeit erheischt und die infolgedessen einen sehr hohen Geldertrag auf kleiner Fläche einbringen. Da sind zunächst die sogenannten *Handelsgewächse*, zu denen hier insbesondere Tabak, Hopfen, Cichorie, Oel- und Gespinstpflanzen zu rechnen sind. Der Handelsgewächsbau nimmt im Hügelland 3 bis 6 %, in der Rheinebene 6 bis 10 % und mehr des Ackerlandes ein. Im Jahre 1900 waren in Baden 6201 Hektar mit Tabak besetzt (41,96 % der deutschen Gesamttabakfläche), auf denen 15,44 Millionen Doppelcentner im Werte von 14,46 Millionen Mark erzeugt wurden. Das macht 2332 Mark durchschnittlicher Geldertrag pro Hektar. Neben dem Aufwand von Dünger ist es die ungeheure Masse sorgfältigster Handarbeit, die sich darin bezahlt macht. Jedes einzelne Tabakpflänzchen muss mit der Hand in den sorgfältigst bereiteten Boden gesetzt werden, jede Pflanze wird behackt, geköpft und zwei- bis dreimal geätzt, jedes Blatt muss ausgesucht, gebrochen und aufgerichtet werden. Und dazu kommt die weitere Bearbeitung bis zum marktfertigen Rohproduct, wie es die Tabakfabrik verlangt.

Nicht geringere Arbeit, Fleiss und Sorgfalt erfordert der Hopfenbau, der 1898 2172 Hektar beanspruchte und seinen Hauptsitz in der unteren Rheinebene hat. Der Cichorienbau umfasste in demselben Jahre 1234 Hektar und findet sich hauptsächlich in der mittleren Rheinebene und im nördlichen Hügelland. Die Gespinstpflanzen Hanf und Flachs sind in starkem Rückgang, und ebenso verflüchtigt sich der Mohn- und Rapsbau unter dem Einfluss importierter Producte. Auch Tabak-, Hopfen- und Cichorienbau schwanken fortgesetzt. Der Bauer, den sich gewisse Leute nur als einen gedankenlosen Kleber am Alten

vorstellen können, folgt in *bewundernswerter Anpassungsfähigkeit* (Hecht) den Schwankungen der Absatz- und Preisverhältnisse. »So hat eine Gemeinde im Landbezirk Karlsruhe bis Mitte des letzten Jahrhunderts fast ausschliesslich Krapp gebaut; als diese Pflanze völlig unrentabel geworden war, ging die Gemeinde zum Anbau von Tabak über; infolge schlechter Preise wurde auch dieser Zweig Mitte der achtziger Jahre fallen gelassen und vorwiegend Cichorie gebaut; als sodann in den neunziger Jahren der Absatz von Cichorie von Jahr zu Jahr sich verschlechterte, hat man den Anbau dieser Culturart durch den von Möhren ersetzt. Welche Specialcultur auf letztere folgt, ist einstweilen noch unbestimmt, da der Preis für Möhren bis auf weiteres ein zufriedenstellender ist.«

Man sieht wiederum, das Ganze ist in Bewegung nach Massgabe der zwei Haupttendenzen: Anpassung an die Natur und an den Markt. Leider lässt die amtliche Statistik nicht annähernd die ganze Entwicklung, Differenzierung und Verfeinerung der bäuerlichen Bodencultur erkennen. Die Kategorie der *Handelsgewächse*, mit der sie operiert, ist ein ziemlich verfehlter Begriff und ebenso die Kategorie der *Gartengewächse*. Beide zusammen erfassen nicht annähernd die verfeinerte Feldbauculturen, die beim Aufsteigen zu höherer Intensität immer mehr an Stelle der alten rauhen Knollen-, Wurzel- und Blattpflanzenculturen treten. Auch Hecht betont diesen Mangel. Er weist darauf hin, dass zu den 2400 Hektar, die die Statistik als mit *Gartengewächsen* bestellt aufführt, zunächst noch die 15 910 Hektar grosse Fläche der Haus- und anderen Gärten zu addieren sei, und fährt dann fort: »Ausserdem steckt nach unserer Vermutung in der über 300 000 Hektar gossen, mit Körner- und Hülsenfrüchten angebauten Fläche sicherlich ein grosser Procentsatz, der nicht zu den Futterpflanzen zu rechnen ist, sondern mit Gartengewächsen — Speisebohnen, -erbsen u. s. w. — angepflanzt wird. Unseres Erachtens ist die Bedeutung des Gartengewächs- und Gemüsebaus in Baden erheblich grösser, als die amtliche Statistik vermuten lässt.«

Er hätte hinzufügen können, dass sich auch unter den *Kartoffeln* und unter den *Hackfrüchten* der amtlichen Statistik sicherlich Tausende von Hektar feiner Speisekartoffeln, Speiserüben u. s. w. verbergen. Es gibt einzelne geradezu als *Kartoffelgemeinden* bezeichneten Ortschaften, die auf ihrem warmen, lockeren Boden feinste Früh- und Qualitätskartoffeln producieren und auch Saatkartoffelverkauf betreiben. Und was die Erntemenge anlangt, so sind nach Hecht oft schon Erträge von 200 bis 250 Doppelcentnern pro Hektar erzielt worden, was freilich nur bei sorgfältigster Düngung und Pflegearbeit zu erreichen ist. In bemerkenswertem Umfang werden ferner in einzelnen Gemeinden und Bezirken der Rheinebene feldmässig gebaut: Erbsen, Linsen, Möhren, Salat, Kraut, Blumenkohl, Bohnen, Zwiebeln u. s. w. Die Gemeinde Staufenberg (Bezirk Rastatt) ist in den letzten Jahren zum feldmassigen Anbau von Erdbeeren geschritten. In der Schwetzingen Gegend hat der Spargel, in der Rastatter Gegend der Meerrettig sein Areal im Laufe des letzten Jahrzehnts um das Vier- bis Sechsfache erweitert.

Mit Reben sind 19 960 Hektar bedeckt. In speciellen Weingegenden, wie Ortenau-Bühl, Kaiserstuhl, Markgräfler Gegend, Main- und Taubergegend, spielt der Rebbau eine hervorragende Rolle im Budget des Bauern. Im Bezirk Kaiserstuhl nimmt er 21,88 % der landwirtschaftlichen Fläche ein.

Wichtiger noch, weil allgemeiner und den verschiedensten Boden- und Klimaverhältnissen spezifisch anpassbar, ist der Obstbau. In Baden kommen 553 Obstbäume auf 1 Quadratkilometer gegen 311 im Reich. Den Wert einer durchschnittlichen Obsternte berechnet Hecht auf 15 bis 20 Millionen Mark. Die hervorragendsten Obstbezirke sind die sonnige, geschützte Bergstrasse, das Neckartal, der Pfalz- und Kraichgau, die Seegegend, das Bauland, sowie einige

Bezirke der Rheinebene. Für einzelne Gemeinden bildet die Obstcultur in irgend einer ihrer Lage angepassten Specialrichtung die Haupteinnahmequelle. So wurden 1900 in Handschuhsheim 113 000 Mark allein für Kirschen eingenommen. Für die Spätkirsche ist Gaiberg bei Heidelberg ein Centralmarkt, während der Bezirk Bühl Weltruf genießt für die Production von Frühzwetschen. »Was für Messkirch das Zuchtvieh, für Staufenberg die Erdbeere, für Rastatt der Meerrettig, für Friedrichsthal der Tabak, für Schwetzingen der Spargel, für Müllheim der Wein, das bedeutet für Bühl die Frühzwetsche und für Gaiberg die Spätkirsche. Nach dem Urteil von Sachkennern gilt der Frühzwetschenmarkt von Bühl heute als der bedeutendste Obstmarkt im ganzen Deutschen Reich.« Händler aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz und anderen Ländern finden sich in der Hochsaison ein; mehr als ein Dutzend Güterzüge führen täglich das Obst fort. Für 1899 wurde die Einnahme auf 400 000 Mark geschätzt; der Frachtertrag auf dem Stationsamt Bühl betrug 69 261 Mark.

Man glaube aber nicht, dass es bloss die Gunst der natürlichen Factoren ist, der diese Erfolge zu verdanken seien. O nein, nur durch sorgfältigste Cultur, qualifizierte Handarbeit von A bis Z sind diese Erträge zu erzielen, da »wohl in keiner andern Gegend des Landes die Bäume so sorgfältig gedüngt, der Boden so sorgfältig gelockert und gegen Baumschädlinge alle Schutzmassregeln so allgemein durchgeführt werden, wie im Bezirk Bühl.«

Eine Reihe von Stadtverwaltungen haben Specialmärkte für Kirschen, Aepfel, Birnen u. s. w. eingerichtet, und Genossenschaften beginnen ihre fördernde Tätigkeit und suchen behufs gemeinsamer Verwertung die Vereinheitlichung der Sorten zu bewirken. Apfel- und Beerenweinbereitung und Obstbrennerei (*Schwarzwälder Kirschwasser*) ermöglichen die Verwertung rauherer Sorten und überschüssiger Qualitäten. So viel schon erreicht ist, die Entwicklung steht doch vielerorts erst am Anfang.

Und nun die wichtigste Seite der badischen Bauernwirtschaft: die Tierhaltung. »Landwirtschaftlicher Kleinbetrieb und Viehhaltung gehören zusammen«, sagt Hecht in Uebereinstimmung mit andern Fachkennern. Im Durchschnitt des Reiches entfallen auf 1 Quadratkilometer landwirtschaftlicher Fläche 52,6 Stück Rindvieh, in Bayern dagegen 73,8, in Baden 74,7, in Württemberg 79,6 Stück. Von 1825 bis 1899 ist der Rindviehbestand in Baden gestiegen von 480 507 auf 659 166 Stück. Viel schwerer, als die ziffernmässige Zunahme, fällt jedoch die Verbesserung der Qualität in Betracht. Wo ehemals schlecht genährte und wenig leistungsfähige Tiere standen, steht heute prachtvoll gebautes Rassenvieh von höchster Leistungsfähigkeit.

Der kleine Bauer braucht die Vereinigung verschiedener Leistungen. Seine Kühe sollen Gespannarbeit leisten, Milch geben, Dünger producieren und dermaleinst noch ein gutes Stück Geld vom Metzger einbringen. So wenig er sich auf nur eine einzige Specialcultur in seinem Feldbau beschränkt, so wenig ist die radicale Specialisierung in der Tierhaltung vorteilhaft. »Immerhin zeigt sich deutlich, dass ganz analog dem Anbau von Specialculturen, je nach Klima und Entfernung vom Markt bald der eine Zweck, bald der andere in den Vordergrund tritt bezw. den Schwerpunkt der bäuerlichen Viehhaltung ausmacht.«

In der Rheinebene ist der Absatz von frischer Milch in die Stadt oder an die ländliche Fabrikarbeiterschaft eine Haupteinnahmequelle. Auf den badischen Eisenbahnen wurden 1901 über 31 Millionen Kilogramm Milch befördert; daneben finden viele Millionen Kannen ihren Weg ohne die Eisenbahn. Mit der Milch werden die Kälber verkauft; Züchtung findet nicht statt; ist die Kuh abgemolken, so wandert sie zum Metzger, und eine frischmelkige wird eingestellt. Die Verbindung von hervorragender Züchtung und ausgedehntem Handelsgewächsbau findet sich nur im Bezirk Lahr.

Die Versorgung der städtischen Märkte mit Butter geht mehr und mehr in die Hand der privaten und mehr noch der Genossenschaftsmolkereien über, die ihr Hauptquartier im Hügelland haben. Die erste Molkereigenossenschaft wurde 1891 gegründet; 1899 gab es deren bereits 53 mit über 3000 Mitgliedern.

Da, wo der verfeinerte Feldebau, Handelsgewächs-, Gemüse-, Obst- oder Weinbau aufhört, beginnt die Production von Qualitätsvieh die Intelligenz und Arbeitskraft des Bauern im Höchstmass zu beanspruchen. Im Hügelland und im Gebirge — abgesehen von den höchsten Lagen, wo die Waldwirtschaft vorherrscht — sind die Standorte für die weltberühmte badische Fleckviehzucht, die nach dem Urteil der ersten Sachkenner Unerreichtes geleistet hat und auf allen grossen Ausstellungen Siegespreise von dannen trägt. Hecht gibt eine Zusammenstellung der auf zahlreichen Ausstellungen geernteten Lorbeeren. Und es sind nicht etwa einzelne, grosse Züchter, die die Ausstellungen beschenken. Es handelt sich durchweg um Sammelausstellungen von Zuchtgenossenschaften und Verbänden.

Den Leistungen entsprechen die Marktpreise, welche die badischen Bauern für ihr Zuchtvieh erzielen; nach Mitteilungen von Lydtin und Werner wurden in den letzten Jahren gezahlt für sprungfähige Jungbullen 350 bis 800 Mark; für trüchtige Färsen 300 bis 900 Mark, für Kühe 700 bis 1200 Mark. Für Idealtiere gibt es aber noch ganz andere Preise; so wurden auf dem Radolfzeller Septembermarkt 1902 für ein Kalb aus bestem Rindviehadel 1300 Mark geboten; der Besitzer gab es aber nicht dafür her. Für hervorragende Bullen geben manche Gemeinden 1500 bis 4000 Mark aus. Trotz dieser Preise nimmt der Umsatz von Jahr zu Jahr zu. 1899 wurden allein in dem oberbadischen Zuchtgebiet 19 544 Rinder verkauft, davon gingen 9060 aus dem Lande. Ausserdem aber wurden aus dem oberbadischen Verbandsbezirk noch 19- bis 20 000 Ochsen fast durchweg nach Norddeutschland verkauft. Der Hauptmarkt für oberbadisches Zuchtvieh ist Radolfzell, von wo in den letzten Jahren auch Tiere nach Oesterreich-Ungarn, Russland, Italien und Südafrika exportiert wurden. Insgesamt wurden 1900 an 144 Orten 3013 Viehmärkte abgehalten. »Während die Getreidemärkte abnehmen und aufhören, gewinnen diese Viehmärkte von Jahr zu Jahr an Bedeutung.«

An diesen Erfolgen sind die kleinen Bauern nicht weniger beteiligt, wie die grösseren. »Ein so ausgezeichnete Kenner der badischen Viehzucht wie Geheimer Oberregierungsrat Lydtin weist ausdrücklich darauf hin, dass nicht selten die Ställe der kleinen Leute die besten und wertvollsten Rinder beherbergen! »Und kein buntes Durcheinander mehr! Fast überall Rinder eines und desselben Schlages, alle wie aus einer Form gegossen, von gleicher Farbe und in ihren verschiedenen Altersstufen von gleicher Grösse. Der Kleinwirt erlöst so viel aus seiner Nachzucht wie der grössere Bauer!«

Auch in der Schweinezucht wird Hervorragendes geleistet; namentlich im Bezirk Donaueschingen. Wichtiger als diese ist die allgemein starke Schweinehaltung für Schlachtzwecke. Die Stückzahl hat sich seit 1873 nahezu verdoppelt; 1900 waren es 497 923 Stück, das macht auf 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche 50 Stück gegen etwa 40 im Reich. Die stärkste Schweinehaltung ist in der Rheinebene, das heisst in der Gegend grosser Betriebszersplitterung. Nicht nur der kleine *Nurbauer*, auch der industrielle *Halbbauer*, der auf dem Lande ansässige Fabrikarbeiter u. s. w. schlachtet um Wehnachten seine 1 bis 2 Schweine. Oberbaden betreibt starken Export an Mastschweinen — für circa 900 000 Mark jährlich — nach der Schweiz und dem Industriegebiet des südlichen Elsass.

Die Zahl der Ziegen hat sich ebenfalls seit 1870 nahezu verdoppelt. Dieses vortreffliche Milchtier passt sich am besten in die Zwergwirtschaft des

ländlichen Industriearbeiters ein. In den industriellen Gegenden hat es sich auch am stärksten verbreitet.

Auf absteigendem Ast befindet sich die Pferdezucht, die früher in einzelnen Gegenden des Landes blühte. Sie verträgt sich nicht gut mit der Verfeinerung des Feldbaus, dem Kostspieligwerden des Bodens und der Verkleinerung der Betriebsfläche. Noch weniger verträgt sich die Schafhaltung mit dem Fortschritt zu intensivster Bodenausnutzung. »Das Schaf weicht der Cultur« — im ganzen Reich und namentlich im bäuerlichen Gebiet.

Vernachlässigt ist, wie anderwärts im Reich, auch in Baden leider noch die Geflügelhaltung. Doch hat die Wendung zum besseren schon eingesetzt. Eiergenossenschaften haben begonnen, diesen wichtigen Nebenzweig rationell zu heben. Rasche Fortschritte hat unter dem Einfluss eines Zuchtvereins die Bienenzucht gemacht; die Stöcke mit beweglicher Einrichtung haben sich in 10 Jahren verdoppelt. 1900 gab es 107 893 Stöcke, die über eine Million Kilogramm Honig lieferten.

Welche Summe von Arbeit, Intelligenz und Ausdauer verkörpert sich in all diesen Fortschritten! Das sieht nicht nach Siechtum und Altersschwäche aus. Hut ab vor der stählernen Arbeitskraft, Berufsfreudigkeit und Tüchtigkeit des bäuerlichen Selbstwirtschafter!

Der individuelle Kern, die Tüchtigkeitsanlage des einzelnen ist aber doch nur der eine Factor des Fortschritts. Die Lebens- und Berufsgemeinschaft der Bauerngemeinde mit ihrer gegenseitigen Controlle und dem anregenden Einfluss vorangehender Intelligenzen kommt hinzu. In diesem Boden fanden und finden die Samenkörner des landwirtschaftlichen Fortschritts gutes Gedeihen. Wer sich über die mannigfachen Wege und Einrichtungen orientieren will, durch welche der badischen Bauernschaft die Errungenschaften der Naturwissenschaft und Technik seines Berufes vermittelt werden, der studiere die Capitel des Hechtschen Buches, die von den staatlichen Massnahmen und von der Tätigkeit der Genossenschaften und Vereine handeln. Er wird über das Erreichte staunen und sich über die rasche Vorwärtsbewegung freuen.

Eins aber ist nötig, wenn kein Stillstand eintreten soll, wenn der Fortschritt in den einzelnen Betriebszweigen und in ihrer rationellen Zusammenfassung zu einem den natürlichen Verhältnissen bestangepassten Productionsensemble seinen ungehemmten Gang nehmen soll. Voraussetzung für die allgemeine Hebung der Bauernwirtschaft ist die Hebung der Einkommensverhältnisse der industriellen Arbeitermasse. Hecht weist auf diesen Zusammenhang wiederholt und energisch hin. Das verdient Anerkennung in einer Zeit, wo man auch in den Regierungen der kleinbäuerlichen Bundesstaaten die Befriedigung der grossagrarischen Zollwünsche als die höchste Weisheit moderner Wirtschaftspolitik zu betrachten scheint.

Der Kleinbauer ist an der Entfaltung der Industrie interessiert, einmal, weil sie den natürlichen Bevölkerungsüberschuss, der früher zur Auswanderung gezwungen war, aufnimmt. Sie gibt einem Teil seiner Nachkommenschaft die Möglichkeit, in der nahen Stadt oder in dem Heimatsort selbst Arbeit und Existenz zu finden. Und zweitens, weil sie eine wechselnde Massennachfrage schafft nach den Producten einer feineren Bodencultur und Tierhaltung, wobei ein so hohes Mass qualifizierter Arbeit in den Betrieb gesteckt wird, dass auch auf stark verkleinertem Areal eine reinbäuerliche Existenz möglich wird. »Je mehr der Arbeiter verdient, desto mehr kann er für Milch, Butter, Eier, Fleisch, Gemüse ausgeben; und diese Gegenstände lassen sich nicht wie Getreide aus Argentinien oder Russland beziehen, sondern sie müssen im allgemeinen aus der unmittelbaren Umgebung vom badischen Bauer selbst bezogen werden. Eine Hebung der Kaufkraft des Fabrikarbeiters bedeutet eine Hebung des Klein-



bauers; zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht kein Gegensatz, sondern Interessengemeinschaft. Es ist gewiss keine Uebertreibung, sondern wohl überlegt, wenn wir sagen, dass die badische Rheinebene den Hauptanteil ihres heutigen Wohlstandes der Industrie verdankt.»

Das sind goldene Worte! Sie kommen aus dem Munde eines Mannes, der die landwirtschaftlichen Verhältnisse seines Landes zum Gegenstand ernster, wissenschaftlicher Forschung gemacht hat, und der die Bauern, in deren Mitte er gross geworden, versteht, schätzt und liebt.

## Die politische Krise in Oberschlesien.

Von

August Winter.

(Beuthen.)

Oberschlesien, insbesondere dessen polnischer Teil, zu dem auch das Beuthener Land, der heutige Industriebezirk, gehört, war bis vor wenigen Jahren ein den Deutschen im Reich, ja selbst den Mittel- und Niederschlesiern recht unbekanntes Gebiet. Es war zwar schon seit 1½ Jahrhunderten preussisch; ja die oberschlesischen Polen nannten sich selbst, sogar mit einem gewissen Stolz, im Gegensatz zu ihren nationalen Brüdern in Posen, Polen und Galizien *Preussen*. Die oberschlesische Industrie war zu einer sehr grossen Bedeutung gelangt und stand selbstverständlich fast nur mit den deutschen Provinzen in Verbindung, da die alten Beziehungen zwischen Oberschlesien und Schlesien überhaupt zu Krakau längst abgestorben waren. Trotzdem beschäftigte man sich, abgesehen von denen, die mit den oberschlesischen Hutten und Bergwerken zu tun hatten, so gut wie garnicht mit den *Polaken*, von denen man viel Uebles erzählte. Vor der *polnischen Witschaft* hatte man im Deutschen einen wahren Horror, ohne sie eigentlich zu kennen; wenn man von der Armut des Volkes, seiner Untertanigkeit unter den Herrschaften und dem Klerus hörte, so bedauerte man es, hielt es aber nicht für gleichwertig mit den Deutschen und kümmerte sich nicht darum. *In Polen ist nichts zu holen* — dieses bekannte Sprichwort bezeichnet die ehemalige Situation sehr gut; es galt den deutschen Schlesiern insbesondere für den polnischen Teil Oberschlesiens. Selbst noch in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat es in der Tat in Oberschlesien und gerade auch im Industriegebiete äusserst schlimm um die gesamte Cultur des Volkes gestanden, wie der freimütige Landrat Solger in seinem Buche über den Kreis Beuthen überzeugend nachgewiesen hat. Die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts sind in Oberschlesien, insbesondere im Industriebezirk, eine Zeit eines grossartigen, mit geradezu americanischer Schnelligkeit und Kraft sich entwickelnden Aufschwunges gewesen; die Cultur des Volkes, das mit seiner Arbeit die rapide Entwicklung der Industrie ermöglichte, hob sich dagegen im allgemeinen nicht; die Volksbildung musste mangelhaft bleiben, da Lehrer und Schuler damals wie heute sich nicht verstanden. In politischer Beziehung war selbstverständlich eine selbständige Bewegung des Volkes, die nationale oder sociale Interessen vertreten hatte, unmöglich; die Grundung eines polnischen Volksblattes, des heute noch bestehenden *Katolik*, entsprang durchaus nicht einer Volksbewegung, sondern der Initiative einiger um die Cultur ihrer Landsleute besorgten Männer, denen der Kampf zwischen Rom und dem katholischen Klerus in Preussen dazu verhalf, popular zu werden und ihre Bewegung zu vertiefen. Bis zum Jahre 1897 blieb die Herrschaft der deutschen Centrumspartei in Oberschlesien unangetastet; in deutschen Gegenden auf der linken Oderseite waren es deutsche Zeitungen, die unter der Herrschaft des Klerus standen und der Politik des deutschen Cenrums dienten. In den polnischen, im wesentlichen auf der rechten Oderseite gelegenen Gegenden, vertrat

vor allem der Beuthener *Katolik* das Centrum; in Ratibor und Oppeln entstanden ähnliche polnische Volksblätter. Der grösste Teil des Volkes dachte überhaupt nicht an Zeitungen; ihm genügte das mündliche Wort des hochwürdigen Pfarrers. Die Stellung des Centrums, die auf dem Einflusse des Klerus auf das Volk basierte, war in Oberschlesien durch eine lange Reihe von Jahren, im ganzen von Anfang der siebziger bis Ende der neunziger Jahre, so fest und anscheinend unantastbar, wie in keiner anderen Gegend.

Und doch brach die Krise in der ober-schlesischen Centriumpartei ziemlich schnell herein. Sie begann im Jahre 1897 und dauert, wesentlich verstärkt, bis heute. Zur Zeit steigt sie auf ihren Höhepunkt, den der bevorstehende Wahlkampf darstellen wird; über ihr Ende wollen wir nicht prophezeien.

Zwei Krisenursachen und -inhalte sind es, die sich auf den ersten Blick feststellen lassen: die nationale und die wirtschaftliche Frage.

Wie wir sahen, war der *Katolik*, ein polnisches Volksblatt, das Hauptorgan für die Centriumpartei. Es war und ist ein durchaus katholisches Blatt; von der Geistlichkeit wurde es in den Kirchen auf den Kanzeln und in den Beichtstühlen empfohlen; die *Katolik*gruppe, eine Gruppe jetzt sogar verwandtschaftlich untereinander verbundener Personen, arbeitete lange Jahre in der schönsten Eintracht mit dem polnischen ober-schlesischen Klerus, der aus den Söhnen der ober-schlesischen polnischen Bauern bestand.

Diese Harmonie zwischen dem deutschen Centrum und dem polnischen Volke ging bereits 1897 in die Brüche. Das ging so zu. Der Gegensatz zwischen Deutschen und Polen in Oberschlesien verschärfte sich durch die germanisierenden Massregeln der Regierung und ihrer Behörden, die in Oberschlesien noch weniger am Platze waren, als in Posen. Der *Katolik* musste sich natürlich auf die polnische Seite schlagen, der Klerus, selbst polnisch, tat es zunächst auch. Doch da fand sich eine Schwierigkeit, eine ganz gewaltige. Im katholischen Klerus wurde vom bischöflichen Amt in Breslau aus Kehrt commandiert. Jahrelang hatte man von Breslau aus zugesehen, wie die von dort abhängige Geistlichkeit, anfangs ohne agitatorische Absicht, dann bewusst und agitatorisch, das Polentum gegen das Vordringen eines künstlich geschaffenen Deutschtums schützte. Was darauf zwischen Berlin und Breslau geschehen ist, wissen wir nicht; jedenfalls war Cardinal Kopp nicht der Mann, der es unternommen hätte, gegen den Kaiser und seine nationalen Absichten anzukämpfen. Der ober-schlesische Klerus fiel zum grössten Teil um und schwieg. Weniger gefügig war das weltliche Werkzeug der deutschen Ultramontanen in Polnisch-Oberschlesien; der *Katolik*, der blieb polnisch und wurde wohl um einige Striche polnischer. Zwischen den Führern des deutschen und des polnischen Centrums kam es 1897 zu einem geradezu wütenden Kampfe. Es kam zwar noch vor den Reichstagswahlen von 1898 zu einer Einigung zwischen den feindlichen Brüdern; dass diese Einigung aber nur ein Notbehelf, kein erstes Werk war, ergab sich mit aller Deutlichkeit aus der Art, wie die *Katolik*partei, wie sie bereits damals genannt wurde, das deutsche Centrum im Wahlkampfe unterstützte. Der *Katolik* und die *Katolik*partei rührten kaum die Hände. In ihren Verhandlungen mit dem deutschen Centrum hatten sie nicht einmal eigene Candidaten mit polnischem Namen erhalten. Ja, hätte man ihnen einen Stepanski statt des Dr. Stephan gegeben, so wäre vielleicht Leben in die Politik gekommen; aber so, da das deutsche Centrum auch nicht einen Polen concedierte, konnte die Freundschaft nur eine sehr laue, die Unterstützung des Centrums nur eine sehr schwache sein.

Dieses damalige Verhältnis zwischen der *Katolik*partei und dem deutschen Centrum war, wie manche glauben, mit eine Ursache dazu, dass sehr viele der polnischen Arbeiter, die wohl für einen polnischen, aber nicht für einen deutschen Candidaten stimmen wollten, für die socialdemokratische Partei stimmten, die eigentlich zum erstenmal energisch auf den Platz trat und im Wahlkreise Katto-

witz-Zabrze fast ein Drittel, im Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz fast ein Viertel der abgegebenen Stimmen erhielt.

Die 1898er Reichstagswahl hatte zwar in der Zahl und Art der ober-schlesischen Abgeordneten eine wichtige Aenderung nicht hervorbringen können, doch war in den Centrumsturm ein grosses Loch geschossen. *Katolik*partei und deutsches Centrum sind nur noch halbe Freunde. Aber gerade die Halbheit der *Katolik*partei, ihre Schwäche, ihre Unentschlossenheit haben es ermöglicht, dass der Krisenkeim des Nationalismus zur Entwicklung kam und eine neue Partei begründet wurde, die des *Gornoslazak*, die nach einem ungefähr einjährigen Bestehen schon so viel Lärm entwickelt, als hätte sie den Sieg schon in der Tasche.

Die *Gornoslazak*partei ist für Oberschlesien zum Teil wenigstens ein Berliner Product. Wie wir oben sahen, hat der ober-schlesische Pole, der seit vielen Jahrhunderten mit Polen nichts zu tun gehabt hatte und bis tief in das vorige Jahrhundert mit Stolz *preussisch* gewesen war, sich mit der Frage seiner polnischen Nationalität gar nicht beschäftigt. Die polnischen Bestrebungen der jetzigen Zeit in Oberschlesien sind Agitationsproducte, finden aber nur deshalb Wurzel und Wachstum, weil das Mutterland polnisch ist, wenn auch nicht in dem Sinne, in dem es die Agitatoren predigen, dass nämlich ganz Schlesien ein polnisches Land sei, das wieder polnisch werden müsse, wie *Katolik*, *Gornoslazak* und Consorten fordern.

Die *Gornoslazak*partei, um bei dieser etwas zu verweilen, ist noch recht jung; sie besteht, wie gesagt, etwa ein Jahr. Bei der Begründung dieser Partei wurde von polnischer Seite versucht, mit den Socialdemokraten in Oberschlesien in ein gewisses freundschaftliches Verhältnis zu kommen. Daraus konnte natürlich nichts werden, bei der Socialdemokratie nichts aus principiellen Gründen, bei den Polen nichts, weil sie sich in ihrer Zusammensetzung aus bürgerlichen und proletarischen Elementen mit der Classenkampftheorie nicht vertragen können, die denn auch jetzt von den Führern der Nationalpolen energisch bekämpft wird. Die *Gornoslazak*partei ist anscheinend schnell gross geworden, tritt laut und tönend in die Oeffentlichkeit, da sie von der Polizei, die die Socialdemokratie zur Grabesstille verurteilt, dabei nicht gestört wird, und hat bereits eine beträchtliche Zahl von Intelligenzen aus den Reihen der *Katolik*partei zu sich hinübergezogen, so dass sich ein politisches Leben zu entwickeln scheint. Neider der Partei sagen allerdings, dass das Sprichwort *Viel Geschrei, wenig Wolle* vom *Gornoslazak* gelten müsse. Was an der ganzen Sache ist, das wird sich ja recht bald, bei der bevorstehenden Reichstagswahl, zeigen. Zunächst ist es selbstverständlich, dass die neue Partei eigene Reichstagsandidaten aufstellt und wegen deren Nationalität nicht erst in Breslau anfragt. Besonnene Leute trauen der Sache noch nicht recht; andere sprechen ihr die Lebensfähigkeit ihrer rein nationalen Bestrebungen ab und halten sie für eine vorübergehende Erscheinung, die mit dem Germanisationsunfug, aus dem sie stammt, verschwinden werde. Auch hier wollen wir das Prophezeien lassen.

Die zweite Wurzel, aus der die Krise in der ober-schlesischen Volksbewegung stammt, eigentlich die erste und wichtigste, ist die wirtschaftliche. Oberschlesien besitzt im Beuthener Lande ein Industriegebiet, wie es ein zweites auf der ganzen Erde nicht mehr gibt. Auf und wenig unter der Oberfläche der Erde gibt es Zink- und Eisenerz, in der Tiefe Steinkohle in Flötzen bis zu 19 Meter Dichtigkeit; dann Blei und Silber und sonstige Mineralien. Für Zink besass Oberschlesien durch lange Zeit ein Monopol in der Welt. Im Laufe des vorigen Jahrhunderts hat sich dieser Bezirk, der etwa 14 Quadratmeilen umfasst und vor hundert Jahren noch nur einige wenige Tausend Bewohner umfasste — Beuthen, die Hauptstadt des Beuthener Landes, hatte um 1820 1700 Einwohner — sich so entwickelt, dass jetzt, zumal da er sich ein wenig ausgedehnt hat, circa  $\frac{1}{4}$  Millionen Menschen in ihm wohnen, die Städte 30- bis fast 60 000 Einwohner haben und Dörfer und Dorfvereinigungen mit 10, 20 und mehr Tausend Einwohnern bestehen. Am über-

raschendsten ist das Wachstum von Königshütte gewesen, das jetzt etwas über 30 Jahre alt und die grösste Stadt nicht nur des Industriegebiets, sondern ganz Oberschlesiens ist. Wo noch vor drei und vier Jahrzehnten Wald war, ist jetzt frisches Leben, Bergwerk an Bergwerk, Hütte an Hütte bedecken den Boden; die Ortschaften von Gleiwitz bis Myslowitz ziehen sich in einer fast ununterbrochenen Kette hin, so dass man bei einer Fahrt durch den Bezirk in dieser Richtung aus den Ortschaften auf einem mehrere Meilen langen Wege nicht herauskommt.

Selbstverständlich hat bei dieser riesenartigen Entwicklung trotz des früheren Mangels an Schulen und der Mangelhaftigkeit der bestehenden Schulen auch die Intelligenz des oberschlesischen Volkes erheblich zugenommen. Leute, die Oberschlesien, insbesondere den Industriebezirk, hätten besser kennen sollen, waren vor der 1898er Reichstagswahl der pessimistischen Ansicht, dass die Socialdemokraten nur geringe Erfolge haben würden; Anfang und Ende der Begründung dieser Ansicht war der feste Glaube an den bestimmenden Einfluss des Klerus auf das Volk. Und gerade in diesem Punkte ist im Jahre 1898 eine grosse Aenderung eingetreten. Fast ein volles Drittel des Volkes verweigerte den Pfarrern den Gehorsam und wählte Socialdemokraten, wofür ihm zum mindesten die ewige Höllestrafe angedroht war. Der Teufel hat nun die Polen nicht geholt, die socialdemokratisch gestimmt hatten; alles, was sich seit 1897—98 im Verhältnis zwischen dem Klerus und der Arbeiterschaft in Oberschlesien — immer mit Betonung des Industriebezirks — zugetragen hat, hat die Kluft zwischen beiden erweitert, so dass man schon seit langer Zeit die Hoffnung äussert, im Jahre 1903 werden die oberschlesischen Polen noch ganz anders, als 1898, für die socialdemokratischen Candidaten stimmen. Die, denen bei der vorigen Wahl durch Drohungen mit Entlassung und Höllestrafen die socialdemokratische Neigung verdorben werden sollte, die ihr aber doch gefolgt sind, sind heute noch da und sind heute noch Socialdemokraten. Es wäre, da alles sich bewahrheitet hat, was die Socialdemokraten 1898 über die Centrumsabgeordneten voraussagten, geradezu wunderbar und schwer erklärlich, wenn diese Entwicklung des polnischen Proletariats zum Socialdemokraten sich nicht in bedeutend verstärkter Auflage bei der nächsten Wahl wiederholen sollte.

Ausser der *Gornoslazakpartei* und dem officiellen Centrum kommen als andere Parteien oder Parteichen in Betracht: *Freisinnige* und die *Katolikpartei*. Im ganzen kann man mit fünf Parteien rechnen. Glücklicherweise brauchen wir uns nicht mit so vielen Gegnern zu schlagen; die Wahlaufgabe ist bedeutend einfacher. Mit *Freisinnigen*, *Katolikpartei* und *Regierungsfreunden* werden wir Socialdemokraten nicht zu rechnen haben, sondern nur mit dem officiellen Centrum und der national-polnischen *Gornoslazakpartei*. Jedenfalls aber werden wir es nicht mit einem, sondern mit zwei Gegnern zu tun haben, und beide werden beachtenswert sein, das officielle Centrum trotz aller Wortbrüche seiner Abgeordneten immer noch mehr, als die *Gornoslazakpartei*. Von seiten des Centrums und der *Katolikpartei* drohen uns nicht grosse Gefahren. Die alten Agitationsmittel des Centrums, die kirchlichen, werden noch mehr versagen, als 1898; die modernen hat man auf dieser Seite noch lange nicht so sehr weg, wie bei uns. Der *Katolikklüngel* wird eher phlegmatischer vorgehen, als 1898, da ihm das Centrum seine polnischen Wünsche, wenn sie auch lediglich formaler Art sind, doch nicht erfüllen wird. Hätten wir Socialdemokraten bei der nächsten Reichstagswahl es wieder lediglich mit dem Centrum zu tun, so könnten wir die Wahl zweier Parteigenossen beinahe garantieren. Wir setzen voraus, dass wir mindestens so wie 1898 agitieren können, was wir damals lediglich mit bedrucktem Papier besorgt haben, auch nicht einmal auf dem Wege der Wahlversammlung.

Bleibt noch die Frage: Wie werden wir mit der *Gornoslazakpartei* fertig? Dass sie eigene Candidaten aufstellt, ist gewiss; dass sie gute Erfolge haben wird, steht auch ausser allem Zweifel; sie erlält vielleicht 4- bis 5000, vielleicht mehr

Stimmen; sie selbst hofft oder rechnet wohl gar auf einen Sieg mit 15- bis 20 000 Stimmen.

Es ist natürlich schwer, sich eine bestimmte Meinung zu machen; es gibt ein Wahlgluck, und in Wahlen entscheiden oft recht nebensächliche Dinge.

Für uns Socialdemokraten ist es nicht unwichtig, dass zur Zeit bei den oberschlesischen Polen im allgemeinen eine Verwirrung herrscht, die selbst die sonst so klugen Centrumsführer nicht haben verhindern können. Die Germanisation hat die Verwirrung herbeigeführt. Die Geistlichkeit, von Geburt aus in der überwiegenden Majorität polnisch, wird seit Jahren in Breslau bei der völlig klösterlichen Erziehung der geistlichen Candidaten am Convict und im Alumnat dazu erzogen, dass sie die Staatsgesetze und staatlichen Einrichtungen respectiert, und wenn in Gegenden, wie in Oberschlesien, die Germanisation als staatliche Einrichtung betrachtet wird, so muss sie, das scheint Kopps Wille zu sein, parieren. Und sie pariert! Jene, die nicht parieren wollen, schweigen. Einige sprechen doch, und so erleben wir gerade in diesen Wochen wieder den Streit zwischen dem Polenfreunde Skowronski und der germanisationslüsternen Rassek und ihren Anhängern, die sich mit dem deutschen und polnischen Schul- und insbesondere dem Religionsunterricht beschäftigen und sich dabei mit der heiligen Schrift, der mündlichen Ueberlieferung, den Kirchenlehrern, ja mit dem lieben Herrgott selber aufs heftigste bekämpfen. Das ganze deutsche Centrum und seine Presse, voran die *Cölnische Volkszeitung*, haben diese Fehde ihrer sonst immer so einigen Parteigänger in der Frage des Religions- und insbesondere des Confrimationsunterrichts weit und breit erörtert. Dieser Streit wird sich entschieden weiter entwickeln, zumal da die Germanisierung im Klerus schon so weit gediehen ist, dass die deutschfreundlichen Geistlichen bereits von den Kanzeln für die naturgemäss *hakattistischen* Kriegervereine agitieren. Diese Entwicklung führt weiter zur Vernichtung des bereits gebrochenen klerikalen Einflusses in politischen Dingen auf das noch die Kirchen besuchende Volk. Die Polen, die nicht mehr die Kirchen besuchen, sind von diesem Einflusse längst unabhängig. Der Klerus wird nun, wenn ihm nicht etwa überhaupt ein Riegel vorgeschoben wird, höchstens für das offizielle Centrum tätig sein dürfen oder — schweigen. Zu gunsten der nationalen *Gornoslazak*partei einzutreten, würde ihm schlecht bekommen. Diese Partei hat also auf klerikalen Schutz, wenigstens auf öffentlich geäußerten Schutz, nicht zu rechnen. Es fragt sich nun, woher sie ihre Anhänger holt, um halbwegs klar darüber zu werden, wer von den drei wichtigsten Parteien dem Siege am nächsten steht. Dass von Centrum und *Katolik*partei ganz bedeutende Teile zur nationalpolnischen Partei übergehen werden, ist sicher; die *Katolik*partei wird das nicht verhindern, und die Centumpartei kann es nicht. Was sie bisher in Oberschlesien und gerade im Industriebezirk besass, verdankte sie dem alten, braven *Katolik*, der jetzt strikt.

Wenn die Nationalpolen, wie sich die *Gornoslazak*leute selbst zu bezeichnen beginnen, von der Seite der Centrumswähler etwa die Hälfte an sich ziehen, wenn es zur nächsten Wahl kommt, so kommen wir im Kreise Kattowitz-Zabrze zu einer Drittelung der Wähler unter Ultramontanen, Nationalpolen und Socialdemokraten; eine Stichwahl wäre die Folge. In Beuthen-Tarnowitz könnte die Wahl ähnlich ausfallen.

Nun äussert man noch folgenden Gedankengang: Im Jahre 1898 haben nur deshalb so viele polnische Proletarier für die Socialisten, sogar für deutsche Socialisten, gestimmt, weil ihnen ein geeigneter polnischer, vom *Katolik* empfohlener Candidat fehlte; im nächsten Jahre werden diese Wähler für den Nationalpolen stimmen, und dabei werden die Socialdemokraten Wähler verlieren. Es ist möglich, dass etwas Aehnliches sich ereignet; es fragt sich indes, in welchem Umfange das geschieht. Die Nationalpolen machen schon jetzt Geräusch genug, wahrscheinlich bereits zu viel; einige junge Leute, die sich gern reden

hören, tun, als ob Oberschlesien für sie schon gewonnen sei. Indes kann dieser Parteiagitationsrummel nicht lange anhalten, ohne an Bedeutung zu verlieren. Er ist, wie gesagt, lediglich national. Im Programm dieser Partei handelt es sich um drei Hauptpunkte: 1. die katholische Religion, 2. die polnische Nationalität, 3. die sociale Hebung. Mit der katholischen Religion lässt sich in Volksversammlungen wenig machen, und von der socialen Hebung des Volkes, namentlich des oberschlesischen Proletariats, hört man bei den Nationalpolen so gut wie garnichts; anscheinend verstehen die Führer davon nichts, das Nationale überwiegt das Sociale, was man ja auch sonst zu beobachten Gelegenheit gehabt hat; die übermassige Betonung der nationalen schädigt zuletzt die Vertretung der socialen Interessen. Die nationale Agitation in Oberschlesien kann indes nicht die Bedeutung erlangen, dass sie auf die Dauer der Kernpunct einer politischen Partei sein und bleiben kann. Zunächst ist jede praktische Tätigkeit zur Polonisierung Schlesiens zur Zeit ein Unsinn; vorläufig polonisieren ja übrigens die *Hakatisten* genug und übergenug. Es kann deshalb als ausgeschlossen gelten, dass der nationale Gedanke in der Wahlagitation den Wert haben wird, den ihm seine Anhänger zusprechen.

Ganz anders wird die sociale Agitation die Oberschlesier, die nicht mehr *so dumm* sind, wie man drin im Reich noch glaubt, begeistern und festhalten. Das hat sie bereits getan: 1898 haben wir unter den Polen Oberschlesiens fast nur sociale Gedankengänge unter Illustrierung dieser durch die den Oberschlesiern bekannten Tatsachen, die sie jetzt verstehen lernten, verbreitet, und zwar nur schriftlich, und wie gross war unser Erfolg!

Es erscheint uns deshalb nicht richtig zu sein, zu befürchten, dass sich die Nationalpolen aus unseren Anhängern im Jahre 1898 bereichern werden. Es gehörte damals ein gewisser Mut dazu, bei den Teufeleien der Wahlcomités, in denen fast ausnahmslos Pfaffen und Beamte sassen, einen socialdemokratischen Stimmzettel in die Urne zu schmuggeln. Im nächsten Jahre wird das besser sein. Am lediglich nationalen Programm der *Gornoslazakpartei* werden sich die in dieser Beziehung etwas verkannten Oberschlesier nicht lange genügen lassen. Betreibt indes die nationalpolnische Partei das Sociale, dann werden, wie überall, die Arbeiter zu denen halten, deren Programm das energichere ist. Energisch aber darf das Sociale im Programm der nationalpolnischen Partei deshalb nicht betont werden, weil sie die Classenscheidung nicht anerkennt, für Bourgeois und Proletarier, die angeblich eine Einheit bilden, arbeitet und weiss, dass, wenn sie den socialen Boden betritt, sie sofort den bourgeoisen Teil der Partei verliert.

Das deutsche Centrum arbeitete früher vor den Wahlen immer in der Stille; so handelt es auch heuer. Man redet hin und her und berichtet von Conferenzen; geschehen ist bis jetzt nichts. Wird es einige Polen, das heisst Centrumsbrüder mit polnischen Namen, aufstellen, damit die *Katolikpartei* wieder mittut? Wird vor allem Ballestrem als Candidat weiterhin möglich sein? Von uns hat er die energichste Bekämpfung zu erwarten, von den Nationalpolen nicht minder. Wer kommt an Letochas Stelle? Wer an Stephans? Auch diese beiden haben ihren Credit beim Volke verloren; sie wussten das wohl auch und haben beide im letzten Jahr fünf auch nicht einmal sich bei ihren Wählern eingefunden, um ihnen Rechenschaft zu geben.

Alles in allem: Der Wahlkampf von 1903 wird für die Socialdemokratie sehr schwierig sein; die Wahlaussichten sind gut, und müssten wir uns mit einer Vermehrung der Stimmen begnügen, statt einen oder gar zwei Siege zu gewinnen, so wollen wir damit zufriedener sein.

# Das Recht und der Staat.

Ein Ausblick.

Von

Mathieu Schwann.

(Laubenheim.)

In dem alle *Grundlagen des XIX. Jahrhunderts* verkehrenden Buche Chamberlains<sup>1)</sup> schwärmt der Verfasser seitenlang über das römische Recht und die Begriffsplastik der Römer mit gelegentlichen Ausfällen gegen den *Taumel des Entwicklungsdogmas* und die *Vorstellung der unaufhörlichen Vervollkommnung*. Er betont dabei, er rede vom juridischen Rechtsgefühl, nicht von Gerechtigkeit, denn jenes sei ein ganz anderes Ding. Zeugt dieses *ganz andere Ding* nun gerade nicht davon, dass Chamberlain von der römischen Begriffsplastik viel lernte, so ist er im Behaupten dafür um so kühner. Ohne die Ausbildung eines römischen Rechtes wäre uns allen die Ausbildung eines eigenen Rechtes unmöglich gewesen, sagt er. Ein deutsches Recht, von dem man uns Wunder erzählte, habe es nie gegeben, sagt er ebenso. Und dann sagt er noch einiges andere, was uns hier nicht weiter bekümmern soll vorab, denn es fehlt ihm die lebendige Anschauung, das wirklich historische Sehen. Ohne römisches Recht wären eben die nachfolgenden Völker gezwungen worden, mit der grösseren Verwicklung ihres Lebens auch das entsprechende Recht auszubilden. Nun trafen diese Völker auf das fein ausgearbeitete Muster des römischen Rechts. Ihre Kraft wurde nach dieser Seite entlastet. Und wenn Chamberlain plötzlich meint, unsere Civilisation stehe hoch über der römischen, so ist dies eben die Folge einer Entwicklung, die selbst erst durch solche Entlastungen durch frühere Völker möglich wurde. Hätten wir Späteren alle unsere Kraft daransetzen müssen, die ersten Grundlagen einer Civilisation alle selbst zu finden und zu schaffen, so wäre dieses Höhersteigen der Civilisation einfach undenkbar.

Ebenso ist die Vorstellung falsch, dieses fein ciselierte Erzeugnis rechtlicher Technik sei das Werk eines Volkes von Bauern und rauhen Kriegern. Im Gegenteil, als der römische Kopf zu dieser Schöpfung fähig wurde, trat er aus der Bauernsphäre heraus. Eine grosse Verfeinerung dieses Kopfes hatte stattgefunden infolge oder zugleich mit der grösseren Verwicklung des Lebens und seiner Anschauungen, und der römische Bauer als solcher war in diesem ausgebildeten Recht ebenso wenig bewandert, wie irgend ein Bauer unserer Zeit. Wohl musste dieses Recht gelebt werden, wie Chamberlain sagt, ehe es in der Reflexion wiedererlebt und zum System ausgebildet werden konnte. Aber es konnte auch nur gelebt werden, wie das *natürliche Recht* als Rechtsgefühl und plastischer Trieb in der Natur des *civis Romanus* Stätte und Pflege fand.

Willkürlich und unhistorisch sind nun wieder die Folgerungen, die Chamberlain hieran knüpft. Kein anderes Volk hätte die Fähigkeit zur Ausbildung eines solchen Rechtes besessen. »Bei den Semiten zum Beispiel fehlte der moralische Untergrund, bei den Deutschen der Scharisinn.« Nun, denken wir uns einmal das römische Volk mitsamt seinem Rechte weg, würde die Notwendigkeit die *unmoralischen* Semiten nicht gezwungen haben, zum wenigsten den rechtlichen Schein zu wahren, je mehr sie in Verkehr mit anderen *moralischen* Völkern traten? Und die Deutschen, würden sie nicht gezwungen worden sein, wozu die Römer ihr Schicksal zwang: eben jenen rechtlichen Scharfsinn bei sich selbst zu entwickeln?

<sup>1)</sup> Houston Stewart Chamberlain: *Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts*. München, F. Bruckmann.

Der Unfug, der heutzutage mit den Begriffen *Persönlichkeit* und *Volks-individualität* getrieben wird, führt sich doch schliesslich selbst ad absurdum. Wie soll es denn überhaupt je zu einer Persönlichkeit kommen, wie hätte es je dazu kommen können, wenn nicht viele andere ihr vorgearbeitet, ihr Werden entlastet und durch ihr Wirken die Entwicklung der Persönlichkeit begünstigt hätten? Nun aber abstract zu folgern: wenn diese Persönlichkeit nicht gewesen wäre, so wäre aus euch allen nichts geworden, das ist eine so kindische Vorstellung, dass dagegen eine Polemik kaum mehr vernünftig erscheint. Streiche man doch einmal irgend eine Persönlichkeit aus der Geschichte aus, die grösste meinetwegen, vermag man damit auch alle die Vorarbeiten auszustreichen, die andere zu ihrem Gedeihen lieferten? Gewiss, man kann sagen, die tausend Entwicklungslinien, die hier zusammentrafen, würden sich eben nicht in diesem einen Punkte getroffen haben — und das ist der Wert, den ich einer Persönlichkeit gern und freudig zumesse —, aber die Bewegung jener Linien ist damit doch nicht aufgehoben; sie mussten sich früher oder später dennoch treffen, nicht in einem Punkte vielleicht, sondern in hundert Punkten meinetwegen: die Entwicklung wäre verzögert, verschoben, verändert worden, aber das Ziel musste trotzdem erreicht werden. Denn das ist doch der Sinn der Entwicklung, dass jede Anlage nach ihrer Ausgestaltung drängt, dass sie auf diesem Wege ihrer eigenen Vorzüge und Mängel inne wird und diese durch Anlagen und Ergänzungen aus anderen Entwicklungsreihen zu steigern oder auszugleichen und zu beseitigen streben muss. Wäre es nicht so, wie könnte Chamberlain selbst da, wo es ihm gerade passt, Urteile fällen, wie das folgende: »Gerade ein sorgfältigeres Studium der Kunstgeschichte, wie es heute mit so viel Erfolg gepflegt wird, zeigt, dass kein Genie wie ein Pilz über Nacht hervorschießt. Jene Macht Donatellos, die gewissermassen wie eine Elementargewalt wirkt, wurzelt in Hunderten und Tausenden von redlichen Gestaltungsversuchen, die zwei und drei Jahrhunderte zurückreichen und deren Herd — das beachte man wohl — nicht im Süden, sondern im Norden sich befand.« Also nicht nur die Persönlichkeit Donatellos wird hier durchbrochen und perspectivisch erweitert, sondern selbst Länder- und Völkergrenzen verschwinden, um der Entwicklung dieser Persönlichkeit die Bahn zu brechen. Und ein Mann, der also das Entfernteste in Ort und Zeit causal zu verknüpfen wagt, will uns bei dem Römervolke angeben, bei keinem anderen Volksstamme wäre der Boden zu finden gewesen, fähig, den Baum des römischen Rechtes zur Reife zu bringen? Wohlan: *des römischen Rechtes*, das gehe ich zu. Denn ohne Römer kein römisches Recht! Aber ohne Römer überhaupt keine Rechtsentwicklung — das glaube, wer mag! Und darauf kommt's hier an.

Aber Chamberlain folgert aus seiner einseitigen Auffassung weiter. Er charakterisiert den Deutschen: »Dem deutschen Geist stehen für die Rechtsbildung seine grossen Gaben ebenfalls im Wege: seine unvergleichliche Phantasie (im Gegensatz zu der platten Empirie der römischen Vorstellungswelt), die schöpferische Leidenschaftlichkeit seines Gemütes (im Gegensatz zur kühlen Nüchternheit des Römers), seine wissenschaftliche Tiefe (im Gegensatz zu den praktisch politischen Tendenzen des geborenen Rechtsvolkes), sein lebhaftes Gefühl für Billigkeit (immer in gesellschaftlicher Beziehung ein schwankes Rohr im Vergleich zur strengrechtlichen Auffassung der Römer).« Aus alledem schliesst Chamberlain nur die Unfähigkeit der Deutschen zur Rechtsbildung. Man könnte aber auch anders schliessen, und das ist es, was ich hier versuchen will.

Man könnte schliessen, dass die *platte Empirie* der römischen Vorstellungswelt, die *kühle Nüchternheit* des Römers, die *praktisch politischen Tendenzen* mitsamt der *strengrechtlichen Auffassung* der Römer eben nicht für unser Volksleben passen, dass wir etwas haben wollen, was unserer Art besser entspricht,



etwas Besseres vielleicht sogar. Denn ich halte es nun einmal für ein ganz unvergleichlich schwereres Kunststück, die Praxis der Billigkeit und Gerechtigkeit zu finden, als es die Ausbildung irgend eines juristischen Schutzsystems ist, wie es das römische Recht seinem Charakter nach erscheint. Selbst in Schopenhauers pessimistischer Seele wohnte der Gedanke, der nicht den deutschen Geist allein, sondern so ziemlich den Geist aller heutigen Culturvölker durchflammt. Er erkannte, dass der Staat neben dem Schutz nach aussen den Schutz seiner Mitglieder gegen einander bezwecke, und zwar vermittelt der Aufrechterhaltung eines rechtlichen Zustandes, welcher darin bestehe, dass die concentrirten Kräfte aller jeden einzelnen schützen, woraus ein Phänomen hervorgehe, als ob alle rechtlich, das heisst gerecht wären, also keiner den anderen verletzen wollte. Und er erkannte ferner, dass der Staat keine Anstalt zum Schutze der Moralität sei, sondern dass er seine Barrieren lediglich dem Unrechtleiden entgegenschiebe. Erreiche er seinen Zweck vollkommen, so würde er dieselbe Erscheinung hervorbringen, als wenn vollkommene Gerechtigkeit der Gesinnung allgemein herrsche. Er folge dabei der Voraussetzung, die Schopenhauer als richtig bezeichnet, dass reine Moralität, das heisst Rechthandeln aus moralischen Gründen, nicht zu erwarten sei. Genau diesen Weg nun ging das Römervolk, und dass es ihn ging, ist ein Zeugnis dafür, dass in seiner Anschauung, in seinem Gefühl wenigstens jener Grundgedanke Schopenhauers lebendig war, ein anderer Weg sei unmöglich, Rechthandeln aus moralischen Gründen sei nicht zu erwarten. So blieb in ihm seine ganze Kraft zur feinsten Ausgestaltung jenes defensiven Rechtssystems, das sich möglichst auf die Abwehr des Unrechtleidens beschränkt. Schopenhauer, der Pessimist, billigt das, obgleich er das Ideal sehr wohl kennt: vollkommene Gerechtigkeit der Gesinnung. Aber er halt dieses Ideal für unerreichbar, und das ist sein Pessimismus.

Und dennoch: das Ideal! Gerade jenes Ideal! — Unsinn! Utopie! Schlaffenland! Aber selbst der Pessimist Schopenhauer fasste seine Möglichkeit ins Auge, ja, sie ist, so sehr er sie auch verstandesmässig leugnet, der innerste Kern seiner idealistischen Weltauffassung. Abgesehen von diesem einzelnen aber ist es so, dass wir, seitdem dieses Ideal für uns in Sicht trat, nie mehr von ihm lassen konnten, dass wir uns deshalb auch nicht mehr ausschliesslich auf die Rechtspraxis des Römervolkes beschränken können, dass uns Geister auftreten, wie zum Beispiel Tolstoj, die gerade dem römischen Recht und dieser Praxis den Kampf ansagten. Wir müssen immer wieder und immer wieder von neuem den Versuch machen, eben jene Gesinnung zu pflanzen, zu erwecken und wach zu halten, damit sie uns einmal die Brücke baue über die Kluft, welche unser annoch irdisches Jammertal von dem Lande der Menschenheimat trennt. Nach ihm geht unsere Sehnsucht. Nicht den Menschen vor dem Unrechtleiden zu schützen, ist unsere vornehmste Aufgabe mehr, obgleich fast alle Praxis noch ausschliesslich diesen alten Weg wandelt, sondern ihn zum Rectum zu erziehen, das ist der Wille, der in uns zum Leben drängt. Und so wandern wir im einzelnen auch praktisch schon neue Wege, indem wir die Bedingungen zu erforschen suchen, die zum Verbrechen führen, indem wir die Verhältnisse, das Milieu beobachten, die persönliche Anlage in Rechnung ziehen, indem wir der Besserung der Lebensverhältnisse unsere Aufmerksamkeit zuwenden und die ungünstigen persönlichen Anlagen durch Erziehung zu lebdigem Solidaritätsgefühl zu mässigen oder womöglich ganz zur Verkümmern zu bringen suchen. Weit dehnte sich das Gebiet der Forschung aus, und noch weit entfernt sind wir davon, in allen diesen Dingen schon klar zu sehen. Aber dennoch wurden bereits Beziehungen offenbar, von denen man sich ehemals nichts träumen liess. Und hier ist es, wo die Wissenschaft wirklich zur Pfad-

finderin neuen, besseren Lebens zu werden verspricht. An dieser Werkstatt arbeitet der neue Völkergeist mit zäher Ausdauer und erstaunlicher Kraft. Denn wenn irgendwo, so sagt es ihm sein wunderwirkender Glaube, so ist hier die Stelle, wo sich die Pforte einmal öffnen wird zum Culturlande der Menschheit. Und gäbe ein Volk es auf, liesse es die Kelle pessimistisch und resigniert sinken, begnügte es sich mit einer römischen *Nüchternheit* und *praktisch politischen Tendenzen*, wollte es die Menschen nehmen, wie sie nun einmal sind, und die Verhältnisse lassen, wie sie ebenso einmal sind, gäbe es den Glauben preis an eine Möglichkeit der menschlichen Entwicklung in dieser Richtung, so könnte es die Arbeit einstellen: dieses Volk wäre überflüssig geworden in der Welt.

Was bedeutet das? — Nun nichts mehr und nichts weniger, als einen vollen Umschwung in der Auffassung des Rechtes und des Rechtslebens, eine volle Gegensatzstellung zu der römischen Auffassung von Recht und Leben. Hier war das Rechtsgefühl defensiv, bei uns soll das Rechtsgefühl offensiv werden; bei den Römern begnügte man sich mit dem negativen System des Schutzes gegen das Unrecht *leiden*, weil man an der Gerechtigkeit selbst verzweifelte; nun strebt ein neuer, lebendiger Wille positiv zur Gerechtigkeit. Das Recht soll nicht mehr ein bloss praktisches Instrument des Staates sein, sondern es soll eine Kunst und eine lebendige Wissenschaft werden, die selbst in den Staat hinein schöpferisch und umschaffend wirkt. Das Ziel ist nicht mehr ausschliesslich, bloss brauchbare, juristisch gebildete Beamten dem Staate zu liefern, sondern tüchtige Menschen will man haben, denen das Recht im Herzen und nicht bloss ein paar Rechtsformeln im Kopfe sitzen. Dieser lebendigen, mit dem Leben selbst wachsenden und sich mehrenden Wissenschaft stellt sich die Mechanisierungstendenz des Staates in den Weg. Also gilt es, aus dem *Zustande*, in den man geriet und aufstieg, wieder herauszukommen und die natürliche Abfolge von *Zuständen* neu zu schaffen.

Dieser grosse Wandel der Anschauung und des Willens, der sich da vollzogen hat, wird uns nicht deutlich unter der Führung Chamberlains. Will man ihn sehen und erkennen, muss man die Geschichtsschreiber befragen, solche, die selbst nach der Erkenntnis des Lebenssinnes forschten und suchten. Da erscheint dieser Wandel, einerlei, an welche Stichworte er geknüpft wird, einerlei auch, welche Folgerungen daraus gezogen werden: sie sehen ihn wenigstens und suchen ihn in Worte zu fassen. So weist Taine<sup>2)</sup> darauf hin, dass es bei den Alten nicht einmal Worte gab, welche unseren Begriffen *Ehre* und *Gewissen* entsprechen; er weist darauf hin, welche unwäzende Bedeutung diese beiden Worte in der menschlichen Entwicklung gewonnen, wie sie zur Grundlage dessen wurden, was die ganze historische Entwicklung der letzten tausend Jahre bedingte, das Aufstreben der Persönlichkeit. Sie, die Persönlichkeit, wurde zum Gegengewicht gegen die öffentliche Gewalt, und sie wird dieser in keinem Dinge, das gegen ihre Ehre und ihr Gewissen geht, ein Zugeständnis machen. Zum Schutze des Lebens und des Eigentums übertrug man der öffentlichen Gewalt die alleinige Waffe. So konnte der einzelne sein Messer in die Scheide stecken. Und so folgert nun Taine: »Jeder von uns nimmt es an, gegen Gewalttat und Betrug verteidigt zu werden; darüber hinaus aber gehen die Willen fast auf allen Punkten auseinander. Ich habe meine Religion, meine Meinungen und Sitten für mich, ich habe meine Manieren, meine eigene Art, das Weltall zu verstehen und das Leben zu führen; gerade das ist es, was meine Persönlichkeit ausmacht, was mir Ehre und Gewissen verbieten preiszugeben, was der Staat versprochen hat mir zu erhalten. Also wenn er durch einen Zusatzartikel versucht, das alles nach seinem Belieben zu regeln, wenn sein Belieben

<sup>2)</sup> Hippolyte Taine: *Les origines de la France contemporaine*. Paris, Hachette.

nicht das meinige ist, so fehlt er gegen seine anfängliche Verpflichtung, und anstatt mich zu schützen, unterdrückt er mich.« Und Taine schildert beredt die Folgen, die von hier ausgehen und die Persönlichkeit dahin bringen, dass sie es zulassen muss, dass der Staat seine Finger in ihren Beutel steckt, um aus ihm die Inquisitoren, die Kerkermeister und Henker der Persönlichkeit zu bezahlen. »Man kann sich keine schreierendere Unterdrückung denken. — Also haben wir acht auf das Wachstum des Staates und dulden wir es nicht, dass er etwas anderes sei, als ein Wachhund. Während die anderen Gäste des Hauses ihre Zähne und Nägel stumpf werden liessen, sind seine Krallen furchtbar geworden; er ist heute kolossal, und nur er ist noch daran gewöhnt, Schlachten zu schlagen. Nähren wir ihn reichlich gegen die Wölfe, aber dass er nie an seine friedfertigen Genossen rühre; der Appetit würde ihm im Essen kommen; bald würde er selbst ein Wolf sein, der reissendste aller Wölfe im Hause. Man muss ihn an der Kette und in seiner Umzäunung halten.«

Eine Aussicht, die wohl keiner verleugnen wird, der heute seine Blicke auf das Ungeheuer richtet, das sich *der moderne Staat* nennt. Wird dieser Staat einmal verrückt — und wie leicht ist das: es braucht nur ein Brausewetter zu kommen, das ihm da oben ein paar Schrauben losmacht —, so ist er schlimmer, als das wildeste Tier. Aber Taine folgert aus diesen Umständen, man solle den Staat nicht überwachsen lassen auf die Gebiete der positiv schöpferischen Arbeit, Erziehung, Moral, Religion, Glaube, Philosophie seien nicht sein Departement. Da habe er nichts zu suchen, nichts zu wollen, nichts zu protegieren und nichts durchzusetzen. Er soll eine Schutzanstalt sein und bleiben — gegen das Unrecht *l e i d e n*. Er habe nicht die Aufgabe, eine Gendarmerie um einen Cultus herum zu sein. Und Christus selbst hätte die beiden Reiche, das bürgerliche und das religiöse, von einander getrennt, als er sagte: »Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist!«

Alle diese Demonstrationen zeigen nur, dass Taine der Wandel, der sich da vollzog, vollauf bewusst war. Aber was er daraus schliesst, ist keineswegs einwandfrei. Solange der Mensch sich selber teilte in Leib und Seele, konnte er für die beiden Departements auch besondere Einrichtungen schaffen. Wir aber teilen uns nicht mehr, wir sehen den Menschen ganz, wir entdeckten die inneren unzerreissbaren Zusammenhänge zwischen Leib und Seele; wir wissen, dass die gewöhnlichsten körperlichen Functionen, Essen, Verdauen, Trinken, auf die Seelenbildung von Einfluss sind, dass die Art der Nahrung, der Wohnung, der Kleidung von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die seelische Erziehung und Gewöhnung des Menschen ist, dass alle materiellen und ökonomischen Verhältnisse in dem anderen Departement genau so ihre Wirkungen zeigen, wie sich die Fruchtbarkeit des Bodens, seine Feuchtigkeit u. s. w. da oben hoch in den einzelnen Blüten des Baumes, in ihrem Dufte, in ihrer Gesundheit und Fülle widerspiegeln. Wir wissen, dass der Mensch eine Einheit ist und keine Composition aus Leib und Seele, und weil wir es wissen, suchen wir ihm ein Haus zu bauen, in dem sich Leib und Seele zu gleicher Zeit wohlfühlen sollen. Wir sagen ihm nicht mehr: da ist eine Kirche, geh' hinein, bete eine halbe Stunde und dann komm' herüber in die Caserne und lerne, wie man Menschen totschiesset und die Waffe führt und dem Cäsar dient; sondern ein Haus möchten wir, in dem es dem ganzen Menschen wohl ist, wo seine Arbeit ein einziger und ungeteilter *Gottes- und Cäsardienst* wird. Und das kann nur da sein, wo nicht *Gott* und *Cäsar* als die äussersten Pole einander gegenüberstehen, sondern wo sie sich im Menschen selbst vereinigen und der ganze Mensch das Ziel bildet, zu dem wir in geistiger und körperlicher Entwicklung zugleich hinstreben, kurz, wo der Mensch selber zum *Gott* und *Cäsar* für die Menschen wurde.

Wohl sehen wir auch, dass Cultur erst möglich wurde, als der Mensch sich entlasten konnte, dass er sich erst entlasten konnte, als eine Arbeitsteilung einsetzte, ein eigener Kriegerstand sich bildete und der einzelne nicht mehr gezwungen war, stets mit dem Messer in der Hand um die eigene Existenz zu kämpfen. Und wir sehen ferner, dass die Arbeitsteilung wieder die grosse Gefahr umschliesst, den Menschen zu entmenschlichen, ihn zum Spezialisten, zum Vertreter eines Faches, eines Standes, einer Fähigkeit zu machen, der selbst den Zusammenhang mit den anderen verliert und nicht mehr lebendig fühlt. Wir sehen, dass Arbeitsteilung notwendig ist, wir sehen, dass sie dem Menschen zum Verderben werden kann, also die Not nicht wendet, sondern sie erst recht gross und schlimm macht. Was also? Wie sollen wir nun hindurch zwischen dieser Skylla und Charybdis? Nun, eben wie jeder tüchtige Schiffsmann hindurchkommt, meine ich. Indem er die Augen aufbehält, indem er zuerst einmal die Skylla sieht und die Charybdis nicht mündert und nicht wie ein kopfloser Dilettant meint: wenn's auf der einen Seite nicht geht, wird's auf der andern gehen, und also von der Skylla hinweg das Steuer wendet, um der Charybdis direct in den Rachen zu fahren. Und noch etwas weiter, noch ein bissl klüger muss der Mensch werden, so wird er sich langsam an die Skylla herannähern und ihre Klippen und Felsen wegsprengen, und die Strudel der Charybdis wird er vertreiben, indem er die furchtbaren Wasserlöcher ausfüllt: so wird er die Gefahren beider bezwingen.

Staat — Persönlichkeit!? Unrecht l e i d e n — Verteidigung dagegen? Krankheit — Apotheke? Es sind immer die Pole des äussersten Gegensatzes. Und da sich der Mensch lange genug auf diesen Wegen herumgequält hatte, fragte er endlich doch: Was wäre das Ideal? Eine Persönlichkeit, die vom Staate nicht gehindert, sondern gehoben würde, die ihrerseits wieder den Staat hinderte, zum reissenden Wolfe zu werden. Das Ideal? Unrecht leiden? Und dann es durch *jus* wieder gutmachen? Nein, das Unrecht vermeiden! Die Gesinnung der Gerechtigkeit pflanzen. Krank werden und dann in die Apotheke gehen? Nein, die Gesundheit erhalten, sie stärken und sich gegen Krankwerden zu schützen lernen. An alledem arbeitet der Mensch heute. Er tappt in seinen Versuchen daneben. Das macht nichts. Er lässt nicht von neuen Versuchen. Auf allen Gebieten forscht und arbeitet er, und weit über den Mechanismus des römischen Rechtes hinaus fragt er danach: Wie schaffe ich Gesundheit? Wie erhalte ich sie? Wie bringe ich es auf dem Boden dieser Gesundheit fertig, durch Erziehung den Menschenwillen dahin zu führen, die Gerechtigkeit, das Rechtthun zu gewinnen? Und er scheut nicht mehr vor der Unmöglichkeit dieses Ideals zurück. Sieht er doch, wie der Mensch es lernte, seine Orang-Utang-Zähne abzulegen, wie er dann sogar dazu kam, sich seines Privatmessers zu entwöhnen, mit dem er ehemals jedem Feinde in die Rippen fiel, und Feind war damals jeder andere. Warum sollte er das, was nun weiter kommt und zur Notwendigkeit wurde, nicht auch noch lernen? Und wenn ich schliessen soll mit einer Aussicht, die den Wandel, der sich da vollzog und immer weiter vollziehen wird, ganz klar und deutlich machen soll, so sei es mit den Träumereien eines Dichters, der wirklich sah, kommen sah, was die Zukunft anderen verhüllt. In Bölsches *Neuen Geboten*<sup>3)</sup> steht der Vers:

»Du sollst nicht töten! Und der Mörder bebt  
Durch die Jahrtausende in Reue und Begehren —  
Ich aber will den ewigen Frieden lehren:  
Du k a n n s t nicht mehr töten!«

<sup>3)</sup> Wilhelm Bölsche: *Die neuen Gebote. Socialistische Monatshefte*, 1897, pag. 284 ff.

**Sächsische *Helligkeit*.**

Von

**Heinrich Peus.**

(Dessau.)

Die Sachsen sind bekanntlich *helle*. Sie sagen es selber, und sie werden wohl wissen, warum. Sie erbringen durch ihre Taten immer neue Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung. Auch die Dresdener Stadtvertretung hat noch schnell vor Toresschluss des Jahres 1902 ihre ganze *Helligkeit* an den Tag gelegt. Und zwar durch zwei Beschlüsse in der von ihr beschlossenen *Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter*. Es ward dort beschlossen, dass die städtischen Arbeiter an Eidesstatt versichern sollen, dem Könige treu und gehorsam zu sein, insbesondere aber keine socialdemokratische Ueberzeugung zu hegen. Ferner aber ward den städtischen Arbeitern verboten, sich an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu beteiligen.

Man könnte über diese beiden Beschlüsse in sittliche Entrüstung geraten. Aber es scheint uns weit angebrachter zu sein, über die in diesen Beschlüssen sich documentierende sächsische *Helligkeit* zu spotten. Denn Törichtereres und Zweckloseres ist selten beschlossen worden. Der blinde Eifer hat hier den *hellen* Dresdenern einmal einen tüchtigen Schabernack gespielt.

Städtische Arbeiter sind im allgemeinen nicht die politisch regsten. Sie wissen ohnehin, auch ohne dass es extra vorgeschrieben wird, dass es oben übel vermerkt werden würde, wenn sie erkennen liessen, dass sie Sympathie für die Socialdemokratie hätten. Sie bleiben daher in der allergrössten Mehrzahl den Versammlungen und Vereinen der Socialdemokratie fern und sind auch nur selten Abonnenten auf ihre Presse, wenigstens nicht offen. Der Indifferentismus unter ihnen ist stark, was sie nicht zu hindern braucht, aus Classeninstinct bei der Reichstagswahl doch richtig zu stimmen. Aber zumeist ist das auch ihre einzige socialdemokratische Betätigung. So ist das fast überall und in Dresden gewiss nicht viel anders. Wären nun die städtischen Behörden von Dresden wirklich klug, so liessen sie es bei diesem stillen Einfluss ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht bewenden und wären froh, dass sie auf Grund desselben die städtischen Arbeiter von der Socialdemokratie fernhielten. Aber die Sachsen *sein helle*. Sie haben keine Geduld, sie müssen es den städtischen Arbeitern feierlich, durch eine von der Heiligkeit des Eides besonderes Gewicht entlehrende Handlung kundtun, dass es Socialdemokraten gibt, dass man socialdemokratisch denken kann und gleichzeitig dem sonst vielleicht nur dunkel gebliebenen Bewusstsein es mit schärfster Deutlichkeit einhämmern, dass das capitalistische Arbeitsverhältnis keine Gedanken- und Gewissensfreiheit zulässt, dass der Capitalismus in Staat und Gesellschaft sich nur halten kann, wenn er Seele, Gewissen und Geist der von ihm Ausgebeuteten, statt ihnen natürlich-freie Entwicklung zu gönnen, in eine bestimmte Schablone zwingt, die allein zu der Unwahrhaftigkeit und Ungerechtigkeit des capitalistischen Systems passt. Wie beschränkt sind doch die Menschenhirne, die immer noch glauben, dass in der heutigen Welt des nahezu schrankenlosen Verkehrs der Menschenköpfe durch Anbeihlen von Anschauungen etwas erreicht werden könne! Die künstliche Hirndressur hat zwar noch ein weites Feld — man denke nur an Kirche und Schule! —, aber dass dem erwachsenen Arbeiter der Grossstadt heute das Denken noch vorgeschrieben werden könne, ist eine Meinung, die nur der haben kann, der selber sein Leben lang aus der Hirndressur gar nicht herausgekommen ist. So geht es ja den Angehörigen unserer herrschenden Classe, besonders den Beamten, in hervorragendem Masse. Sie sind während ihres ganzen Erziehungsganges in Haus, Schule, Universität und Amt unter so starkem Einfluss einer bestimmten Geistesdressur, dass

es nicht wunder nehmen kann, wenn sie von dem, was inneres freies Gewissensleben bedeutet, ihr ganzes Leben lang keinen Begriff bekommen. Da ist der Arbeiter mit seiner viel früher abgeschlossenen Dressur, mit seiner vom 14. Jahre ab beginnenden freien Geistesbetätigung innerhalb des naturwüchsig zur Entwicklung gelangenden Volksgeistes viel besser daran. Er hat daher auch ein viel stärkeres Empfinden dafür, dass Geistesdressur ein Unrecht ist; ihm ist freies Gewissensleben so etwas Selbstverständliches, dass bei ihm der Argwohn sofort geweckt wird, wenn man ihm sagt, dass er bestimmte Anschauungen nicht haben dürfe. Dass das recht sein könne, versteht er nicht. Anschauungen und Meinungen wachsen von selber und haben dann nur Wert, das ist seine Ueberzeugung. Anbefohlene Ansichten aber sind für ihn ohne weiteres ein Anlass der Anzweiflung.

So kann denn auch die Abverlangung jener eidesstattlichen Versicherung, kein Socialdemokrat zu sein, nur die Wirkung haben, dass sich die Ueberzeugung festsetzt, die socialdemokratische Ueberzeugung müsse wohl die sein, die in Freiheit dem Menschen von selber zuwachse und darum auch die richtige, die wahre und gerechte sei. Unter den Umständen, unter denen städtische Arbeiter heute leben, kann es kaum eine wirksamere Erziehung zur Socialdemokratie geben, als sie durch die Vorschrift des Treueides den städtischen Arbeitern zu Dresden zu teil wird.

Auch das Verbot, sich an Wirtschaftsgenossenschaften zu beteiligen, ist hinsichtlich des erstrebten Zweckes eine rechte Torheit. Man hat die städtischen Arbeiter nicht eigentlich schädigen wollen, denn eben wegen jenes Verbots hat man ihnen extra statt 30 bis 50 Mark 60 bis 100 Mark Lohnzulagen gewährt, ihnen also den Schaden, den sie durch die Nichtbeteiligung an Consumvereinen haben werden, durch jährlich 30 bis 50 Mark einigermassen ersetzt. Man hat aber durch das Verbot bezweckt, den Mittelstand der Kleinhändler zu schützen. Das gerade Gegenteil hat man in seinem blinden Eifer dadurch erreicht. Denn erstens wird zahlreichen Arbeitern jetzt erst zum Bewusstsein kommen, dass sie sich durch Kauf bei den Kleinhändlern schädigen, und sie werden, wenn nicht indirect bei den Consumvereinen, um dem Schaden bei den Kleinhändlern zu entgehen, bei den Grosshändlern, in Warenhäusern etc., kaufen. Das ihnen auferlegte Verbot lässt ja deutlich erkennen, dass die Kleinhändler ihre Zwischenhändlerexistenz nur auf Kosten der Arbeiter fristen.

Aber die Dresdener Stadtvertretung hat in ihrem blinden Eifer eine andere, noch viel mehr ins Gewicht fallende Wirkung ganz übersehen. Die Arbeiter fühlen heute als Classe solidarisch. Was den städtischen Arbeitern ungerechtereise verboten, den Beamten und Officieren aber weiter gestattet wird, das empfinden die Hunderttausende anderen Arbeiter als ein schweres Unrecht den städtischen Arbeitern gegenüber. Mehr noch, sie begreifen nun mit Sonnenklarheit, dass die an sie seitens der Consumvereine ergelnde Aufforderung, sich genossenschaftlich zu organisieren, ihre volle Berechtigung hat, denn der von der Dresdener Stadtvertretung erstrebte Nutzen des händlerischen Mittelstandes kann nur ihr, der Arbeiter, Schaden sein. Aus nichts wird nichts. Und so muss das Correlat zu dem Verbot für die dreitausend städtischen Arbeiter, sich an Wirtschaftsgenossenschaften, das ist Consumvereinen, zu beteiligen, eine neue gewaltige Flutwelle unter den anderen Zehntausenden der Dresdener Arbeiterschaft zu gunsten der Consumgenossenschaftsbewegung werden. Es wird der Dresdener Stadtvertretung gehen, wie Herrn Dr. Crüger, der die socialdemokratischen, das ist in Wahrheit die vom Geiste des Fortschritts ihres eigenen Principis erfüllten Consumvereine, wenn nicht vernichten, so doch schädigen wollte und gerade durch seine Tat sie mit Scheinwerferhelligkeit so vor aller Welt ins Licht setzte, dass ein ungeheurer Mitgliederzufluss notwendig kommen musste. So wird's auch in Dresden kommen: das Verbot für die städtischen Arbeiter wird zwischen ihnen

und den Consumvereinen fast gar keine Wirkung zeitigen, verhältnismässig werden sie ohnehin nicht die zahlreichsten Consumvereinsmitglieder gestellt haben; aber die anderen Arbeiter werden durch das Verbot so gereizt werden, von der für die städtischen Arbeiter verbotenen Frucht zu geniessen, dass der Schade für die Kleinhändler ein ganz kolossaler werden wird. Nichts ist geeigneter gewesen, den Interessengegensatz zwischen Arbeiterconsument und Mittelstandkleinhändler den Massen zu enthüllen, als eben das jetzt den städtischen Arbeitern gegenüber erlassene Verbot. Tausende von Arbeitern werden nun erst anfangen, den Kampf mit Bewusstsein zu führen, mit Bewusstsein beim Kauf ihr Interesse systematisch wahrzunehmen. Damit kommen sie von selber auf die Consumvereine. Und die letzteren wären töricht, wenn sie den Beschluss der Stadtvertretung nicht kräftigst bei ihrer Agitation ausnützten.

Die Socialdemokratie wird sich der in ihrer wirtschaftlichen Kauffreiheit unerhörterweise beschränkten städtischen Arbeiter annehmen, sie wird diesen neuen Eingriff einer sächsischen Behörde in die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiter im Reichstage zur Sprache bringen und gebührend kritisieren. Sie sollte unserer Meinung nach aber gerade anlässlich solchen Vorkommnisses noch einen Schritt weiter gehen, sie sollte in ihrer Gesamtheit deutlich zu verstehen geben, dass sie für die Arbeiter nicht nur die wirtschaftliche Freiheit will, zu kaufen, wo sie wollen, sich zu Consumvereinen zusammenzutun oder es bleiben zu lassen, sondern sie sollte positiv die Arbeiter zur Organisation ihrer Kaufkraft auffordern, um das ungeheure Mass wirtschaftlicher Macht, das dadurch möglich wird, für sich, die Arbeiter, zu erringen. Die Partei steht den gewerkschaftlichen Organisationen mit der ganzen erforderlichen Positivität gegenüber, die keinerlei Gleichgiltigkeit gegen ein gewerkschaftliches Nichtorganisiertsein zulässt. Wir halten dafür, dass dieselbe positive Stellungnahme den Consumgenossenschaften gegenüber am Platze ist.

In anderen Ländern hat man das zum Teil bereits begriffen und in die Tat umgesetzt. So hat der Vorstand der niederländischen socialdemokratischen Partei eben jetzt eine Commission von drei Mitgliedern eingesetzt zum Zweck der Förderung des Consumvereinswesens, das in Händen der Socialdemokratie ein Mittel sein müsse, die Arbeiterbewegung zu stärken. Die Commission findet mit Recht, dass die Consumvereinsbewegung nur gedeihen kann bei genügender Mitgliederzahl, grundsätzlicher Kundschafstreue der Mitglieder und bei tüchtiger und solider Leitung. Für die Schaffung dieser Bedingungen will die Partei eintreten, ja sogar Vorschüsse an Consumvereine verleihen. Das letztere halten wir für völlig überflüssig, ja schädlich; gerade in wirtschaftlichen Dingen muss es nach Möglichkeit heissen: selbst ist der Mann. Ueberhaupt dünkt uns jede praktische Verquickung von Partei und Genossenschaftswesen ein Fehler. Die Partei soll keine Consumvereine gründen, wohl aber die Theorie der Genossenschaftsbewegung, ähnlich wie die der Gewerkschaftsorganisation, pflegen und mit dem ganzen Gewicht der in ihr wirkenden Persönlichkeiten für diese eintreten. Dann stellt sich der Erfolg für die Gesamtarbeiterbewegung ganz von selber ein.

Unsere Dresdener Gegner mögen zunächst nur ihren geliebten Mittelstand schützen wollen. Aber ganz gewiss haben sie auch schon ein geheimes Grauen vor der stetig wachsenden wirtschaftlichen Macht der organisierten Arbeiterconsumenten. Sollen die Gegner diese Macht eher fürchten lernen, als wir sie zu schätzen anfangen? Es nützt ja doch nichts, den Consumgenossenschaften das *socialdemokratische* Stigma ersparen zu wollen. So neutral die Consumvereine sind und sein sollen, indem sie ihre eigene Aufgabe vollständig selbständig zu lösen haben, werden sie doch, je mächtiger ihre Entwicklung fortschreitet, als *socialdemokratisch* verschrieen werden, genau so wie

die Gewerkschaften. Warum also soll da der ungeheure Fonds moralischer Autorität, den die Socialdemokratie in der deutschen Arbeiterklasse besitzt, nicht endlich auch der Consumgenossenschaftsbewegung zu gute kommen? Vorgänge wie der Dresdener lassen diese Notwendigkeit immer dringlicher erscheinen. Ein längeres Zaudern ist Schwäche.

---

## Was ist Religion?

Von

Eise Hasse.

(Berlin)

Den neureligiösen Bewegungen unserer Zeit liegt dasselbe Bedürfnis zu Grunde, das den modernen Menschen in der Wahl der mannigfachsten Ideale bestimmend zu leiten pflegt: das Bedürfnis nach Kraft. Alle, die ihren philosophischen Hammer gegen die Schwäche schleuderten und es kaum erwarten konnten, dass durch die *Atrophie des religiösen Triebes* der Mensch aus der Periode der kindischen Abhängigkeitsgefühle in die neue Entwicklungsphase männlicher Selbstmächtigkeit hineingeführt werden würde, haben sich als schlechte Seelenkenner und falsche Kraftanbeter gezeigt. Der als *Schwätzer* verpönte Carlyle übertrifft ihre Weisheit mit dem einfachen Wort: »Der Mensch ist nur stark, wenn er glaubt... die Geschichte eines Volkes wird fruchtbar, herzerhebend, gross, sobald es glaubt.« Die Kraftsucher haben sich denn auch instinctiv wieder der Gläubigkeit zugewandt, keiner positiven freilich, aber dem Sehnen und Streben nach grossen Gesamtansichten, nach einem gewaltigen Aphorismus, welcher die Welt umfasst und erklärt. Eine solche Wiederaufwärtsbewegung der Gläubigkeit verrät sich in dem verstärkten Weltanschauungsbedürfnis, in den Endzielphilosophien, den Träumen von einem *dritten Reich*, der neubelebten religiösen Debatte, und es ist bezeichnend, mit welcher plötzlicher Frische sich viele vom Enthusiasmus Entwöhnten in die Andachtssphären eines Nietzsche, Carlyle, Ruskin, Tolstoj, Maeterlinck, Huysmans, Wille und Hart versenken.

Tatsachen wie diese reizen dazu, nicht nur das Für und Wider dieser oder jener Glaubenshülle zu discutieren, sondern von neuem nach dem *Quellort des religiösen Lebens* zu suchen und der Frage näherzutreten, ob und wie die Religiosität Kräfte auslöst, die dem Leben dienen. Nun hat zwar seit den Tagen der englischen Deisten die Religionsphilosophie unermüdlich versucht, die gemeinsame geistige Wurzel der Religionen aufzufinden, und es ist viel höchster Scharfsinn für die Erklärung der religiösen Bewusstseinstatsachen aufgewendet worden, allein es scheint, als müssten die Definitionen auch der tiefsten Denker auf ein psychologisches Urelement zurückzuführen sein, das der Metaphysik nicht bedarf.

Es kommt auf einen Versuch an. Aus der Fülle charaktervoller Deutungen seien die folgenden herausgehoben. *Leibniz*, der von seinen Monaden lehrt, dass jede derselben eine Welt ist und die Welt in sich trägt und dass der Vorstellungsinhalt aller Monaden in einem ewigen Zusammenhang stehe, in einer durch Gott von Anbeginn prästabilierten Harmonie — Leibniz meint: der denkende, sich dieser Harmonie und ihres zureichenden Grundes (Gottes) bewusst werdende Geist fände in sich das Universum und sei religiös. *Kant* sagt in seiner *Kritik der Urteilskraft*: »Religion ist Erkenntnis unserer Pflichten als göttlicher Gebote, weil die Erkenntnis unserer Pflicht und des darin uns durch Vernunft auferlegten Endzwecks den Begriff von Gott zuerst bestimmt hervorbringen konnte, der also schon in seinem Ursprunge von der Verbindlichkeit



gegen dieses Wesen unzertrennlich ist.◄ Darum sei alles Wähen über Gott eigentlich *Ethikothologie*. Hegel meint, dass die Religion den Menschen hinaufhöbe »in diejenige Region, worin alle Rätsel der Welt gelöst, alle Widersprüche des tiefer sinnenden Gedankens enthüllt sind, alle Schmerzen des Gefühls verstummen, in die Region der ewigen Wahrheit, der ewigen Ruhe.« Hegel stimmt mit Kant darin überein, dass Gott als die erhaltende Mitte der Religion, als die Seele all ihrer Gestaltungen anzusehen sei; aber er fügt im Gegensatz zu Kant die Erkennbarkeit Gottes durch die sich selbst erfassende Vernunft hinzu, ohne sich freilich zur Kühnheit des alten Schelling zu erheben, der Gottes Wesen philosophierend nachschaffen zu können meinte. Schleiermacher definiert Religion tief sinnig als *Gefühl des Unendlichen im Endlichen*; im innern Leben, wo sich das Universum abbildet, glüht jene innige, liebende *Andacht zur Natur, zur ewigen Menschheit* auf, durch welche der einzelne sich eins fühlt mit den Gesetzen jener, mit den höchsten Zielen dieser. Carlyle denkt ähnlich; ihm ist Religion das, was ein Mensch werktätig glaubt, was er sich werktätig angelegen sein lässt und für gewiss hält in Betreff seiner innersten Beziehung zu dem geheimnisvollen Weltall und zu seiner Pflicht und Bestimmung darin. Novalis urteilt in den *Fragmenten*: »Es gibt gewisse Dichtungen in uns, die einen ganz andern Charakter als die übrigen zu haben scheinen, denn sie sind vom Gefühle der Notwendigkeit begleitet, und doch ist schlechterdings kein äusserer Grund zu ihnen vorhanden. Es dünkt dem Menschen, als sei er in einem Gespräch begriffen und irgend ein unbekanntes geistiges Wesen veranlasse ihn auf eine wunderbare Weise zur Entwicklung der evidentesten Gedanken. Dieses Wesen muss ein höheres Wesen sein, weil es sich mit ihm auf eine Art in Beziehung setzt, die keinem an Erscheinungen gebundenen Wesen möglich ist. Es muss ein homogenes Wesen sein, weil es ihn wie ein geistiges Wesen behandelt und ihn zur seltensten Selbsttätigkeit auffordert. Dieses Ich höherer Art verhält sich zum Menschen wie der Mensch zur Natur oder der Weise zum Kinde. Der Mensch sehnt sich, ihm gleich zu werden, wie er das Nicht-Ich sich gleich zu machen sucht.«

All diese mystisch begrifflich verhüllten Aussagen haben eine verborgene Ähnlichkeit mit einander, wengleich die älteren Denker mehr die Begriffssubstanz, die jüngeren mehr den Empfindungskern und den Willensnerv aus dem religiösen Leben herausgeschält haben. Tolstoj gibt mit seiner einfachen Deutung gewissermassen einen Extract der vorigen, wenn er sagt: »Religion ist die — der Vernunft und dem gleichzeitigen Wissen entsprechende — Erklärung der Beziehungen des Menschen zum Urquell alles Seienden und die aus dieser Stellung entspringende Bestimmung des Menschen und, aus dieser Bestimmung hervorgehend, die Richtschnur der Lebensführung.« Religion bezeichnet hiernach also ein Verhältnis, ein Gefühl und einen Trieb. Sie entstammt dem Gefühl der Zugehörigkeit zu dem grossen Ganzen der Welt, die um uns lebt und webt und sich bewegt und von deren Gesetzen und Kräften wir uns abhängig wissen. Aus diesem Gefühl entwickelt sich der Trieb, zu der unendlichen Welt, zu ihrer ewigen Grundursache uns irgendwie in Beziehung zu setzen. Durch das Gefühl, dass allem Vergänglichen etwas ewig Lebendiges, allem Endlichen etwas Unendliches innewohnt, werden wir dazu getrieben, das Ewige, Bleibende, Wahre in allen Dingen aufzusuchen und die Gesetze aufzufinden, durch deren Befolgung wir nicht den Tod, sondern das Leben erwerben. Für den Menschen ist das Sittengesetz so viel wie sein höchstes Lebensgesetz. Das Gute empfindet er als etwas Ewiges, das Schlechte als etwas Todgeweihtes. Der sittliche Mensch ist ein erhöhter Menschentypus, und weil wir in unserm Innern unabweislich fühlen, dass wir das menschliche Höhengemass noch nicht erreicht haben, weil wir ferne, schöne, geistige Entwicklungsmöglichkeiten in uns ahnen, darum äussert sich das religiöse Leben im Indi-

viduum vornehmlich als der mächtige Trieb, sich hinaufzuleben zur wahren Menschenhöhe. Der *Zug nach oben* wirkt in uns mit grosser Kraft. Und drittens ist Religion ein Verhältnis unserer Vernunft zum Universum und zum Urquell des Seins. Dieses Verhältnis, sei es nun ein phantastisch-mythisches oder ein mystisch-gefühlvolles oder ein wissenschaftlich-speculatives, wird gestützt durch den Glauben. Auf der Basis des jeweiligen Wissens und der Glaubenskraft erhebt sich der freie, luftige und glänzende, aus Dichtung, Traum, Ahnung, intuitivem Schauen und Analogieschlüssen zusammengesetzte Ueberbau: der Mythos, das Dogma, die Metaphysik, das Mysterium. Und dieser hochragende geistige Bau umschliesst alles, was das religiöse Gefühl und der sittliche Trieb an Wahrheit und Streben zu Tage gefördert haben, alles auch, was den Angehörigen einer Religion an geistlichen Erfahrungen über den Sinn des Lebens zu teil wurde.

Nun kommen aber die religionsfeindlichen Denker und meinen, dass die Gefühlsbeziehung zum unendlichen Dasein eine Schwärmerei sei, dass der Trieb zum Guten, zur Aufhöhung des Lebens einfach als der ins Geistige übersetzte Trieb zur Erhaltung der Gattung anzusehen wäre und dass der Gottesgedanke, der aus dem Causalitätstrieb und der Zweckidee entsprungen sei, nichts wäre, als eine willkürliche Verabsolutierung menschlichen Seins — *Anthropotheologie* oder *Egotheologie*. Die Religionspsychologen sind alle Wege, welche das religiöse Leben gegangen ist, zurückgewandert und blieben bei der Endannahme stehen, dass im religiösen Denken die Vernunft listig sich selbst betrüge, indem sie die Mängel ihres Wissens, nach dem Wunsche des Herzens, dichterisch ergänze durch Vorstellungen von etwas objectiv Seiendem: Gott und Unsterblichkeit. Mit solchen Dichtungen verfolge die religiöse Seele rein egoistische Zwecke. Sie wolle nur die unheimliche Fremdheit und Rätselhaftigkeit von Ich und Welt aufheben und sich vom dumpfen Druck der Unwissenheit befreien. Sie suche nur gewaltige Ergänzungen der fragmentarischen Einzelexistenz, indem sie sich in ein umfassendes theoretisches Leben erhebt, das kühne und begeisterte Speculationen ihr geschaffen haben. Der Beruf des Gottgedankens sei im Grunde nur der, die menschliche Seele über ihr Wesen schmeichelnd aufzuklären und über ihr Schicksal, das ist ihre Fortdauer, zu beruhigen.

Unser Ich ist sich selbst ein Rätsel — so ungefähr philosophieren die Tieferen —, es geht nicht auf in der physiologischen Psychologie und in der Descendenztheorie; es ist wie eine ungerade Zahl, die von der Wissenschaft mit geraden Zahlen dividirt wird und deren grösstes Geheimnis in den Brüchen liegt. Und wird nun dies rätselhafte Ich, das wir so unmittelbar erleben, aber nicht in sich selbst zurückspiegeln können, das auf alle tiefbohrenden Fragen nur mit einem lächelnden *Ich bin* antwortet, das alle seine Denkgesetzlichkeiten und Begriffe auf die Erscheinungswelt überträgt, wird es seine höchsten Gedanken — Ewigkeit, Unendlichkeit — nicht auch auf sich selbst anwenden wollen? Gewiss. Hier eben pflege das religiöse Denken aufmunternd und vervollständigend einzugreifen und sich kühn emporzuschwingen über die Grenzen der wissenschaftlichen Bescheidenheit.

Allein so oft man auch die religiöse Seele als Selbstbetrüger oder kecken Egoisten entlarvt zu haben glaubte: es gelang doch nicht, ihr die Lebensader zu unterbinden. Solange die menschliche Seele bleibt, was sie ist, wird sie personifizieren und verabsolutieren, beseelen, vergöttlichen und verewigen, was ihr dessen wert erscheint, wird sie ihre Empfindung über das All ergossen und ohne Rücksicht auf Lust oder Schmerz es sich befehlend zurufen: *Excelsior!* Und dieser Ruf, dieser Naturschrei des rastlosen Strebens der Menschenseele, der ungestüme Wille zur Aufhöhung des ganzen Wesens ist es eben, was den eigentlichen Kern und Nerv des religiösen Lebens ausmacht. Wenn alles Metaphysische, alle dichterischen Ausmalungen, alle Glaubensinhalte wegfallen, so

bleibt doch dieser Trieb, der sich in dem Augenblick aus einem sittlichen in einen religiösen verwandelt, wo der ganze Mensch von ihm ergriffen wird und wo die Seele ihr Entwicklungsziel an die Grenze des Denkbaren verlegt.

Dieses *Hinaufwollen* aber beruht auf ursprünglichen seelischen Erfahrungen, die hier, mit kurzer Abschweifung, berührt werden müssen.

Wir beurteilen das Leben nach zwei verschiedenen Gesichtspunkten: wir fragen nach dem *Sein* und nach dem *Wert* der Dinge. In der Welt des Seins ist jeder Teil dem andern gleichberechtigt, da gibt es keine Rangunterschiede und Schattierungen. Mischen sich aber Werturteile ein, so entstehen Abstufungen und Abstände, ein Mehr oder Minder, ein Oben und Unten. Das *Mehr*, das *Oben* wird betont, herausgehoben, es fängt an zu leuchten, emporzuschweben, es zieht das Interesse magnetisch an sich. Für die Tatsache des Wertens gibt es keine genügende Erklärung, sie ist ein psychologisches Uragesehen. Wie das Sein etwas nicht weiter Aufzulösendes ist, so auch das Wertvollsein. Im Wertansetzen und Werteerstreben besteht das Leben. Die Werte, die nicht anders als erhöht, als über uns schwebend gedacht werden, erteilen uns durch ihre Anziehungskraft die stärksten Bewegungsimpulse: wir müssen uns aufarbeiten zu ihnen. Und darin allein besteht die Freiheit des Menschen: in dem rätselhaften Act der inneren Entscheidung für das Höchste, was er zu erstreben fähig ist.

So also schuf der Mensch sich die religiöse, ethische, künstlerische Welt der Werte, die — wie Schopenhauer von der Kunst sagt — ihren bezaubernden Bogen schlägt über die an sich wertlose, götterlose Welt. Die Werte — bestimmte Gefühle, Willensrichtungen, Gedanken, Seinsformen — sollen ihm Antwort geben auf die feierlichste Frage, die er kennt: die Frage nach seinem Werden, seinen Möglichkeiten. Ein *Ueber mich hinaus* verheisst der Glaube und die Schönheit, auf ein *Ueber mich hinaus* verweist das Gewissen. Hier ein *Du sollst!* dort ein vertrauendes *Du wirst!* In alledem äussert sich der Hang zum Uebernatürlichen, das heisst zur Aufhöhung der Natur, der sich eben deshalb am frühesten und allgewaltigsten im religiösen Leben ausgesprochen hat, weil die religiöse Welt der Werte die Welt des Absoluten, des krystallinen Friedens, der einfachen und grossen Formen ist. In der Religion wurde der Mensch zum erstenmal Mensch, das heisst, er ist da dem Sinn seines Lebens auf die Spur gekommen, er wurde sehend für die höhere Natur, die er als göttlich empfand.

Und so könnte man denn die Religiosität bezeichnen als ein bestimmtes dimensionales Verhältnis des Menschen zu seinen Idealwerten, als ein zunehmendes Höhenbewusstsein, als höchst gesteigerten Selbstentfaltungstrieb, als eine Gedankenliebe zu allem, was den Sinnen nicht unterworfen ist, zur geistigen Welt, der erhabeneren Hälfte des menschlichen Wesens, vornehmlich aber als eine Andachtsbeziehung zu dem, was uns am lebendigsten macht: zu dem über uns schwebenden Wert. Das *über uns Schweben* muss hier ganz besonders betont werden. Denn dies eben ist das Eigentümliche der wertbildenden Seele, vor allem bei Erschaffung religiöser, also erhabener Werte, dass sie sich innerlich in eine Zweifelt spaltet, so dass auf die eine Seite die schauende, wollende Persönlichkeit, auf die andere der gefühlte, gesollte, erstrebte Wert zu stehen kommt, den sie, weil er kaum ins Menschenland hereinzuragen scheint, als ein Selbständiges, Objectives von sich abtrennt. Und dieser ahnend in uns aufsteigende, sich von uns lösende, in ein ideales Reich hinüberschwebende höhere Wert, ein Stück von uns selbst, die feinste Blume unserer Menschlichkeit und doch wieder noch nicht wir selbst, zu dessen erhabener Höhe sich schliesslich nur noch das sehnsüchtige Gefühl emporschwingen kann — das ist der tiefste Inhalt des religiösen Lebens.

Ein Blick auf die religiösen Lehren, Systeme, Personificationen — wo sie

nicht entartet sind — bestätigt es, dass man überall versuchte, sich hinaufzufühlen, hinaufzuleben, hinaufzulieben in höhere Lebensbereiche und dass überall eine Verabsolutierung dessen vorgenommen wurde, woran sich zur Zeit die stärksten Wertgefühle knüpften. So erscheint zum Beispiel der christliche Gottvater-Geist, Maria und das Kind als eine Verabsolutierung der Familie. *Und er formte Menschen nach seinem Bilde* — das ist eine Aussage, die vor allem vom religiösen Menschen selber gilt: nach dem Idealbilde, das er in sich trägt, nach den Schönheitslinien der menschlichen Seelengestalt, die ihm ideell gegenwärtig sind, formt er sich seine Götter. So muss auch Nietzsches Uebermensch mit seinem immer wiederkehrenden Sturmwort *Der Mensch ist etwas, das überwunden werden soll* als religiöses Ideal aufgefasst werden, wie denn überhaupt der grosse Dichterphilosoph und Antichrist unbewusst eine intensiv religiöse Natur gewesen ist: sein Wesen war ein einziger Sehnsuchtsschrei nach mehr Kraft, Grösse und Höhe. Ihm, der den *Sinn der Erde* suchte, der den religiösen Willen aus dem Jenseits herabholen und ihn im Menschheitskreise festbannen wollte, ist Gott gestorben — auch das ist Religion: denn der Gottgedanke wächst à tempo mit dem Menschen immer mehr in die Höhe und zerrinnt schliesslich in etwas Unfassbares. Je mehr der Mensch sich verfeinert, desto geistigere Werte stellt er im Allerheiligsten seiner Religion auf. Der Buddhismus — dem die feste Gotteslehre fehlt — hat hierin das Höchste geleistet, und seine psychologisch so feine Lehre von den sieben Grundteilen des Menschenwesens, deren oberste, Geistseele und Geist (oder das *Eine Leben*, das göttliche, schaffende, alldurchwaltende) noch unentwickelt sind und durch vielmaliges Untertauchen in Lebensfluten, durch den Erziehungsgang der Verkörperungen und das allmähliche Emporsteigen auf höhere Lebensstufen zur Auslösung, zu freier Bewusstheit gebracht werden sollen — diese Lehre wurzelt in dem echt religiösen Gefühl, dass der Mensch sich selbst noch nicht erschöpft habe, dass seine höchsten Kräfte noch ungeboren in ihm ruhen und dass er nur lebt und leben wird, wenn er die unvergänglichen geistigsten Teile seiner Natur in sich wachgerufen hat. Lasst uns wahres Wissen aus der schlummernden Allwissenheit der höheren Grundteile trinken! So rufen die buddhistischen Weisen, und Zarathustra spricht: »Also geht der Geist-Leib durch die Geschichte, ein Werdender und ein Kämpfender ... das Grenzenlose umbraust ihn, weit hinaus glänzt Raum und Zeit ... ich liebe dich, o Ewigkeit!« Gefühl des Unendlichen im Endlichen, ahnender Einblick in die unabsehbaren Perspektiven der Emporentwicklung bis zur höchsten Einheit, der göttlichen, welt-erhaltenden Kraft, in der sich das Gewirre der tausendfältigen Erscheinungen und Kräfte in die eine grosse Harmonie des inneren Weltenzusammenhangs auflöst: — dies alles ist nur ein letzter geistiger Ausdruck für die Erfahrungstatsache, dass jeder Mensch mit feinen Sinnen von fernen Möglichkeiten weiss, die schon leise in ihm anklingen, die da blühen und duften wie Veilchen in der Nacht und ihm einen dunklen Blick senden, den er mahnd auf sich ruhen fühlt.

Und derartige Gefühle haben dazu gedrängt, all solche Erfahrungen, Gedanken, künstlerischen Gebilde, die hinausweisen über den gegenwärtigen Zustand des Menschen, die eine Ueberwindung von irdischer Schwere und Schwäche bezeichnen und ein Erhebungsgefühl in uns auslösen, religiös zu bewerten — obwohl jede Religion nur das aufnahm, was in ihren Rahmen passte und ihrer Lebensauffassung entsprach. So wurde und wird heute noch vieles, was der Ethik, Poesie, Kunst, Wissenschaft zugehört, zu Religion gemacht und hierdurch erst recht wirksam.

Es ist ein Anfang zu solcher Umwertung, wenn Fr. Schlegel, im Einverständnis mit Goethe, ausruft: »Dein Streben sei Kunst und Wissenschaft, dein Leben Liebe und Bildung —: so bist du, ohne es zu wissen, auf dem Wege zur Religion!« Oder wenn Novalis die Gleichung aufstellt: Religion = prak-

tische Poesie = Moral, denn »sittliches Gefühl ist das Gefühl des absolut schöpferischen Vermögens, der productiven Freiheit, der unendlichen Persönlichkeit.« — Der Inhalt des Christentums Christi setzt sich zusammen aus religiösen Bewertungen von sittlichen Erfahrungen. *Gott ist die Liebe* — dies Hauptwort seiner Lehre, das die höchste Selbsterweiterungstat der Seele zum Weltprincip erhebt, zeigt und beweist ausserdem die hohe Religiosität dieser Religion, die das ursprünglich Religiöse, den Steigerungstrieb der Menschenseele, auf der Flugbahn des Enthusiasmus seinem ewigen Ziele zuführen möchte. Der mittelalterliche Katholicismus hat das enthusiastische in die *Höhe Bacon* fortgesetzt und liess sich vornehmlich von der Kunst wiedergeben, wozu er sie zuvor begeisterte: symbolische Geberden, Linien, Harmonieen, Poesieen, die eben den religiösen Gefühlston haben. Man denke beispielsweise an die so eigen rührende Gebetstellung des heiligen Franciscus auf Giotto's Fresken in Assisi oder an das sehnsüchtige sich selbst emporheben Wollen der Madonna auf Tizians *Assunta*, an die in die Höhe stürmenden Linien der Gotik, die tausend Formeln findet für das eine Wort *Empor*, an die Kirchengesänge und Oratorien mit ihrer Begeisterungsgewalt und voll jener verklärten Innigkeit, die sich in Aetherfernen hineinverliert, an Dantes göttliches Gedicht mit der grossartigen Vision des *Berges der Läuterungen*:

»Und gleich der Flamme, die sich nachbewegt,  
Wo irgend hin des Feuers Pfade gehen.

So folgt die Form, wohin der Geist sie trägt...«

an alle die Heiligenlegenden, wo Menschen ihre Ewigkeitsnatur entdecken und mit ihrer Kraft bis an die letzten Grenzen gehen, weil sie die steilsten Wege zum Heil sich auserwählen.

Dies dringliche und feurige Emporwollen hat auch den religiösen Lebensformen und Tugendübungen das charakteristische Gepräge verliehen — so ist das unruhige Gewissen, der Leidenswille religiöser Naturen — siehe auch Zarathustra — ein Zeichen für die Stärke ihrer Höhensehnsucht, ein Beweis, wie sie sich in jedem Augenblick ihres Lebens in Beziehung setzen zu ihren höchsten Idealen; so ist Askese im Grunde nicht Ertötung der Natur, sondern ein Streben, die irdische Schwere zu mindern, um zu höheren Sphären emporsteigen zu können; so ist das Weltfluchtbedürfnis, das dem Drange nach Verinnerlichung entspricht, im Grunde nicht dauernde Abkehr vom Leben — siehe die Vorbereitungszeiten bei Buddha, Jesus, Mahomet —, sondern nur eine stille Tatenpause, während welcher prüfendes sich Versenken, Herzensreinigung und Willensstählung vorgenommen werden soll, damit der sicher und stark Gewordene hernach wieder kühn mit der ganzen Welt aufnehmen kann. Die grossen Ordensgründer haben den tiefsten Sinn der inneren Einkehr doch nicht verstanden, denn ihr Wille fand nicht mehr den Weg zurück in die Welt. So verharret ja auch Zarathustra, der Bergentrückte, in tiefer Einsamkeit und wartet grollend und sehnsüchtig auf die *höheren Menschen*. Jene *grosse Verachtung*, von welcher er redet und die nur dort ist, wo die Seele den Niederungen des Lebens entflieht und nach ihrer höchsten Bestimmung greift, diese wird eben trennende Schranken aufrichten zwischen Mensch und Menschenwelt, wenn sie sich nicht in die grosse Liebe zu verwandeln vermag. Die *grosse Verachtung*, die das Leben nicht mehr ehrt, ist die Gefahr des religiösen Menschen.

Dieser Gefahr will man heute entgehen, indem man den Wert des Erdenlebens voll bejaht und den Gedanken ernsthaft zu Ende denkt: kein Ewigkeitsleben ohne ein volles und ganzes Erdenleben. Denn das Ewigkeitsleben, welches der ahnenden Seele heute vorschwebt, ist nicht sowohl ein jenseitiges — metaphysisches Träumen vermeidet man gern! — als vielmehr ein Weitwerden der Seele für die höchsten Lebensgedanken, Gedanken, die den Gesamtgehalt

der Welt liebend umfassen, nichts ausschliessen, nichts entheiligen und entehren, sondern in allen Dingen den Keim der Schönheit, Wahrheit, Reinheit werden und wachsen sehen. Dem religiösen Leben der Neuzeit liegt mehr als je ein Streben nach Selbsterfassung und Selbsterweiterung, ein *über sich hinaus Wollen* zu Grunde; es ist in der Tat *praktische Poesie*, Entwicklungs-optimismus, Menschengötterglauben — *Gott will Götter!* (Novalis.) Der *Neureligiöse* setzt sich hinweg über alle dogmatischen Begrenzungen und bewegt sich wieder freiliebend in der Riesenwelt des Alls; er hegt den Glauben an eine unermessliche freudige Blüte des Lebens, an eine unendliche Vervollkommnungsfähigkeit der Seele, an die Einheit aller Dinge, die wir nur ahnen können, während wir durch diese Welt des Dualismus, des Zwiespalts, der Gegensätze von Natur und Geist, Gott und Welt, Mensch und Menschheitsidee uns kämpfend und schwankend hindurchbewegen. Diese Einheit aller Dinge — ob wir sie nun als die grosse Liebe oder den schöpferischen Willen oder die erhabene Gesetzlichkeit, welche die Welten trägt und verbindet, denken — begiunt für uns dort, wo die *tiefe, heilige Unendlichkeit d. Nichtwissens* anfängt, vor welcher der verstandesstolze Mensch nach soviel geistigen Lebensbewältigungen und seelischen Entdeckungsfahrten heute wieder angekommen ist, von der er sich heute wieder mitten im alltäglichsten Leben umgeben fühlt und die seine Seele in mystischen Schauern erheben lässt.

Dies neureligiöse Leben, weil es uns nicht vom Genius eines einzelnen, sondern vom Genius der ganzen forschenden, ringenden, sehrenden Menschheit eingegeben worden ist, entbehrt freilich jene feste Gestaltung, wie nur die Einseitigkeit sie zu geben vermag. Es umfasst die Lebensgedanken aller grossen Menschheitslehrer, die Wertschätze der Ethik, Kunst, Wissenschaft, alle Gedanken und Gefühle, Sinnbilder und Vorschriften, die von einer Aufhöhung des Lebens reden. Wohl bedürfen diese Dinge keiner religiösen Sanction mehr, aber sie erregen durch ihren religiösen Gehalt einen ungezwungenen religiösen Enthusiasmus; sie bilden den kräftigen, erdumschlossenen Wurzelstock, aus dem die Wunderblume der Religion emporspriest — einer Religion, die eigentlich nichts ist, als eine Betonung des Geistes und der Kraft, jener Seelenkraft, die der Geistigkeit das Uebergewicht verschafft, damit sie die in uns lagernden Verheissungen eines höheren Lebens verwirklichen könne.

Man träumt oft von einer *allgemeinen Kirche*, einer *Menschheitsreligion*. Es gibt nur *einen* Gedanken, der uns alle führen kann, wie die voranwandelnde Feuersäule das *Volk Gottes*: der Gedanke der vollkommenen Selbstentfaltung des Menschen und der Menschheit. Alles andere Glauben und Hoffen ist individuell bedingt und beschränkt; die meisten werden künftig das Dach einer eigenen religiösen Anschauung über ihrem Kopfe haben wollen. Vielleicht, dass die *allgemeine Kirche* einst, wie die Peterskirche in Rom, sich dem Beschauer als eine Welt von Dächern und Domen, hohen und niedrigen, darstellen wird, überragt von der einen grossen, herrlichen Kuppel: dem Menschheitsglauben.

## Die unentgeltliche Auskunfterteilung in den Arbeitersecretariaten.

Von

Hermann Schneider.

(Nürnberg.)

Durch den Ausbau der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzte wurde, wenn dieselben nutzbringend für die Arbeiter wirken sollen, die Errichtung von Instituten, die sich in der Hauptsache mit den complicierten Bestimmungen dieser Gesetze beschäftigen und die auf Grund dieser Bestimmungen

gefällten Entscheidungen sammeln und praktisch zu verwerten suchen, notwendig. Die Nürnberger Gewerkschaften gingen in dieser Richtung bahnbrechend vor. Schon Ende der achtziger Jahre wurde die Errichtung eines derartigen Instituts eifrig discutiert, und nach langen Verhandlungen war bis zum Jahre 1894 ein Weg gefunden, der die Eröffnung eines ständigen Bureaus möglich machte. Unter dem Namen *Arbeitersecretariat der Stadt Nürnberg* wurde dasselbe am 1. November 1894 eröffnet. Das Vorgehen der Nürnberger Arbeiter fand in fast allen grösseren Städten des Reiches Nachahmung.

Das Nürnberger Arbeitersecretariat legte seiner Tätigkeit folgenden Arbeitsplan zu Grunde:

• Das Arbeitersecretariat erteilt mündliche Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten, welche der Kompetenz der Gewerbegerichte unterstehen; über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung; über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie über das Fabrikinspectorat. Das Secretariat nimmt Beschwerden über diese Gegenstände auf und veranlasst deren zweckmässigste Erledigung. Soweit zur Erledigung dieser Aufgabe schriftliche Arbeiten erforderlich sind, werden auch diese vom Secretariat angefertigt.

Berechtigt, aber nicht verpflichtet ist der Secretair zur Erteilung von Auskunft in Heimats-, Bürgerrechts-, Verehelichungs- und Armensachen, sowie bei Mietsstreitigkeiten.

Statistische Erhebungen sind nach Bedarf zu pflegen und können sich erstrecken auf Lohnverhältnisse, Arbeitszeit, Wohnung und Nahrung der Arbeiter, Betriebsunfälle, Gewerbekrankheiten, Sterbefälle, Ab- und Zuzug von Arbeitern, Gewerbebewegung, Arbeiterorganisationen, Arbeiterschutz, Wohlfahrts-einrichtungen, Arbeitslosigkeit, auf alle innerhalb der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung auftauchenden Zeit- und Streitfragen.

In der Geschäftsordnung ist bestimmt:

• Zur Inanspruchnahme des Secretariats sind alle Personen ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts, des Berufs, der Confession, der Parteistellung und des Wohnortes berechtigt.

Gebühren werden nicht erhoben, Portoauslagen fallen dem Auftraggeber zur Last u. s. w.

Diesen Arbeitsplan und auch die Geschäftsordnung haben sich, mit einigen Ausnahmen, alle deutschen Arbeitersecretariate zum Muster genommen. Einige Secretariate sind von der allgemein geübten Praxis, keine Gebühren zu erheben, abgekommen, zum Beispiel die Arbeitersecretariate Stuttgart, Halle, Beuthen und andere, während die übrigen daran festhalten. Das Stuttgarter Arbeitersecretariat erhebt von Besuchern, die keiner Organisation angehören, sowohl für Auskünfte als auch für Anfertigung von Schriftsätzen eine kleine Gebühr, die die Secretaire nach Belieben festsetzen oder, wo ihnen dies mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse angebracht erscheint, erlassen können. Der Grund für die Einführung der Gebühren liegt darin, dass man einerseits die Auskunftbegehrenden zum Beitritt zu den Gewerkschaften moralisch veranlassen und andererseits die Unorganisierten zur Kostendeckung für das Secretariat mit heranziehen will, ferner um die Auskunft auf ein bestimmtes Mass einzuschränken. Das Hallesche Secretariat hat seine Geschäftsordnung dahin geändert, dass solchen Personen, die sich gewerkschaftlich organisieren können und das nicht tun, die Auskunft grundsätzlich verweigert wird. Ehefrauen von Unorganisierten erhalten nur in eigenen Angelegenheiten, nicht aber in Fragen, die den Mann betreffen, Auskunft. Für die Genossen in Halle war für diese Beschränkung die wachsende Arbeitslast des Secretairs massgebend, der nicht mehr im stande war, die Arbeiten ohne Hilfskraft zu erledigen. Die Anstellung einer weitem Kraft war mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Secretariats nicht zulässig. Das Beuthener Secretariat erteilt ebenfalls nur an Organisierte unentgeltliche Auskunft.

Diese Einrichtungen wurden also getroffen, um die Secretariatscassen zu stärken, die Unorganisierten von den Secretariaten fernzuhalten oder dieselben

zu veranlassen, ihren Gewerkschaften beizutreten, und um die Arbeitslasten der Beamten zu vermindern. Inwieweit diese Mittel geeignet sind, ihren Zweck zu erfüllen, soll hier untersucht werden.

Weder in Stuttgart noch in Halle wurde durch die Erhebung der Gebühren oder durch die Verweigerung der Auskunft eine wesentliche Herabsetzung der Frequenz erreicht. Die Zahl der Besucher des Stuttgarter Secretariats weist ja allerdings im ersten Jahre der Gebührenerhebung eine Minderung um ungefähr 1000 auf, gleichzeitig constatieren aber die Secretaire im Jahresbericht für 1901, dass sie nach Einführung der Gebühren von den Auskunftsuchenden viel eingehender befragt wurden, als dies vorher der Fall war: die Besucher vermeiden es mit Rücksicht auf die Bezahlung, das Secretariat in ein und derselben Sache wiederholt in Anspruch zu nehmen. In Halle wurde die Verweigerung der Auskunft an Unorganisierte im November 1901 beschlossen und jedenfalls auch gleich zur Ausführung gebracht, und trotzdem weist die Frequenztabelle in den Monaten November und December 1901 eine Steigerung der Besucher um 60 und 71 gegen die gleichen Monate des Vorjahres auf. Wenn auch aus den Frequenzziffern ein sicherer Schluss nicht gezogen werden kann, so wird doch diese Massregel den gewünschten Erfolg nicht haben.

Das Stuttgarter Secretariat hat durch Erhebung der Gebühren in den letzten beiden Jahren erhebliche Summen erzielt. Nach Einführung der Gebühren wurden vereinnahmt im Jahre 1900 für Auskünfte, Schriftsätze u. s. w. abzüglich Portoauslagen 654,91 Mark, im Jahre 1901 betragen diese Einnahmen 1579,50 Mark. Die aufgeführten Posten dürfen aber nicht ganz in Anrechnung kommen, denn einen gewissen Betrag hat ja jedes Secretariat als freiwillige Leistungen für Auskunfterteilung, Schriftsätze, Porto u. s. w. zu verzeichnen, und auch das Stuttgarter Secretariat hatte in den Jahren 1897 116,10, 1898 254,54 und 1899 sogar 795,04 Mark an freiwilligen Beiträgen vereinnahmt. In diesen Jahren erteilte das Stuttgarter Secretariat unentgeltliche Auskunft an jedermann. Vergleicht man nun diese Einnahmen mit den Einnahmen der letzten beiden Jahre, so ergibt sich im Jahre 1900 gegen 1899 eine Mindereinnahme, während das Jahr 1901 allerdings eine bedeutende Mehreinnahme gebracht hat. Bringt man die Beträge der früheren Jahre als freiwillige Leistungen von den Einnahmen der letzten Jahre in Abzug, so erhält man die Summe der geleisteten Gebühren für Auskünfte, Schriftsätze u. s. w. Doch auch diese Feststellung ist unsicher, denn das Jahr 1902 wird wieder ganz andere Einnahmen ergeben, als die Vorjahre. Dass aber die Erhebung von Gebühren den Etat eines Secretariats merklich verschieben könnte, ist vorerst zu bezweifeln.

Ob die unentgeltliche Auskunfterteilung an Organisierte die Unorganisierten veranlasst, sich ebenfalls zu organisieren und sich dadurch auch das Recht auf unentgeltliche Auskunfterteilung zu erwerben, scheint gleichfalls sehr fraglich. Denn wenn die Auskunfterteilung gegen eine mässige Gebühr zulässig ist, wird sich niemand verpflichtet fühlen, den Gewerkschaften beizutreten, mancher wird, wenn er eine Auskunft braucht, lieber die paar Pfennige bezahlen und damit der Verpflichtung, der Gewerkschaft beizutreten, enthoben sein. Erfolgt die Auskunfterteilung und auch die Anfertigung von Schriftsätzen unentgeltlich, so wird sich mancher sagen, dass er durch die Arbeiten des Secretariats schon manchen Nutzen gehabt habe; auch das fortwährende Fragen, ob er organisiert sei, verletz ihn, er sagt ungern Nein, er fühlt, dass er die moralische Verpflichtung habe, für die geleisteten Dienste einen Gegendienst zu leisten, er entschliesst sich, seiner Organisation beizutreten. Die Erfahrung lehrt, dass auf diesem Wege viele Arbeiter den Gewerkschaften zugeführt wurden. Auf diese Weise gewonnene Mitglieder bringen meist, wenn sie nach einiger Zeit wieder um Auskunft nachsuchen, ihre Mitgliedsbücher mit. Schmunzelnd ziehen sie das Buch aus der



Tasche und zeigen es dem auskunfterteilenden Secretair. Bisher haben diese Arbeiter für ihre Auskünfte nichts bezahlt, sie werden aber jetzt einen um so höhern Betrag ihrer Organisation zufließen lassen.

Am wenigsten dürfte die in Halle getroffene Massregel sich dazu eignen, die Arbeiten des Secretairs zu vermindern. Wenn jemand kommt, um sich Auskunft zu erholen, so muss der Secretair zuerst fragen, ob der Auskunftsuchende einer Organisation angehört. Sagt der Betreffende Nein, dann muss der Secretair nach dem Grund fragen. Der Secretair muss sich erkundigen, ob es dem Auskunftsuchenden möglich war, sich zu organisieren. Nach Erledigung dieser Fragen wird der Besucher abgewiesen, oder er erhält Auskunft. Der Abgewiesene wird nicht sehr erbaut sein, er wird unter Murren das Local verlassen, er wird das Institut überall in Misscredit zu bringen suchen. In der gleichen Zeit aber, in der sich dieser, auch für den Secretair unliebsame Vorgang abspielte, hätte letzterer auch die gewünschte Auskunft erteilen können. Dass der Abgewiesene nach diesem Zwischenfalle seiner Organisation beitreten wird, ist zum mindesten zu bezweifeln.

Aber auch weitere Nachteile kann die Auskunfterteilung gegen Gebühr oder die Auskunftverweigerung im Gefolge haben. Der in Not geratene unorganisierte Arbeiter wird zum Heuchler werden, er wird Ausreden gebrauchen: er habe sein Buch vergessen u. s. w. Auch einem organisierten Arbeiter kann es passieren, dass er einmal sein Buch nicht bei sich hat. Wehe dann dem Secretair, der den Auskunftsuchenden sein Mitgliedsbuch herbeiholen lasst, er wird den *Bureaokraten* an den Kopf geworfen bekommen, es wird ihm zum Vorwurf gemacht werden, dass er jede Föhlung mit der Arbeiterschaft verloren habe u. s. w. Es wird zu ernstern Auftritten kommen, die bei der unentgeltlichen Auskunfterteilung nicht eintreten werden.

Die ergriffenen Massregeln werden nicht im stande sein, die Arbeitslasten der Beamten zu vermindern, auch werden den Gewerkschaften hierdurch keine besonderen Vorteile erwachsen, und die erzielten Mehreinnahmen werden keine erhebliche finanzielle Entlastung bringen. Auf der anderen Seite werden aber durch die Erhebung von Gebühren und durch die Verweigerung der Auskunft die Secretariate ihren eigentlichen Charakter verlieren, sie werden mehr zu Vereinsbureaus werden, von den Behörden und anderen mit ihnen in Verbindung stehenden Corporationen nicht mehr als *gemeinnützige Institute* betrachtet werden und hierdurch an Einfluss verlieren.

Es ist überhaupt fraglich, ob die Notwendigkeit für derartige Einschränkungen gegeben ist. An nachstehendem Beispiel soll gezeigt werden, dass die Secretariate im stande sind, ohne jede Einschränkung ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Das Nürnberger Arbeitersecretariat, das alle Arbeiten, die in seinem Arbeitsplan verzeichnet sind, unentgeltlich ausführt, macht schon seit seiner Gründung Aufzeichnungen, inwieweit die Fragesteller gewerkschaftlich organisiert sind. Von den Besuchern des Nürnberger Secretariats waren im Jahre 1894-95 ungefähr 44 %, 1895-96 37 %, 1896-97 46 %, 1898 38 %, 1899 38 %, 1900 33 % und 1901 30 % aller Besucher gewerkschaftlich organisiert. Nach dem Stande des Jahres 1901 war noch nicht der dritte Teil der Besucher organisiert. Bei oberflächlicher Betrachtung dieser Ziffern kann man leicht der Ansicht zuneigen, dass die Gewerkschaften nicht dazu da sind, um den Unorganisierten Auskunftsstellen zu errichten und zu erhalten. Man kann sogar die unentgeltliche Auskunfterteilung an Unorganisierte als eine Prämie für Fernbleiben von der Organisation bezeichnen. Befasst man sich jedoch eingehender mit diesen Zahlen, so wird man sich von der Unhaltbarkeit dieser Ansicht überzeugen und zu einem anderen Schluss kommen.

Unterzieht man zum Beispiel das Jahr 1901 mit dem niedrigsten Procentsatz von Organisierten einer näheren Betrachtung, so ergibt sich, dass im Jahre 1901 das Secretariat insgesamt 16 539 Personen frequentierten, die teils mündlich, teils schriftlich Auskunft erhielten. Nach den Aufzeichnungen waren von diesen 16 539 nur 5003 gewerkschaftlich organisiert, während 11 543 Personen keiner gewerkschaftlichen Organisation angehörten. Unter diesen befinden sich eine grosse Anzahl, die nicht in der Lage sind, sich einer Gewerkschaft anzuschliessen, so 46 Agenten, 1 Akademiker, 6 Architekten, 23 Beamte, 3 Bürgermeister, 277 Dienstboten, 1914 Ehefrauen, 61 Fabrikanten, 202 Gastwirte, 365 Händler, 6 Hebammen, 16 Ingenieure, 53 Lehrlinge, 10 Lehrer, 245 Oekonomen, 14 Pensionisten, 3 Pfarrer, 162 selbständige Gewerbetreibende, 3 Schutzleute, 8 Studenten, 1212 Witwen und 110 Personen ohne bestimmten Beruf. Es sind dies zusammen 4755 Personen, zu denen noch ein gut Teil der 3522 Tagelöhner kommt, da die Landtagelöhner ja auch keine Gelegenheit haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Bringt man diese Besucher von den Nichtorganisierten in Abzug, so wird die Ziffer schon bedeutend kleiner. Nun kommt weiter in Betracht, dass von den behandelten Fällen 1240 schriftlich erledigt wurden; bei diesen konnten nur in den seltensten Fällen Aufzeichnungen über Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gemacht werden. Es ergibt sich somit, dass die Zahl der 5003 Unorganisierten keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit erheben kann, dass sie eher zu niedrig, als zu hoch angegeben ist, weil unter den Ehefrauen sicher eine ziemliche Anzahl ist, deren Männer organisiert sind. Auch die Zahl derer, die sich organisieren könnten, kann keinen Anspruch auf Richtigkeit machen, sie wird auf jeden Fall zu hoch angegeben sein, weil viele der Unorganisierten früher, als sie noch in der Lage waren, die Beiträge für die Gewerkschaften aufzubringen, Mitglieder waren, aber später durch längere Krankheit, durch Arbeitslosigkeit, durch Familienunglück u. s. w. ihren Zahlungen nicht mehr nachkommen konnten. Man braucht nur die im Jahre 1901 behandelten Unfallangelegenheiten (3722) zu betrachten und dabei noch näheren Einblick in die Verhältnisse der Verletzten haben, dann wird man Obiges bestätigt finden. Ein grosser Teil der Verletzten ist mit Ablauf der 13. Woche noch nicht geheilt und infolgedessen auch nicht arbeitsfähig. Bis die Berufsgenossenschaften die Rente festsetzen, verstreichen Wochen und Monate. Der Verletzte hat nach Empfang des letzten Krankengeldes oft lange Zeit keine Aussicht auf irgend welche Einnahmen, er ist teilweise der bittersten Not preisgegeben und wird aus Not seiner Organisation *untreu*. Viele der Unorganisierten beweisen durch ihre Mitgliedsbücher dem Secretair, dass sie früher organisiert waren. Dass die Gewerkschaften in derartigen Nottfällen Stundung oder Erlass der Beiträge gewähren, ist den meisten Mitgliedern nicht bekannt, und schon manches Mitglied wurde durch Hinweis auf diese Begünstigung seiner Gewerkschaft erhalten. Ferner darf nicht übersehen werden, dass unter den Unorganisierten viele sind, die der Partei angehören, und auch Abonnenten der Arbeiterblätter. Wenn man alle diese Umstände in Betracht zieht, so wird der Kreis der wirklich Unorganisierten immer kleiner. Verkannt darf allerdings nicht werden, dass nach Abzug aller in Betracht kommenden nicht organisierten Arbeiter immer noch ein Teil übrig bleibt, dem es sehr wohl möglich wäre, sich zu organisieren, der dies aber aus Indifferentismus oder aus Böswilligkeit unterlässt. Bei diesen Leuten werden aber auch die angewandten Mittel einen Erfolg nicht bringen. Es ist ja möglich, dass diese Frage örtlich behandelt zu anderen Ergebnissen führen kann, aber für Nürnberger Verhältnisse und auch nach den Berichten anderer Secretariate wäre es, wie die verschiedenen Auslassungen in den Jahresberichten beweisen, weder zweckmässig noch notwendig, derartige Einschränkungen herbeizuführen.

Der Gedanke, der zur Gründung des Nürnberger Secretariats geführt hat.

war ausdrücklich von dem Willen beseelt, dass die Auskunfterteilung, sowie jede Hilfeleistung vollständig unentgeltlich erfolgen soll. In einem Artikel der *Fränkischen Tagespost*, der am 18. September 1891 unter dem Titel *Eine neue Aufgabe der Gewerkschaften* erschien und aus der Feder des verstorbenen Genossen Grillenberger stammte, wurde schon darauf hingewiesen, dass man keinen Unterschied machen dürfe, ob organisiert oder nicht. Die Stelle lautet wörtlich:

»In Städten nun, in denen Arbeiterzeitungen vorhanden sind, wissen die Verunglückten, dass sie sich vertrauensvoll an die Redacteurs oder sonstigen Angestellten dieser Blätter um Rat in solchen Fragen wenden können. Es wird den Hilfesuchenden nicht nur bereitwilligst Auskunft über die Bestimmungen der Gesetze und die zu ergreifenden Massnahmen zur Erlangung der Rente erteilt, sondern es werden ihnen in den meisten Fällen zugleich auch die Beschwerteschriften — selbstverständlich unentgeltlich — gefertigt werden und, wo es irgend geht, die Vertretung der Geschädigten vor den Schiedsgerichten übernommen. Nun sind ja die Leiter der Arbeiterblätter gewiss allenthalben gerne bereit, den Arbeitern, die auf dem Schlachtfeld der Industrie zu Schaden gekommen sind, nach der geschilderten Seite hin helfend zur Seite zu stehen, ja, es wird wohl in den meisten Fällen nicht danach gefragt, ob der Hilfesuchende ein Gesinnungsgenosse oder auch nur Abonnent des Blattes ist, sondern es wird jedem geholfen, der da kommt. Aber auf die Dauer können die Redactionen diese Arbeit nicht mehr leisten...«

Diese Darlegungen des Vaters der Arbeitersecretariate sprechen dafür, dass die Arbeitersecretariate berufen sind, sociale Missionen zu erfüllen, und als solche dürfen sie den, der sie braucht, nicht fragen: Wer bist du?

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben

#### Politik

Unter dem Eindruck der ungünstigen **Finanzlage** im Reich und in den Einzelstaaten wurden Mitte Januar die Beratungen der Parlamente wieder aufgenommen. Für das Reich ergibt sich nach dem Etat 1903 ein Fehlbetrag von 118,7 Mill. M. Die Ausgaben sind gegenüber dem Rechnungsjahr 1902 um 160,4 Mill. M., auf 2464,9 Mill. M. gewachsen, und zwar betragen die fort-dauernden Ausgaben 1998,7, die einmaligen 226,4 und die des ausserordentlichen Etats 299,9 Mill. M. Der Anleihebedarf beträgt 219,9 Mill. M. Die Ausgabe von Schatz-anweisungen ist auf 275 Mill. M. im Höchst-betrage festgesetzt. Wie schon im vor-jährigen Etat ist zur Balancierung eine Zuschussanleihe in Höhe von 95 Mill. M. in Aussicht genommen, während der Rest des Fehlbetrags durch Erhöhung der Matricularbeiträge aufgebracht werden soll. In fast noch schlimmerem Masse, als im Reiche, machte die Ungunst der wirtschaft-lichen Verhältnisse sich in ihrer Wirkung auf die Finanzen der Einzelstaaten bemerkbar. Der preussische Etat, der für 1901 ein Deficit von  $37\frac{1}{2}$ , für 1902 ein solches von 35 Mill. M. ergab, veranschlagt das Deficit

für 1903 auf 73 Mill. M. Nach den Ueber-schussjahren in der Aera Miquel sind solche Deficite Anzeichen einer recht ungünstigen Lage der Staatsfinanzen, die zu einem guten Teil auf den Rückgang der Verkehrseinnahmen zurückzuführen ist. Die Minderüberschüsse bei der Eisenbahnverwaltung betragen nicht weniger als 47,5 Mill. M. Der württem-bergische Staatshaushalt für 1903 ergibt ein Deficit von 4,4 Mill. M., das gleichfalls durch Anleihe gedeckt werden soll. Während das Reich eine Finanzreform noch hinauschiebt, drängen die Einzelstaaten nach einer anderen Regelung der finanziellen Beziehungen zum Reich. Der preussische Finanzminister führte in seiner Etatsrede aus, dass es ohne Reichsfinanzreform nicht weiter gehe. Was indessen von den Finanz-ministern unter einer solchen Reform ver-standen wird, weiss man zur Genüge. Die Quellen der directen Besteuerung sollen nach wie vor den Einzelstaaten zur ausschliess-lichen Benutzung vorbehalten bleiben, und das Reich soll das Gebiet der indirecten Steuern erweitern. Vielleicht bewegt sich die Finanzkunst des Staatssecretairs des Reichsschatz-amtes in ähnlicher Richtung, nur will er vor den Wahlen nicht mit der Sprache heraus. Indessen hat ja Herr von Thielmann schon früher verraten, dass

er es auf Bier und Tabak abgesehen hat. Die Frage der Reichsfinanzreform in diesem Sinne muss daher den Wählern in aller Ausführlichkeit zur Entscheidung vorgelegt werden.

Bei den Auseinandersetzungen zwischen *Bund der Landwirte* und *Conservativen* wegen der Stellungnahme zum Antrag Kardorff sind die Liberalen nicht auf ihre Kosten gekommen. Der Streit, der in seinen einzelnen Phasen aufmerksam verfolgt worden ist, hat mit einer vollständigen Verständigung geendet. Man macht sich wegen der Abstimmung über den Zolltarif keine Vorwürfe mehr; denn wichtiger, als der Zolltarif, ist die Stellungnahme zu den Handelsverträgen. Hier gilt es unter Umständen der Regierung Opposition zu machen, und für diese Zeit müssen die Kräfte der Agrarier zusammengehalten werden. Im Hinblick darauf ist die Aussöhnung der feindlichen Brüder erfolgt, wie aus einer Erklärung des Vorstandes der konservativen Partei hervorgeht. Es heisst da: »Die Parteileitung erwartet, dass, falls die bevorstehenden Handelsverträge in der Tat nicht das notwendige Mass des Schutzes der Landwirtschaft darbieten sollten, ebenso wie früher die Ablehnung derselben durch die conservative Reichstagsfraction erfolge.« Professor Delbrück hat nicht unrecht, wenn er den Liberalen, die den Junkern so gerne den Verstand absprechen, den überlegenen politischen Instinct der Conservativen verhält. In der Tat haben die Conservativen und der *Bund der Landwirte* bei der Zolltarifvorlage so geschickt mit einander operiert, dass sie nicht nur den vollen Sieg erfochten, sondern auch noch das Recht behalten haben, sich unbefriedigt zu stellen und für die Zukunft mehr zu verlangen.

Noch am Ende des Jahres 1902 ist schliesslich nach langwierigen Verhandlungen, die wiederholt zu scheitern drohten, der **Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn** zu stande gekommen. Doch ist die abgeschlossene Vereinbarung im Grunde genommen nichts anderes, als eine Hinausschiebung der Entscheidung der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den beiden Staaten. Das Zollbündnis ist auf zehn Jahre abgeschlossen; der Inhalt stimmt in allen wesentlichen Punkten mit dem Zollbündnis, wie es in früheren Perioden vereinbart wurde, überein. Die wichtigste Neuerung ist der gemeinsame neue Zolltarif, der für Agrarproducte Maximal- und Minimalzölle enthält. Im allgemeinen sind die Zollsätze

gegenüber dem bisher giltigen Tarif ganz beträchtlich in die Höhe gesetzt. Wichtig in dem Ausgleich ist auch die vereinbarte Aufnahme der Barzahlungen. Vom 1. März ab circulieren gesetzlich nur noch die Noten der *Oesterreichisch - Ungarischen Bank*, welche jederzeit gegen Metallgeld eingelöst werden.

Richard Calwer.

### Wirtschaft

Die Banken haben die gesteigerten Ansprüche des Jahreswechsels sehr gut überstanden. Sie brauchten vorher keine besonderen Massnahmen zu ergreifen, um ihren Goldbestand zu vermehren, und sie sehen jetzt, nach vorübergehender starker Anspannung, ihren Status durch rasche Rückflüsse wieder zur Genüge verbessert.

Geblichen ist bei der *Reichsbank* der von uns öfter dargelegte stärkere Wellenschlag des Ab- und Wiederzuflusses in der Periode der grossen Zahlungstermine. Innerhalb einer Woche rückte die *Reichsbank* am Jahresende aus einer steuerfreien Reserve von 99,82 Mill. M. in die Steuerpflicht mit fast  $231\frac{2}{3}$  Mill. M. Das ist eine plötzliche Verschlechterung von über 331 Mill. M., während sie vor einem Jahre mit 313,3 Mill. M., vor zwei Jahren mit 283,8 Mill. M. zu verzeichnen war — allerdings am 30. September 1902 mit 424,17 Mill. M. — Die Erhöhung des Wechselbestandes betrug diesmal 162 Mill. M. Der Jahresschluss 1901 blieb hiergegen um 30 Mill. zurück; das Jahr 1900, das Gipfeljahr des Aufschwungs, übertraf allerdings die diesmaligen Ziffern. Die Zunahme des Lombardcontos um 115,87 Mill. M. übersteigt alles Vorangegangene. Aber dafür haben sich in der ersten Januarwoche die Bestände an Wechseln und Lombardforderungen sofort wieder um über 202 Mill. M. vermindert (1902  $175\frac{3}{4}$  Mill.). Der Metallbestand und die sonstige Notendeckung haben sich entsprechend rasch wieder verbessert, so dass die Wochenübersicht vom 7. Januar einen Rückgang der Steuerpflicht auf 72,63 Mill. M. brachte, eine Besserung des Status um 159 Mill. M.

Ueber die Ursachen, soweit sie in der kritischen Geschäftslage wurzeln, brauchen wir diesmal nicht wieder ausführlicher zu sein. Die seit Jahrzehnten zu beobachtende grössere Zusammendrängung der sonst zeitlich mehr zerstreuten Zahlungen auf wenige grosse Zahlungstermine mag gewiss nicht ohne Einfluss dabei geblieben sein; aber so plötzliche und bedeutende Unterschiede sind keinesfalls in dieser Weise zu erklären. Auch die garnicht besonders starke Ab-

nahme der Giro Guthaben würde mit dieser Erklärung kaum in Einklang zu bringen sein (Schlusswoche 1902: —48,7 Mill. M., 1901: —90,7 Mill. M.). — Die Wochenübersicht vom 31. December 1902 geben wir in üblicher Weise wieder:

## Activa

1. Metallbestand (der Bestand an cursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) 1 kg fein zu 2784 M. berechnet! . . . . . M.	786 123 000	—	82 998 000
2. Bestand an Reichscassenscheinen . . . . . "	20 994 000	—	2 275 000
3. Bestand an Noten anderer Banken . . . . . "	7 713 000	+	782 000
4. Bestand an Wechseln . . . . . "	1 026 225 000	+	162 098 000
5. Bestand an Lombardforderungen . . . . . "	189 943 000	+	115 879 000
6. Bestand an Effecten . . . . . "	186 614 000	+	13 923 000
7. Bestand an sonstigen Activen . . . . . "	72 784 000	—	6 824 000
Passiva.			
8. das Grundcapital . . . . . M.	150 000 000		unverändert
9. der Reservefonds . . . . . "	44 639 000		unverändert
10. der Betrag der umlaufenden Noten . . . . .	1 516 469 000	+	246 974 000
11. die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten . . . . .	543 964 000	—	48 685 000
12. die sonstigen Passiva . . . . . "	35 324 000	+	2 296 000

\*

Die vom *Deutschen Oekonomist* aufgestellte **Gründungs- und Emissionsstatistik** für 1902 zeigt den starken Rückgang der Gründungstätigkeit in deutlichen Ziffern. Es wurden nur 87 Gesellschaften gegründet mit einem Actiencapital von 118,43 Mill. M., gegen 158 Gesellschaften mit 158,26 Mill. M., 261 mit 340,46 Mill. M. und 364 Gesellschaften mit 544,39 Mill. M. Capital in den drei vorhergehenden Jahren. Das durchschnittlich auf jede Gesellschaft entfallende Capital betrug 1,36 Mill. M., (1901: 1,02 Mill. M., 1900: 1,30 Mill. M., 1899: 1,49 Mill. M.). Man muss schon bis auf das Jahr 1885 zurückgehen, um eine geringere Zahl neuer Gesellschaften zu finden, dagegen bleiben mit Rücksicht auf die Summe des gesamten Actiencapitals auch die Jahre 1893 und 1894 noch erheblich hinter 1902 zurück. Relativ am stärksten war der Verfall der Gründungstätigkeit in der Electricitäts- und Eisenindustrie.

Weiter spiegelt sich die geringe Erweiterung der schon bestehenden Unternehmungen in dem Rückgang der Ausgabe neuer Actien gegen das gute Jahr 1900 wieder — oft ist die Ausgabe von Actien und Obligationen heute zudem nur ein Anzeichen der misslichen Lage, sie ersetzt ungenügende laufende Einnahmen durch den Einwurf neuen Capitals, sei es der Actionäre und Mitinhaber, sei es der Gläubiger. Nur die Bankactien sind bei den Emissionsziffern stärker beteiligt, als sonst (emittiert 1902 114,33 Mill. M., 1901 81,45 Mill. M., 1900 30,60 Mill. M.). Die Emission industrieller Werte fiel gegen 1900 von 461,06 Mill. M. auf 184,47 Mill. M. (1901 164,28 Mill. M.). »Die Emission von Actien«, heisst es in dem Bericht, »hat

sich also (gegen 1901) wieder etwas gehoben, doch ist nicht zu vergessen, dass die Ausgabe von Actien in der Hauptsache zum Zweck der Reconstruction von Actiengesellschaften erfolgt. Auf die Schwierigkeit, sich die nötigen Mittel bei der Abneigung des Capitalistenpublicums gegen Dividendenpapiere im Wege der Neuemission von Actien zu beschaffen, ist es auch zurückzuführen, dass die Emission von Industrieobligationen seit dem Jahre 1899 einen relativ grossen Umfang angenommen hat. Sie betrug nämlich 158,10 Mill. M. (1901: 193,29 Mill. M., 1900: 178,77 Mill. M., 1899: 74,02 Mill. M.).

Da die Depression der **Schifffahrt** erst im Vorjahre mit voller Kraft einsetzte, nachdem das Jahr 1901 nur zuletzt und schwächer einen Rückschlag erfuhr, so sei die Darlegung des eben erschienenen Hamburger Handelskammerberichtes über die jüngste Entwicklung wiedergegeben. Das Jahr 1901 sei in den ersten Monaten noch günstig gewesen, da vielfach die früher abgeschlossenen Frachten und Charters weiter liefen; insofern entsprachen auch die Jahresabschlüsse der Rhedereien noch nicht völlig dem Wandel der Lage. »In diesem Jahre (1902) hat aber der Tiefstand der Frachten sich noch weiter verschärft. Der im Frühjahr erhoffte Aufschwung ist nicht eingetreten, und ebenso haben die im Herbst an die reiche Maisernte in den Vereinigten Staaten geknüpften Hoffnungen sich noch nicht erfüllt. Die regelmässigen Linien klagen über Mangel an Frachtgut für ihre stark vermehrten Flotten, und in der freien Frachtfahrt war es fast unmöglich, für die Schiffe eine die Kosten deckende Ver-

wendung zu finden. So sind zum Beispiel Dampferfrachten für Kohlen nach dem La Plata von 13 bis 14 s. zu Anfang des Jahres auf 7s. 9d. bis 8s. gefallen, Rückfrachten von San Francisco nach Europa von 30 s. auf 17s. 6d., Reisfrachten von Ostindien von 21 bis 22 s. auf 19s., ja 17s. 6d. ebenso Seglerfrachten von San Francisco von 30s., nach vorübergehender Steigerung bis auf 32s. 6d. auf 15s., Salpeterfrachten von 23 bis 25 s. zeitweise auf 11s. 3d., und für Zeitcharters ist die Rate von 3 s. 3d. bis 3 s. 6d. auf 3s., ja 2s. 10 $\frac{1}{2}$ d zurückgegangen. So ist es erklärlich, dass in allen Ländern die Zahl der beschäftigungslos aufliegenden Schiffe sich mehrt. « Erfreulicherweise habe wenigstens für die am Passagierverkehr beteiligten Rhedereien die bedeutende Zunahme dieses Verkehrs, die sich sowohl auf den Ausreisen wie auf den Rückreisen einstellte, einen gewissen Ausgleich gegen die ungünstige Lage des Güterverkehrs geboten, dagegen wird die Lage der Binnenschifffahrt als eine ausserst ungünstige bezeichnet.

Auch in England lauten die Jahresbetrachtungen überwiegend trübe. Die erste Hälfte des Jahres 1902 brachte den Friedensschluss in Südafrika, aber trotz aller gelegentlichen Börsentreibereien in Minenwerten sind alle Hoffnungen auf einen raschen Umschwung in den ungeheuren eroberten Landstrichen bisher enttäuscht. Die Bergwerke kranken an der *Arbeiterfrage* da sie sich zu stärkerer Anwendung der teuren weissen Arbeit nicht entschliessen wollen. Die Farmen bleiben verödet, und selbst bei grossen staatlichen Hilfsactionen und bei Massenansiedlung von europäischen Bauern wird es lange dauern, ehe die Farmer kaufkräftige Abnehmer der europäischen Industriewaren sein können. Auch politische Gründe erschweren noch immer eine starke Hilfstätigkeit.

So tröstet man sich damit, dass im allgemeinen der englische Export in der zweiten Hälfte des Jahres günstiger, als im ersten Halbjahr, verlaufen sei. Hier haben jedoch ganz vorübergehende Gründe stark mitgespielt, besonders beim Montanexport nach den Vereinigten Staaten. Der englische Schiffsbau ist erst in den letzten Monaten von der schärfsten Krisis erfasst worden, seine Rückwirkung auf das Eisengewerbe ist jedoch aus alter Erfahrung bekannt. Die Besserungsanzeichen dürften darum ein sehr hilfälliger Trost sein.

Dies zeigt sich auch an unseren **Börsen**. Sie brannten vor Sylvester einige Feuerwerke ab, machten jedoch damit nicht den geringsten Eindruck auf das Publicum, so dass die alte Lethargie bald wiederkehrte.

Beachtenswert ist höchstens, dass die Speculationsführer in den Vereinigten Staaten wieder Mut geschöpft zu haben scheinen, dass in diesem entscheidenden Wetterwinkel überhaupt mehr Ruhe herrscht, als man nach den ersten beängstigenden Finanzerscheinungen erwarten musste. Die vereinigten Vanderbilt- und Morgan-Gruppen sollen mit grosser Entschlossenheit die Umwandlung aller Kohlenbahnen des Nordostens zu einem Ringe betreiben. *Max Schippel.*

### Socialistische Bewegung

Nächst den parlamentarischen Kämpfen der letzten Zeit hat nichts der Bewegung einen so starken Anstoss gegeben, wie die an die Kaiserreden sich anknüpfenden **Arbeiterkundgebungen**. Die schweren, in die stärksten Worte gekleideten Beschuldigungen des Monarchen gegen die politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse liessen es einigen christlichen und liberalen Arbeitervereinigungen passend erscheinen, mit ehrfurchtvollstem und untertänigstem Dank für die der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter gependeten Lobsprüche eine Zustimmung zu den gegen ihre socialistisch gesinnten Classengenossen gerichteten Aeusserungen zu verbinden. Im Wahlkreis Duisburg bildete sich ein Comité aus *beiden Confessionen*, um nach dem Willen des Kaisers einen *schlichten Mann* als Reichstagscandidate aufzustellen. Das nationalliberale *Leipziger Tageblatt* verurtheilte dieses Vorgehen, da dort die Gefahr eines socialdemokratischen Wahlsiegs nicht bestehe. Die königstreuen Arbeiter sollten ihre Kraft auf die Eroberung socialdemokratisch vertretener Kreise concentriren. Ein wahrhaft classisches Zeugnis für die politische Rolle, die man diesem Kanonenfutter von staatstreuen Arbeitern zuweist! Viel schwerer schienen ins Gewicht zu fallen die Massenkundgebungen der Arbeiter grosser Werke. Die Kruppschen Arbeiter in Essen, Magdeburg und Kiel, die Beschäftigten der Riesenbetriebe in Bochum, Stettin und andere unterzeichneten Adressen an den Kaiser, die nicht nur in die schärfste Verurteilung der Socialdemokratie einstimmten, sondern sich auch für den Zolltarif einsetzten, ja sogar die Wiedereinführung von AusnahmeGesetzen befürworteten. Doch sprachen sofort gut regierungsfreundliche Leute es aus, dass hier die wahre Gesinnung der

Arbeiter nicht zum Ausdruck komme und der Kaiser von planmässigen *Scharfmachern* getäuscht werde. Bald wurde bekannt, dass das Kruppsche *Gruson-Werk* zwei Arbeiter nach 16- bzw. 22-jähriger Tätigkeit wegen Verweigerung der Unterschrift gemassregelt habe, allerorten entschuldigend sich Arbeiter bei den Parteiorganen über die durch Furcht vor Arbeitslosigkeit ihnen abgepresste Unterzeichnung. Und wie gleich nach der Kaiserrede die Breslauer Metallarbeiter das Tisch-tuch zwischen sich und den Gliedern der Kaiserdeputation, nicht der Socialdemokratie, wie der Kaiser gewollt, zerschnitten hatten, so demonstrierten in Massenversammlungen die beteiligten Arbeiter in Kiel, Magdeburg, Stettin — hier auch die Hirsch-Dunckerschens — gegen die ihnen zugemutete Verleugnung ihrer Gesinnung, gegen den Zwang und für die Socialdemokratie. Wieder einmal war der deutsche Kaiser falsch berichtet worden von Männern seines Vertrauens, wieder eine mit aller Kraft einsetzende kaiserliche Action gegen die Socialdemokratie ausgelaufen in einen Triumph der Partei.

An zwei Reichstagsersatzwahlen war die Socialdemokratie beteiligt. Am 11. December erhielt bei der Nachwahl in Liegnitz-Goldberg-Haynau unser Candidat Bruhns 6483 von 20349 Stimmen. Gegen 1898 ist unsere Stimmenzahl um 71,2, die der Gegner um 2700 Stimmen zurückgegangen. Wir erhielten 31,86 (1898 : 30,29 %) aller Stimmen. In der Stichwahl siegte der Freisinnige.

Bei der Nachwahl für Rieckert in Danzig-Stadt erhielt Genosse Bartel 5569 von 16376 Stimmen. Gegen 1898 ist der Procentsatz unserer Stimmen von 21,5 auf 34 gestiegen. In der Stichwahl siegte der Freisinnige.

Charakteristisch für die Sinneswandlung bestimmter Kreise der bürgerlichen Intelligenz gegenüber der Socialdemokratie sind mehrere Kundgebungen hervorragender Vertreter des Liberalismus. Theodor Mommsen nennt in einem Artikel der *Nation* die Socialdemokratie die einzige grosse Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung. Nach einem glänzenden Lobe der Fähigkeiten Bebels und einer wenig gründlichen Beurteilung unserer Endziele empfiehlt er uns eine massvollere Haltung und bekämpft im übrigen das in liberalen Kreisen gegen eine Unterstützung unserer Partei herrschende Vorurteil. Mommsen hat noch 1884 für die Verlängerung des Ausnahmegesetzes gesprochen. In ähnlichem Sinne äusserte

sich der Criminalist Professor von Liszt, und Theodor Barth tritt mit ausdauernder Entschiedenheit für gegenseitige Wahlhilfe der Socialdemocraten und der Liberalen ein, ohne indessen ausserhalb der freisinnigen Vereinigung, ja überall innerhalb derselben Zustimmung zu finden. Graf du Moulin Eckart hat nach einem Artikel in der *Freistalt* aus dem socialdemokratischen Hohl-lachen im Reichstag mehr deutsche Kraft und nationalen Mut herausgehört, als aus all den gekünstelten Wendungen der sämtlichen Redner der Ordnungsparteien. Er sieht in der Socialdemokratie den einzigen starken Damm gegen die eindringenden dunklen Wellen des Ultramontanismus. Darauf beruht vor allem die Hoffnung der deutschen Nation . . . .

Solche Aeusserungen beweisen, dass namhafte Vorkämpfer des Liberalismus, der aus eigener Kraft nichts mehr vermag, die Socialdemokratie gegenüber dem reactionären Nachbar als das *kleinere Uebel* zu betrachten beginnen, ja auf sie ernste Hoffnungen für die Zukunft unserer Cultur setzen. Ihre Bedeutung in den Nöten und Nichtswürdigkeiten der Gegenwart erkannte auch der *positiv gesinnte* Jeannot Emil von Grotthuss im *Türmer* mit warmen Worten an. Immer deutlicher erscheint auch den Fernerstehenden die socialistische Demokratie als der Rettungssanker der deutschen Freiheit und des deutschen Idealismus. Bildung und Besitz trennen sich immer schärfer. Wir sehen das Beispiel der belgischen Progressisten, der französischen Intellektuellen, der scandinavischen Radicalen in fortgeschrittenen Kreisen Deutschlands Nachfolge finden — nicht natürlich in dem Gefolge Eugen Richters, dessen vornehmste Sorge heute ist, zum Dank für seine Haltung im Zollkampfe die Wahlhilfe der Rechten gegen die Socialdemokraten sicherzustellen.

In Holland gewann die Socialdemokratie durch die Wahl Troelstras in Amsterdam das 8. Kammermandat (unter 100). Vom Parteivorstande wurde eine Commission eingesetzt zur Förderung des Consumvereinswesens, die durch Raterteilung und Gewahrung von Vorschüssen die Bildung neuer Genossenschaften fördern soll. Die socialdemokratische Lehrervereinigung hat mit 19 gegen 11 Stimmen ihre Programmforderung der obligatorischen Staatsschule gestrichen, um im Einverständnis mit der Partei zu bleiben, die mit Rücksicht auf die religiösen Privatschulen die gleiche Forderung hat fallen lassen.

Der **polnisch-galizische Parteitag** beschäftigte sich mit der Agrarfrage. Daszynski und andere traten vor allem für Organisation der Landarbeiter und Schutz der Bauern als Proletarier ein, Gumplowicz empfahl, auch den Bauern als Produzenten zu schützen. Es wurde in einer Resolution die Gerechtigkeit des vorjährigen Landarbeiterstrikes betont, dessen Missbrauch zu chauvinistischen Zwecken verurteilt und die Solidarität des polnischen mit dem ruthenischen Landvolke erklärt. Eine besondere Organisation soll ein bäuerliches Vertrauensmännersystem schaffen und dem nächsten Parteitag ein Agrarprogramm vorlegen.

Von der **Schweizer Bewegung** ist zu vermerken, dass die mit 3940 Unterschriften versehene Petition um Amnestie der in Genf wegen Verweigerung der Militärpflicht Verurteilten im Nationalrat gegen 8 Stimmen verworfen wurde. Genosse Sigg ist für 1 Jahr auch seines Postens als Arbeitersecretair enthoben. Die Genfer Partei hat den letzten Ereignissen einen mächtigen Fortschritt zu verdanken, das Parteiorgan hat seine Abonnentenzahl mehr als verdoppelt. Dem Staatsrat Thiébaud wurde durch Parteibeschluss die Eigenschaft als Parteivertreter aberkannt.

In **Russland** sucht die Regierung Geistlichkeit und Schule gegen die *schlechten Bestrebungen* mobil zu machen. Ihre Geheimplätze, die prompt veröffentlicht werden, verraten grosse Sorge vor der Ausbreitung der revolutionären Idee, die auch in die Kreise der gemeinen Soldaten eindringt. Eine aus den *besten Kreisen* rekrutierte Gesellschaft hielt in Petersburg eine der Arbeiterfrage gewidmete Sitzung ab, an der auch Arbeiter als Gäste teilnahmen. Diese forderten Coalitionsrecht, Arbeiterversicherung und Schulbildung für die Arbeiter. Im übrigen hat sich an der brutalen Unterdrückungspolitik gegenüber den Lohnbewegungen nichts geändert. Ein Project des Finanzministers Witte, betreffend Gewährung des Coalitionsrechts, ist am Widerspruch des Ministers des Innern gescheitert.

**Kurze Chronik.** Genosse Jaurès wurde mit 208 gegen 196 Stimmen zum 4. Vicepräsidenten der Kammer gewählt. — In Massachusetts siegten die Socialisten in mehreren Gemeindewahlen. — Ein socialistischer Bürgermeister wurde in Brockton, einer Vorstadt Bostons mit 4352

gegen 3207 Stimmen gewählt. — In Japan wurde nach Zeitungsberichten etwa 80 bis 100 km. von der Hauptstadt entfernt eine communistische Landgemeinde entdeckt. Das Land wird gemeinsam bewirtschaftet; es soll dort weder Reiche noch Arme geben.

*Simon Katzenstein.*

### Gewerkschaftsbewegung

Der **Mitgliederstand der Gewerkschaften** hat sich im Jahre 1902, trotz der Krisis, um ein erhebliches gebessert. So hat der Malerverband nach einer vorläufigen Uebersicht um etwa 5000 Mitglieder zugenommen, auch der Maurer- und der Holzarbeiterverband haben ihre Mitgliederzahl erhöht, letztere Organisation um mehrere Tausend. Der Metallarbeiterverband beziffert seine Mitgliederzunahme gar auf 15 000, so dass die Mitgliederzahl dieser Gewerkschaft gegen 120 000 betragen dürfte; die *Metallarbeiterzeitung* hat zur Zeit eine Auflage von 132 000. Die relativ höchste Mitgliederzunahme im Jahre 1902 kann aber wohl der Bergarbeiterverband aufweisen. Die Auflage der *Bergarbeiterzeitung* ist im Laufe des Vorjahres von 39 000 auf 52 000 gestiegen, und die Organisation selbst dürfte in dieser Zeit zumindest eine Zunahme um 10 000 Mitglieder erfahren haben. Diese Erfolge sind umso höher anzuschlagen, als sie in einer Zeit schwerster Krise errungen worden sind. Bisher war man der Annahme, und man konnte sich dabei auf die früheren Erfahrungen, namentlich im Anfang der neunziger Jahre stützen, dass in solchen Zeiten an Fortschritte in der Organisation der Arbeiterschaft kaum zu denken sei.

Nicht so gut scheinen die christlichen Gewerkschaften abgeschnitten zu haben. Wenigstens wird aus zwei ihrer bedeutendsten Organisationen, dem christlichen Holzarbeiter- und Bergarbeiterverband, berichtet, dass ihre Mitgliederzahl stationär geblieben ist.

In einer längeren lezenswerten Abhandlung im *Correspondenzblatt* weist C. Legien nach, dass zwischen der amtlichen und der gewerkschaftlichen **Strikestatistik** ganz erhebliche Abweichungen bestehen, die auf die mangelhafte Aufnahme der ersteren zurückzuführen sind. Bis ins einzelne weist er nach, dass die amtliche Statistik als völlig unzureichend zu bezeichnen ist; nicht nur, dass ihre Angaben bei den registrierten Strikes nicht überall zutreffend sind: ohne Mithilfe der Gewerkschaften seien die Behörden auch ausser stande, über alle Strikes



zu berichten. So weise die amtliche Statistik 40675, die gewerkschaftliche 43133 Strikende, also 2458 mehr auf. In 13 Berufen weise die amtliche Ziffer 944 Strikende mehr auf als die Gewerkschaftsstatistik, dagegen diese aber in 29 Berufen 3402 Strikende mehr als die amtliche Statistik. Tatsächlich fehlten aber in der amtlichen Statistik, wie des näheren ausgeführt wird, 316 Strikes mit 6243 beteiligten Personen. Legien verlangt schliesslich, die amtliche Statistik von allem Ballast, wie Erhebungen über Contractbruch, Polizeieingriffe etc. zu befreien.

Aus der grossen Zahl der Ende des vorigen Jahres vorgenommenen **Gewerbe-gerichtswahlen** seien folgende Ergebnisse mitgeteilt, weil sie über das Stärkeverhältnis der christlichen zu den freien Gewerkschaften einigen Aufschluss geben. In Witten (Ruhr) siegten die freien Gewerkschaften mit 198 Stimmen über die christlichen mit 156 Stimmen, in Elberfeld mit 3023 gegen 350, in Düsseldorf mit 3353 gegen 2026, in Benrath mit 190 gegen 124, in München, wo das Proportionalwahlsystem zum erstenmal zur Anwendung kam, mit 9747 gegen 1354 Stimmen. Die grösste Bedeutung ist aber wohl den Berggewerbegerichtswahlen im Ruhrgebiet beizumessen. Der alte Verband vereinigte auf seine Candidaten 14 213 Stimmen und drang in 56 Bezirken durch, der christliche Verband nur in 38 Bezirken, während er insgesamt nur 8804 Stimmen erzielte: der beste Gradmesser für das Stärkeverhältnis der beiden Organisationen.

Dass noch immer **Behörden gegen Gewerkschaften** auftreten, zeigte sich jetzt wieder anlässlich der Vereinigungsbestrebungen der drei neutralen süddeutschen Eisenbahnwerkstättenarbeiterverbände. Am 27. December sollte der Vereinigungscongress in Ulm tagen, die bayrische Verkehrsleitung verweigerte den hierzu delegierten bayrischen Werkstättenarbeitern den Urlaub, und die württembergische Eisenbahnverwaltung hat zwei bei ihr beschäftigte Arbeiter in Verfolg einer Audienz über die nunmehr am 25. December stattgefundene Konferenz entlassen. Wenn das sogar in Württemberg und Bayern möglich ist, braucht man sich über die Chicanen gegen Arbeiterorganisationen in Sachsen und Preussen nicht mehr zu wundern. Dabei hatten die fraglichen Werkstättenarbeiterverbände in Bezug auf die Gründung ihrer neuen Organisation die loyalsten Erklärungen abgegeben.

Die **deutsche Strikebewegung** hielt sich auch im abgelaufenen Monat in den engsten Grenzen. Der Meeraner Weberstrike ist mit einem Achtungserfolg der Arbeiter, nach 13 wöchentlicher Dauer, beendet worden. Der Leipziger Steinbildhauerstrike dauert noch an. Weiter ist noch zu verzeichnen eine Massregelung der Holzarbeiter in Kolmar i. P. wegen Zugehörigkeit zur Organisation, ein Strike der Fabrikschuhmacher in Hessisch-Oldendorf und eine Aussperrung der Gärtner in Plauen i. S. Von weiteren Conflicten nennen wir noch die zahlreichen Werkstattdiffenzen der Metallarbeiter in Berlin, so bei Jachmann, Eitner, Wolter, Erich & Grätz, Witte und in den Minkin-Werken; auf der Werft *Vulcan* in Vegesack, Strikes der Textilarbeiter bei Schönfeld in Crimmitschau und bei Schneider & Baumgärtel in Gera, der Schuhmacher in Pirmasens und der Bergarbeiter in Beuthen, O.-Schl. Viele Organisationen, besonders in den Bauberufen, treffen schon jetzt Vorbereitungen für ihre diesjährigen Lohnbewegungen.

Auch die **ausländische Strikebewegung** bietet wenige interessante Fälle für den Chroniqueur. Der Strike der Seeleute in Marseille ist erfolglos beendet. Sonst nennen wir noch Strikes der Strassenangestellten in Mailand, der Hafenarbeiter und Rollkutscher in Barcelona, der Angestellten im Bazar Printemps in Paris, der Bergarbeiter in Denby und Oadby (Yorkshire); in diesem Strike griffen die Grubenbarone zu dem brutalen Machtmittel, 400 Familien Strikender zu exmittieren. In Dänemark werden die Coalitionsrechtskämpfe fortgesetzt; bemerkenswert in dieser Hinsicht ist der Kampf der Hafenarbeiter in Odense um ihre Organisation.

Der 4. belgische Gewerkschaftscongress fand am 14. und 15. December in Brüssel statt. Er beschäftigte sich zunächst mit der Unfallversicherung; im Gegensatz zu dem Regierungsentwurf eines Unfallversicherungsgesetzes, das unter anderem nur facultative Versicherung und zwar nur für die Arbeiter der Maschinenbetriebe vorsieht, wurde die Ausdehnung der Versicherung auf alle Lohnarbeiter, Erhöhung der vorgeschlagenen Unterstützungssätze und Aufrechterhaltung der Haftbarkeit der Unternehmer gefordert. Weiter forderte der Congress die Aufhebung des Artikels 310 des belgischen Strafgesetzbuches, der im wesentlichen unserem § 153 der Gewerbeordnung gleichkommt. Schliesslich nahm er zur Frage der Gründung einheitlicher Industrieverbände Stellung, doch wurde die Beschlussfassung

darüber auf den nächsten Congress verschoben.

Nach dem von Octors erstatteten Bericht verfügen die socialistischen Gewerkschaften über 83 677 Mitglieder, 10 386 mehr als im Jahre 1901, die katholischen Gewerkschaften zählen 3747, die neutralen Gewerkschaften 11 903 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der ausserdem noch bestehenden liberalen Gewerkschaften ist nicht angegeben.

Der *Taff Vale*-Entscheid des englischen Lordobergerichts, wonach eine Gewerkschaft nach englischen Rechte, ganz im Gegensatz zu der früher in England üblichen Rechtsprechung, für die Handlungen ihrer Mitglieder civilrechtlich haftbar zu machen ist, hat nunmehr seine erste praktische Anwendung gefunden. Die *Taff Vale Railway Company* war gegen die *Railway Servantes Union* (Gewerkschaft der Bahnangestellten) auf Schadenersatz von 27 000 Lstrl. klagbar geworden, die ihr wegen angeblicher Verabredung der Mitglieder dieses Verbandes zur Schädigung der Gesellschaft mittels Ausstandes im August 1906 entstanden sein sollten. Das Gericht hat den Eisenbahnverband nunmehr auf Grund des Lordentscheides zur Zahlung des Schadenersatzes verurteilt. Die Folge dieses Urteils, das geeignet ist, die ganzen bisherigen Kampfmethoden der englischen Gewerkschaftswelt ausser Wirksamkeit zu setzen, dürfte vielleicht die sein, dass nunmehr alle irgendwie an einem Strike beteiligten Gewerkschaften processiert werden.

Ueber die Gewerkschaftsbewegung in Spanien brachte der *Vorwärts* kürzlich einige Mitteilungen. Danach hat der Verband der spanischen Gewerkschaften (*Union General de Trabajadores*), die den deutschen in der *Generalcommission* vereinigten Gewerkschaften entsprechende Organisation, in der letzten Zeit ganz erfreuliche Fortschritte gemacht. Im November 1889 nur 27 Sectionen mit 3355 Mitgliedern stark, waren sie im October 1901 auf 198 Sectionen mit 31558 Mitgliedern, im October 1902 auf 267 Sectionen mit 43 535 Mitgliedern angewachsen. Am stärksten ist die Bewegung in den nördlichen Provinzen und in Castilien. Letztere Provinz weist allein 113 Sectionen mit 22 417 Mitglieder auf. Centralpuncte der gewerkschaftlichen Organisation sind: Madrid mit 13 638, Bilbao mit 3630, Santander mit 2232, Vigo mit 2225, Oviedo mit 1518, Mataro mit 1319, Mieres mit 1080, Valladolid mit 1018 Mitgliedern.

**Kurze Chronik.** Die Leipziger Gewerkschaften planen die Gründung eines Arbeitersecretariats. — Für den Industriebezirk Lichtenfels-Kronach wurde die Gründung eines Gewerkschaftskartells und Arbeitersecretariats vollzogen. — Die *Generalcommission* und die *Schneiderzeitung* haben ihren Sitz von Hamburg nach Berlin, der Schneiderverband seinen Sitz von Stuttgart nach Berlin verlegt. — Die Steinarbeiter haben am 1. Januar an Stelle ihrer losen Organisation einen streng centralistischen Verband errichtet. — Lic. Mumm plant die Gründung eines antisocialistischen Cartells der Gastwirtsorganisationen. — Der Möbelpoliererverband hielt am 28. December in Berlin seinen Delegiertentag ab. — In Halle wurde eine Studentengewerkschaft gegründet, die sich vorwiegend mit Arbeitsvermittlung befassen soll. — Eine zweite Conferenz von Agitationsleitern der Provinz Brandenburg fand am 28. December in Berlin statt. — Von ausländischen Congressen nennen wir den der österreichischen Eisenbahner in Wien und den des niederländischen Diamantarbeiterverbandes (7500 Mitglieder) in Amsterdam.

Ernst Deinhardt.

### Genossenschaftsbewegung

Ueber die gewissermassen *prähistorische Genossenschaftsbewegung*, das heisst über die vor Schulze-Delitzsch, finden wir sehr interessante Aufschlüsse in einem unter der Ueberschrift *Der Ursprung der Ideen von Schulze-Delitzsch* in Nr. 23—24 des *Genossenschaftspionier* wiedergegebenen Vortrag von Eduard Bernstein, den letzterer im *Verein für soziales Genossenschaftswesen* zu Berlin gehalten hat. Danach waren es aus der Schweiz zurückkehrende deutsche Arbeiter, die von dort, wo schon 1841 von Wilhelm Weitling die erste Speiseassociation ins Leben gerufen worden war, den Gedanken der genossenschaftlichen Vereinigung nach Deutschland trugen. Bereits in dem vor 1848 vom Centralcomité der Arbeiter herausgegebenen Blättchen *Das Volk* taucht gelegentlich die Forderung von Productivgenossenschaften oder *Associationswerkstätten* auf. Im August des Jahres 1848 beschliesst ein in Berlin abgehaltener Arbeitercongress die Gründung einer grossen, ganz Deutschland umspannenden Organisation, der *Arbeiterverbrüderung*, deren locale Glieder den Namen *Arbeitergenossenschaften* erhalten und denen neben anderen auch eine Reihe gemeinwirtschaftlicher Aufgaben, zum Beispiel Erwerb von Grund und Boden zum Bau von Arbeiterwohnungen etc., zugewiesen

werden. — 1849 bringt das Organ des Bundes *Die Verbrüderung* einen Aufruf zur Unterstützung einer Petitionsbewegung, die einen Staatscredit von 10 Mil. M. für die Gründung von Productivgenossenschaften fordert. Lassalle antecipiert! Doch wünscht im Gegensatz zu diesem der Aufruf eine selbständige Initiative der Arbeiter bei diesen Gründungen.

Noch im gleichen Jahre bildete sich dann auch in Berlin der erste — Rabattverein, eine *Gesellschaft zur gemeinsamen Beschaffung von Brod*, die aber zunächst mit Bäckern Lieferantenverträge abschliesst. Auch von der Gründung einer *Rohstoffgenossenschaft* zum Bezug von Leder, Holz, Garn weiss die *Verbrüderung* zu erzählen. Ebenfalls 1849 noch veröffentlicht das Blatt Abrechnungen über die von der Berliner Organisation gegründeten *Ankaufsgenossenschaften* vulgo Consumvereine, die so und so viel Stoffe, Brode, Cigarren etc. beschafft haben. Daneben besitzt aber die Berliner *Verbrüderung* auch schon eine Schneiderwerkstatt, deren genaue Geschäftsergebnisse im Blättchen veröffentlicht wurden, und eine Schuhmacherei mit ganzen 2 Arbeitern. 1850 wurde die Gesamtorganisation und ihr Blatt unterdrückt, aber dessen Nachfolger, der *Prometheus*, weiss von der guten Fortentwicklung der in einer grossen Anzahl von Orten bereits bestehenden Wirtschaftsgenossenschaften zu berichten. Eine solche in Delitzsch bestehende Rohstoffgenossenschaft für Schuhmacher und ein dortiger Vorschussverein waren es, die Schulze zu seinem Studium der Genossenschaftsbewegung anregten, dessen erste Frucht das 1850 erschienene Buch *Mitteilungen über gewerbliche und Arbeiterassoiationen* war.

Eine tabellarische Uebersicht über die **Berliner Consumgenossenschaftsbewegung** bringt der *Wochenbericht* in Nr. 2, deren beachtenswerteste Zahlen hier wiedergegeben seien. Es existierten demnach 1901—1902 in Berlin 11 Consumvereine, von denen sich aber 4, nämlich *Berlin-Süd*, *Berlin-Nord*, *Schöneberg* und *Weissensee* im Laufe des letzten Jahres zur Consumgenossenschaft *Berlin und Umgebung* verschmolzen haben. Auf der Tabelle finden wir die Zahlen der betreffenden Genossenschaften noch getrennt angeführt.

Der älteste und der Mitgliederzahl nach grösste Verein ist immer noch die nicht eingetragene *Biene*, die an ihre 4548 Mitglieder (gegen 4796 im Vorjahre) in 4 Verkaufsstellen für 399 354 M. Waren absetzte

und dabei einen Ueberschuss von 28 682 M. erzielte. Ihr auf den Fersen ist der *Berliner Consumverein*, jene vor 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren vollzogene Vereinigung kleiner nicht eingetragener Genossenschaften Berlins, die 4500 Mitglieder zählt und in Bezug auf den Umsatz — 485 411 M. — die *Biene* sogar übertrifft. Der Verein hat 11 Verkaufsstellen und machte eine Ersparnis von 26 350 M. Sodann würden die 4 vereinigten Genossenschaften kommen, die zusammen 4168 Mitglieder umfassen und den respectablen Umsatz von 651 324 M. in 15 Verkaufsstellen erreichten. Davon entfallen auf den grössten Verein *Berlin-Nord* 2199 Mitglieder und 331 223 M. Umsatz. Der Reingewinn ist hier ein verhältnismässig niedriger: er beträgt insgesamt 19 210 M., also nicht ganz 3% des Umsatzes, wohl eine Folge der durch die anfängliche Zerspaltung verursachten grosseren Geschäftskosten. Schlecht abgeschnitten hat *Berlin-Rivdorff*, das sich durch die überstürzte Eröffnung von neuen Geschäftsstellen, deren es jetzt 14 bei einem Umsatz von 609 740 M. hat, bereits im vorigen Jahre schwer hereingekommen hatte. Immerhin ist es schon als ein Fortschritt zu bezeichnen, dass an Stelle der damaligen Unterbilanz diesmal ein kleiner Ueberschuss von 389 M. getreten ist.

Das Gegenteil zu dieser Genossenschaft bildet der alte nicht eingetragene Verein *Vorsicht*, der sich bei einem Umsatze von 371 877 M. mit 1 Verkaufsstelle für seine 1415 Mitglieder begnügt und dabei einen Reingewinn von nicht weniger als 29 935 M. machte, der aber auch so *vorsichtig* ist, keine neuen Mitglieder aufzunehmen, wodurch er über kurz oder lang der Stagnation und dann dem Rückgange verfallen muss. Zufriedenstellend ist die Entwicklung der 905 Mitglieder zählenden Charlottenburger Genossenschaft, die bei einem Umsatze von 135 232 M. (das Doppelte des Vorjahres) 5583 M. Ueberschuss erzielte. *Friedrichshagen* und *Adlershof* sind kleinere Vereine mit noch nicht 500 Mitgliedern und 85 000 resp. 70 000 M. Ums.tz.

Im allgemeinen darf mit diesen Resultaten, die noch dazu unter ganz besonderen Schwierigkeiten errungen sind, recht zufrieden sein, — sind sie doch mit wenigen Ausnahmen das Resultat einer kaum fünfjährigen Entwicklung. Wenn die erzielten Ueberschüsse fast überall noch in einem sehr bescheidenen Verhältnisse zum Umsatze stehen, so müssen hierbei eben die speciellen Berliner localen Verhältnisse in betracht gezogen werden: kolossale Ladenmieten, grosse räumliche Entfernungen der Mitglieder,

äusserst scharfe Concurrenz durch Schleudergeschäfte etc. Zum Teil ist diese Erscheinung freilich auch zurückzuführen auf noch nicht überwundene Kinderkrankheiten, die aber unter den genannten Umständen wohl begreiflich sind und umso mehr die Hoffnung auf immer günstigere Resultate in der Zukunft lassen.

\*  
Im November fand in Roubaix eine Zusammenkunft der zu der *Fédération du Nord* gehörigen **französischen socialistischen Consumgenossenschaften** zum Zwecke des gemeinschaftlichen Mehleinkaufs für das kommende Jahr statt. Etwa 20 Müller waren gleichfalls anwesend. Es wurden 69 400 Sack im Gesamtwert von 1 875 150 fr. gekauft. Diese wirklich imposanten Zahlen lassen nur das Bedauern aufsteigen, dass für die übrigen von den Consumvereinen geführten Artikel noch nicht eine vergleichsweise gute Organisation ausgebildet ist. Auf dem Anfang November in Amiens abgehaltenen nationalen Congress der *Coopération Socialiste* war viel die Rede von genossenschaftlicher Eigenproduction. Der Genosse Robin malte ein verlockendes Zukunftsbild an die Wand; 1000 Consumvereine in einem Verband vereinigt je 50 fr. zusammensteuernd. Nach 3 bis 4 Jahren ist eine Summe vorhanden, die die Errichtung einer Fabrik mit den modernsten Werkzeugen gestattet. Nach ein paar weiteren Jahren eine zweite: »Seife, Chokolade, Conserven, Stiefel, Gewebe . . . man wird nur die Qual der Wahl haben.« — Unser Genosse vergass nur, dass auch in Frankreich die collectivistische Production nur auf der Basis des organisierten gemeinschaftlichen Einkaufs möglich ist und dass auch hier diese Organisationen sich allmählich und organisch herausbilden müssen, während jede überstürzte, künstlich gemachte Entwicklung nur zu furchtbaren Rückschlägen und Misserfolgen führen kann.

\*  
**Kurze Chronik.** Die von 55 Vereinen nach ihrer Trennung vom *Verband provinzsächsischer Consumvereine* am 2. November im Princip beschlossene Gründung eines *Verbandes mitteldeutscher Consumvereine* (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1902, II. Bd. pag. 982) hat nun am 14. December in Magdeburg stattgefunden. Als provisorischer Vorstand wurden die Herren Assmann-Braunschweig, Arnold-Magdeburg und W. Schmidt-Halle gewählt. Der Anschluss an den zu gründenden Gesamtverband wurde einstimmig beschlossen. — Zwei Verschmelzungen von Consumgenossen-

schaften hatten in letzter Zeit stattgefunden. Der Markranstädter Verein hat sich an den Leipzig-Plagwitz' angeschlossen, während Debschütz und Gera ihre Geschäftsbetriebe vereinigt haben. — Die *Gesellschaft für sociale Reform* wird am 12. März eine Ausschusssitzung abhalten, auf der mehrere Referate über *Arbeiterconsumvereine* gehalten werden sollen. — Der Consumverein in Crimmitschau hat eine Schneidereiabteilung für Hemden, Jacken und Blusen eingerichtet, in der die beschäftigten Arbeiterinnen einen um 20 bis 30% höheren Lohn als in Privatbetrieben erhalten. — Neue Consumvereine wurden gegründet in Zehlendorf, Liebenwerda, Annaburg, Alpendorf und Euskirchen. — Der Bau- und Sparverein für Wandsbeck und Umgebung hat beschlossen, ein 15 400 qm. grosses Baulterrain zu erwerben, auf dem er eine Anzahl Mietshäuser mit zusammen 300 zwei- und Dreizimmerwohnungen errichten will. — Nicht zum wenigsten infolge der energischen Agitation des *Verbandes Schweizerischer Consumvereine* ist das Referendum gegen den Zolltarif mit etwa 60 000, also deren doppelten Zahl der gesetzlich notwendigen Unterschriften zu stande gekommen. Das 1 Jahr alte populäre Blatt des Verbandes, das *Genossenschaftliche Volksblatt* war Ende 1902 bereits von 47 Vereinen für ihre Mitglieder abonniert und hatte eine Auflage von über 50 000 Exemplaren.

Gertrud David.

### Socialpolitik

Die Fortschritte des Jahres 1902 in socialpolitischer Hinsicht sind für Deutschland sehr geringe gewesen. Das Krankenversicherungsgesetz ist nicht auf die Heimarbeiter und landwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt worden. Die Arbeitslosenversicherung ist nicht aus dem Kreis theoretischer Betrachtungen herausgetreten. Die Witwen- und Waisenversicherung soll auf einer finanziell unsicheren Basis aufgebaut werden und erst im Jahre 1910 in Wirkksamkeit treten. Nach zehnjähriger Tätigkeit ist die Seemannsordnung Gesetz geworden — eine *Ordnung*, die von seiten der Arbeiterschaft durchaus nicht als grosser socialpolitischer Fortschritt empfunden wird. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist nur im Schnecken gange im verflossenen Jahre fortgeschritten. Wir haben eine sehr lückenhafte Verordnung über die Ruhezeit der Gehilfen und Lehrlinge im Gastwirtsgerbe erhalten. Und diese Verordnung ist, wenn sie wirklich einen nennenswerten Schutz den Gastwirtsgehilfen bringen soll, dringend reformbe-

dürftig. Am 1. October 1902 hat die Steinhauerverordnung Gesetzeskraft erhalten. Kaum in einem anderen Arbeitszweige richtet die Lungentuberculose derartige mörderische Verheerungen an, wie im Steinhauergewerbe. 85 % aller Steinarbeiter kranken an Leiden der Atmungsorgane dahin. Der neunstündige Maximalarbeitstag wird kaum eine Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse dieser Arbeiter bringen. Die Schutzbestimmungen sollen übrigens nur den Betrieben, die fünf und mehr Arbeiter regelmässig beschäftigen, zu gute kommen. Endlich hat sich der Bundesrat zu einem Gesetzentwurf über die Verwendung des weissen und gelben Phosphors für die Herstellung von Zündhölzern aufgeschwungen. Leider soll die Verwendung des weissen und gelben Phosphors erst am 1. Januar 1907 verboten werden. Professor von Bruns hat in der *Deutschen Revue* in eindringlicher, überzeugender Weise das Wort für einen ausreichenden Schutz der Zündholzarbeiter- und Arbeiterinnen ergriffen. Er schreibt: »Wenn ich es unternommen habe, für den Schutz der Zündholzarbeiter einzutreten, so habe ich die Verpflichtung hierzu darin gefunden, dass gerade in den letzten Jahren eine Anzahl sehr schwerer Fälle von Phosphornekrose in der Tübinger Klinik in meiner Behandlung standen. Diese bemitleidenswerten Opfer ihres Berufs haben immer tiefen Eindruck auf mich gemacht: kräftige, vorher blühende Mädchen, jahrelang mit einem qualvollen und ekelerregenden Leiden behaftet und zeit lebens entsetzt! Schon allzu lange, schon mehr als 60 Jahre hat das schleichende Gift dieser verderblichen Gewerbekrankheit seine Opfer vergiftet. Tausenden ist Gesundheit und menschenwürdiges Aussehen, Hunderten das Leben geraubt worden. Unabweislich und dringend ist die Pflicht des Staates, den Zündholzarbeitern Schutz zu gewähren durch das Verbot der Phosphorzündhölzer.« Bis zum Jahre 1907 soll nun der Phosphor noch ungestört weiter morden. Die Reichstagscommission hat ferner die Beratung des Gesetzes über die Kinderarbeit zu Ende geführt. Soeben werden die Bestimmungen einer Gesetzesvorlage über die Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte bekannt. Noch in weiter Ferne scheint ein Gesetz über den zehnstündigen Maximalarbeitstag für Frauen zu liegen. Es ist im allgemeinen ein recht mageres socialpolitisches Jahr gewesen, das Jahr 1902.

Die Wohnungssequäten der Krankencassen haben beständig wachsende Erfolge aufzuweisen. In Strassburg (Elsass) gehörte

der Wohnungscommission ein Krankencontroleur der *Gemeinsamen Ortskrankencassen* an. Die von der Casse ermittelten Wohnungsmissstände wurden dieser Wohnungscommission unterbreitet. Der Vorstand der Casse spricht sich folgendermassen über die Resultate der Wohnungssequête der Casse aus: »Namentlich bezüglich der Abortverhältnisse, die in der Enquête als unhaltbar geschildert waren, ist ziemlich Remedur geschaffen worden. . . . Ferner ist auch in sonstiger Beziehung vieles geschehen. Die Häuser Thomasgasse 4 und 6 wurden renoviert und canalisirt. In Gerbergrabenplatz 4 wurde die schlechte untere Wohnung geschlossen und darf nicht mehr vermietet werden. An Spitalgasse 28 wurde alles getüncht und die Uebervölkerung beseitigt. Das Haus Kleine Stadelgasse 1, welches sich in so traurigem Zustande befand, wurde von der Stadt angekauft und gelangte zum Abbruch. In Schwabengasse 5 wird zur Zeit renoviert. Ganz renoviert wurden bereits die Häuser Karpfengässchen 4 und Brusengasse 4; ebenfalls das Haus Schiltgheimergasse 22. . . .

In den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten (zum Beispiel Hannover) verfolgt man jetzt mit grossem Interesse die Walderholungsstätten. Nach Frankfurter und Berliner Erfahrungen kann man die Kranken in der Walderholungsstätte für etwa 1 M. völlig verpflegen. Die Kranken erhalten in diesen Stätten ein kräftiges Mittagbrod und Milch. Mit Hilfe der Versicherungsanstalten könnten die Walderholungsstätten einen siegreichen Feldzug gegen die Schwindsucht führen. Die Zahl der erwachsenen (über 15 Jahre alten) Personen, deren tuberculöses Leiden so weit vorschreitet, dass eine Krankenhausbehandlung notwendig wäre, wird im Deutschen Reich von dem Director des kaiserlichen Gesundheitsamtes Kohler auf mindestens 226 000 jährlich geschätzt. Diese riesige Armee von 226 000 Kranken kann nun heute schon mit Hilfe der Walderholungsstätten einer ersten Beobachtung und Behandlung unterzogen werden. In einer Walderholungsstätte können ungefähr 500 Personen Aufnahme finden. Für 226 000 Personen wären etwa 452 Walderholungsstätten erforderlich. Die Errichtung dieser Stätten und die Anschaffung des ersten Inventars würden etwa 2 260 000 M. kosten. Halten wir an dem Verpflegungssatz von 1 M. täglich fest, so können 226 000 Personen täglich für 226 000 M. und monatlich für 6 780 000 M. in den Walderholungs-

stätten behandelt werden. In geradezu gigantischem Umfange könnten die Gesundheitsverhältnisse unseres Volkes gehoben werden, wenn durch die gemeinsame Tätigkeit der Landesversicherungsanstalten und Krankencassen viele Hunderte von Wald-erholungsstätten errichtet und zweimal-hunderttausend Kranke dort alljährlich zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit behandelt und bekümpft würden.

Soeben wird das Programm des 11. internationalen Congresses der **Alkoholgegner** bekannt, der vom 14. bis zum 19. April in Bremen tagen wird.

Das Organisationscomité will einem Wunsche des Wiener Congresses entsprechend grundsätzlich nicht die ganze Alkoholfrage, sondern nur einige ausgewählte Capitel behandeln lassen, über die auf Grund von Referaten, zu denen das Comité auffordert, eingehend discutiert werden soll. Aus der Fülle von interessanten Referaten heben wir hervor: *Der Alkohol im Lebensprocess der Rasse* von Dr. med. Alfred Plötz-Berlin; *Die Rolle des Alkohols im Arbeiterhaushalt* von Dr. jur. Blocher-Basel; *Die alkoholfreien Wirtschaften in England* von Joseph Bentley-Bradford; *Erziehung und Schule im Kampf gegen den Alkoholismus* von Anton Don-Roksdam, Charles Wakely-London und Mary Hunt-Boston. Das Programm ist von Mitgliedern der verschiedensten Parteirichtungen, auch von Socialdemokraten, unterzeichnet.

**Kurze Chronik.** Die vereinigten Krankencassen Frankfurts tragen sich mit der Absicht, eine Organisation zur Verbilligung der Beerdigungskosten ins Leben zu rufen. Sie wollen Einrichtungen treffen, die im Interesse der Hinterbliebenen der Cassenmitglieder die Beerdigung der Verstorbenen selbst in die Hand nehmen. — Die Stuttgarter Ortskrankencassen verteilen das erste Heft der *Prophylaktischen Blätter* unentgeltlich an ihre Mitglieder. — In Görtitz hat seit dem 1. Januar 1903 die Cassenvereinigung erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Ortskrankencasse XI ist aufgelöst und mit den Ortskrankencassen II, VIII, XII XVI zu einer gemeinsamen Casse verschmolzen.

Paul Kampffmeyer.

### Sociale Communalpolitik

Eine Conferenz socialdemokratischer Gemeindevertreter hat am 28. December in Frankfurt a. M. getagt und sich mit der Frage der communalen **Notstandsarbeiten** beschäftigt. Es war auch an der Zeit, dass

die Vertreter der Arbeiter sich berieten, nachdem die Vorstände der Städte des Main- und Rheingaus unter der Führung der Frankfurter Stadtverwaltung bereits vor längerer Zeit in einer Conferenz den gleichen Gegenstand behandelt hatten. Der Conferenz wurde die folgende Resolution unterbreitet, die wir in ihrem Wortlaute abdrucken, da sie wohl die wichtigsten Punkte enthält, die für unsere Vertreter bei der Einrichtung von Notstandsarbeiten in Frage kommen. Die Resolution lautet:

»Die Arbeitervertreter in den Gemeinden wollen im Sinne folgender Leitsätze wirken:

1. Die Gemeinde hat die Pflicht, für die in den letzten 6 Monaten innerhalb ihres Bezirkes ständig beschäftigt gewesen und arbeitslos gewordenen Personen Arbeit bereit zu stellen.
2. Arbeitslosenzählungen nach der Methode der Volkszählungen haben mindestens zweimal jährlich auf Kosten der Gemeinde stattzufinden.
3. Es sind ständige Commissionen (Deputationen etc.) einzusetzen, denen die Vor- und Mitberatung, wie die Ueberwachung der Notstandsarbeiten zu übertragen ist und in denen Vertreter der Arbeitslosen und der Gewerkschaften Sitz und Stimme haben.
4. Als Beschäftigungsgelegenheit für Arbeitslose sind in erster Linie alle Arbeiten der laufenden Gemeindeverwaltung für die stille Zeit zurückzustellen, welche diesen Aufschub zulassen. In zweiter Linie sind besondere Arbeiten zu veranstalten.
5. Alle diese Arbeiten sollen möglichst in eigener Regie ausgeführt werden. Bei Vergebung an Unternehmer sind denselben Bestimmungen über die Beschäftigung der Arbeiter im Sinne des nachfolgenden Punktes vorzuschreiben.
6. Für die Beschäftigung der Arbeiter ist zu berücksichtigen: a) Verwendung nur zu Arbeiten, zu denen sie geeignet sind, b) mindestens ortsüblicher Tagelohn für Nichtgelernte, für Gelernte die tariflich oder brancheüblich festgesetzten Arbeitsbedingungen, c) zureichende Sorge für Arbeiterhygiene, d) Beschwerderecht an die unter 3. genannte Commission.
7. Im Interesse der Beschäftigungslosen, namentlich in den kleinen Gemeinden, ist auf Kreise, Bezirksverbände und Staat zur Veranstaltung eigener Notstandsarbeiten hinzuwirken.

Die Leitsätze dieser Resolution waren im wesentlichen das Resultat einer Discussion, die sich an die vorausgegangene Bericht-erstattung über die in einer Reihe grösserer Städte vorgenommenen früheren Notstands-

actionen geknüpft hatte. Meinungsverschiedenheit bestand vor allem über den ersten Punct der Resolution, über die Frage, in welcher Ausdehnung der Aufenthalt in der Gemeinde nachgewiesen werden muss, ehe ein Arbeitsloser zu den Notstandsarbeiten zugelassen wird. Hier standen sich zwei Gruppen scharf gegenüber. Auf der einen Seite die Vertreter Mannheims und Ludwigshafens, die in überflüssiger Fürsorge für die Stadtcasse und in ebenso unbegründeter Furcht vor Ueberschwemmung der Stadt mit billigen Arbeitskräften an dem zweijährigen Unterstützungswohnsitze des Armenrechtes festhalten wollten, auf der anderen die übrigen Vertreter, denen zum Teil die Formulierung der Resolution nicht weit genug ging. Will man die Notstandsarbeiten in jeder Beziehung und aufs schärfste von der Armenpflege trennen, so wird es nicht möglich sein, an dem zweijährigen Unterstützungswohnsitze festzuhalten, der schon in der Praxis der Armenverwaltung zu den grössten Uebelständen führt. Gerade bei den Notstandsarbeiten wird man sich überhaupt von dem bisherigen Gebrauche frei machen müssen, die Qualification aus der Aufenthalts- bzw. Wohnsitzdauer abzuleiten, anstatt aus der Arbeitsdauer des beschäftigungslos gewordenen Arbeiters. Hält man an der Forderung des Unterstützungswohnsitzes oder einer bestimmten Aufenthaltsdauer fest, so werden dadurch alle die Arbeiter ausgeschlossen, die zwar nicht in der die Notstandsarbeiten veranstaltenden Gemeinde ansässig sind, aber ihre Arbeitskraft dort regelmässig verwerten, auf deren Arbeitskraft die Arbeitsgemeinde sogar direct angewiesen ist und deren Erhaltung daher für sie von der grössten Bedeutung sein sollte. Ist es schon vom Standpuncte des capitalistischen Unternehmers und der bürgerlichen Parteien aus eine durchaus falsche Politik, diesen Arbeitern die Teilnahme an den Notstandsarbeiten zu verweigern, so haben unsere Vertreter doch sicherlich nicht die geringste Veranlassung, eine Politik zu betreiben, die ausschliesslich die Interessen der Stadtcasse fördert. Die Ueberschwemmung der Grossstädte mit den billigen Kräften der Arbeitslosen, die auf der Frankfurter Conference als Hauptgrund für das Festhalten am Unterstützungswohnsitze angeführt wurde, lässt sich schon dadurch verhindern, soweit dieselbe überhaupt verhindert werden kann, dass man eine gewisse Arbeitsdauer für die Arbeitslosen zur Bedingung macht.

Mit dem Verzicht auf den Unterstützungswohnsitz, mit dem man beiläufig nichts anderes tut, als was eine ganze Reihe

bürgerlicher Stadtverwaltungen bereits getan hat, ist an dem eigentlichen Charakter der Notstandsarbeiten als Einrichtungen der Armenpflege nur wenig geändert. Will man diesen ihren Charakter von Grund aus umgestalten, so muss man die unterschiedslose Beschäftigung der Arbeiter der verschiedensten Berufe bei den meist aus Erdarbeiten, Steinklopfen etc. bestehenden Notstandsarbeiten aufheben und den Grundsatz befolgen, dass die Arbeitslosen, wie Punct 6 der Resolution betont, nur zu den Arbeiten verwendet werden, zu denen sie körperlich geeignet sind. Eine weitgehende Differenzierung der Arbeitslosen nach ihren Berufen muss als die Vorbedingung für eine fortschrittliche Regelung der Notstandsarbeiten bezeichnet werden. Der grösste Teil der Arbeitslosen besteht aus den Erd- und Bauarbeitern und Tagelöhnern; deren Arbeitslosigkeit ist eine durch den Wechsel der Jahreszeiten bedingte, jährlich wiederkehrende. Der Umfang derselben wird allerdings ausserdem durch den allgemeinen Zustand des wirtschaftlichen Lebens bedingt. Nach den Tabellen, die Greulich in seinem Bericht *Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis* anführt, waren in Zürich im Durchschnitt von 6 Jahren 72,5% der Arbeitslosen Tagelöhner und Bauarbeiter, in St. Gallen gleichfalls im Durchschnitt von 6 Jahren 71,3%. Die gleichen Procentsätze gelten auch wohl für deutsche Verhältnisse. Sie zeigen recht deutlich, ein wie grosser Teil des Arbeitslosenproblems von den Gemeinden gelöst werden kann, wenn sie für die arbeitslose Zeit geeignete Arbeiten für diese Arbeiterkategorien bereit halten. Und gerade auf diesen Gebieten kann es den Städten bei einiger Voraussicht und einigem guten Willen niemals an den erforderlichen Arbeiten fehlen. Sind die Kostenvorschläge und Plane rechtzeitig vorbereitet und werden zu diesen Erd- und Bauarbeiten nur die geeigneten Arbeitslosen eingestellt, kurz, werden dieselben in der gleichen Weise behandelt, wie die anderen Unternehmungen der Gemeinde, so müssen ihre Resultate die gleichen werden. Sie werden dann nicht teurer für die Gemeinde ausfallen können, und damit wird der Haupteinwand, der von bürgerlicher Seite gegen die Notstandsarbeiten erhoben wird, hinfällig werden.

Aus der Ständigkeit des Bedürfnisses, das, wie wir sehen, für gewisse Classen von Arbeitern jährlich wiederkehrt, folgt weiter, dass die Gemeinden die Beschaffung von Notstandsarbeiten als eine ständige Aufgabe betrachten und durch die Einsetzung von ständigen Commissionen für die zweck-

mässige Vorbereitung und Ausführung der Arbeiten Sorge tragen müssen.

Sehr viel schwieriger zu beantworten ist die zweite Frage, wie für die übrigen 30 % Arbeitsloser gesorgt werden kann, die nicht Erd- und Bauarbeiter sind, vorausgesetzt, dass man davon absieht, auch diese zu den für sie nicht passenden Erd- und Bauarbeiten heranzuziehen, und das Ziel verfolgt, die Notstandsarbeiten als wirtschaftliche Unternehmungen der Gemeinden zu betreiben. Sehr richtig bemerkt zu diesem Punkte Schwander in seiner Schrift *Die Einrichtung von Notstandsarbeiten (Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, 58. Heft)*: »Das Ideal von Notstandsarbeiten würde dann erreicht sein, wenn jeder Arbeiter in seinem eigenen oder einem verwandten Gewerbe beschäftigt werden könnte. Zur Erreichung eines solchen Zieles müssten alle möglichen Betriebe errichtet werden. Das ist aber bei unserer heutigen Volkswirtschaft, die wesentlich privatwirtschaftlich organisiert ist, unmöglich ohne allmähliche Verdrängung eben dieser Volkswirtschaft.« (pag. 58) An dieser Verdrängung sind aber Staat und Gemeinde schon heutzutage mehr oder weniger eifrig beschäftigt. Durch die Ueberführung privater Unternehmungen in ihren Eigenbetrieb heben sie nicht nur diese in gewissem Umfange aus dem Getriebe der Privatwirtschaft heraus und können die von ihnen darin beschäftigten Arbeiter den Conjunctionen des Marktes entziehen; sie schaffen sich auch die weitere Möglichkeit, Arbeitslose der gelernten Berufe zu beschäftigen. Versuche, die Arbeitslosen in die zur Zeit schon bestehenden Werkstätten der Gemeinden einzustellen oder für einzelne Berufe, wie Schuster, Schneider, Handelsangestellte etc. eigene Werkstätten und Schreibstuben einzurichten, sind nicht ohne Erfolg an verschiedenen Orten gemacht worden. Sie verdienen verständnisvolle Wiederholung und Ausbildung.

\*

Die vom Rate der Stadt Dresden den Stadtverordneten vorgelegte **Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter** ist von der letzteren angenommen worden. Als der Entwurf seiner Zeit in der Presse bekannt wurde, erregte er bei allen Socialpolitikern das grösste Erstaunen. Es waren besonders zwei Punkte, die auf allen Seiten gleiche Verurteilung fanden. Der § 16 der Arbeitsordnung verbietet nämlich den städtischen Arbeitern, sich zu Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu vereinigen, oder an solchen zu beteiligen, und der § 5

schreibt vor, dass die Erwerbung aller Vergünstigungen der Arbeitsordnung nach 10 jähriger Dienstzeit erfolgt, wenn der Arbeiter zu Protokoll das eidesstattliche Versprechen abgibt, dem Könige treu und gehorsam zu sein. Der erste Paragraph raubt den städtischen Arbeitern das wichtige Recht, sich zwecks Förderung ihrer wirtschaftlichen Lage zu wirtschaftlichen Vereinigungen zusammenzuschliessen oder an solchen teilzunehmen. Es wird sich dabei in den meisten Fällen um Consumvereine und Bauenossenschaften handeln, beides Einrichtungen, die die *Mittelstandspolitiker* — und diese herrschen unumschränkt auf dem Dresdener Rathause — aufs ingrimigste hassen. Es ist kein Zufall, dass der Vorstand dieser Stadt, in der im nächsten Jahre die deutsche Städteausstellung stattfindet, zugleich an der Spitze der Agitation steht, die sich im Interesse der auf den indirecten Steuern beruhenden Städtebudgets gegen den Beschluss des Reichstags auf Aufhebung aller städtischen Octrois wendet. Wie der Hauptberichterstatter über die Magistratsvorlage in der Dresdener Stadtverordnetenversammlung sagte, würden die Arbeiter durch den § 16 benachteiligt, und um diese Benachteiligung etwas auszugleichen, hätten die Ausschüsse die alle 5 Jahre vorgesehenen Lohnzulagen der ständigen Arbeiter von 30, 40 und 50 M. auf 60, 80 und 100 M. erhöht. In der Debatte wurde unumwunden zugegeben, dass der § 16 eingefügt sei, damit nicht der Mittelstand sagen könne, für die Arbeiter geschehe alles und für ihn nichts. Lohn und Gehalt der städtischen Angestellten müsse den Bürgern der Stadt wieder zu gute kommen. Da wäre es gleich am einfachsten gewesen, man hätte den städtischen Arbeitern Listen von den Ladengeschäften in die Hand gegeben, bei denen sie kaufen dürfen, und ihnen statt baren Geldes ihren Lohn in Bons für diese Geschäfte ausgezahlt. Auch der § 5 mit seiner eidesstattlichen Versicherung, dem Könige treu und gehorsam zu sein, wurde von dem Hauptberichterstatter verworfen, weil er nur die politische Heuchelei züchte, und der Vicevorsteher der Stadtverordneten wagte sogar die Aeusserung, dass Königstreue nur Wert habe, wenn sie Ausfluss innerster Ueberzeugung sei. Beide Herren predigten tauben Ohren. Da gefielen den Dresdener Spiessern die Ausführungen des Stadtverordneten und Fabrikbesizers Kunath doch besser! Diese Leuchte des Collegiums begründete den § 5 unter Zustimmung in folgender moralischen Weis: »Nehmen Sie



an, ein Arbeiter wird einem lästig, und Sie möchten ihn gern los sein. Nun liegt aber kein Entlassungsgrund vor, weil der Mann seine Arbeit zufriedenstellend verrichtet. Was tut man dann? Entlässt man ihn ohne Angabe des Grundes, so schreiben gleich die Arbeiterzeitung und die Rundschau von Massregelung. Zu diesem Zweck ist der Paragraph da. Sie ermitteln, dass der Mann Socialdemokrat ist, entlarven ihn dann als Heuchler und haben einen Grund zu seiner sofortigen Entlassung.« *Probatum est!* Wir empfehlen anderen Stadtverwaltungen das Dresdener Muster zur Nachahmung. Wenn sie jemals in Verlegenheit sein sollten, die Massregelung eines unbequemem Arbeiters zu rechtfertigen, so hilft ihnen der Dresdener § 5 darüber hinweg.

\*

Bei der Vorlage des Haushaltsplanes für das Jahr 1903 hat der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Adickes, sich über die Bedeutung der Einkommensteuer für den städtischen Haushalt in folgender bemerkenswerter Weise ausgesprochen: »Eine der schwierigsten Aufgaben der Finanzverwaltung besteht darin, in guten und schlechten Jahren Einnahmen und Ausgaben gleichmässig anzusetzen. Wir haben seit Jahren nach dem Gesichtspunkt gehandelt, dass auf die immer schwankende Einkommensteuer dauernde Ausgaben nicht gegründet werden dürfen. Wir haben daher die Einnahmen der guten Jahre benutzt, um für die schlechten Jahre im voraus zu sorgen, und sind jetzt in der glücklichen Lage, von einer Steuererhöhung absehen zu können.« In dieser Aeussuerung, die als das Leitmotiv für die Frankfurter Finanzwirtschaft zu gelten hat, ist die Einkommensteuer doch zu tief auf das Niveau einer subsidiären Steuer herabgedrückt worden. Allein deshalb, weil eine Steuer in ihren Erträgen schwankend ist, darf man nicht darauf verzichten, dauernde Ausgaben auf sie zu gründen. Man wird allen Ansprüchen einer gesunden Finanzpolitik nachkommen können, sofern man nur mit den dauernden Ausgaben sich ausserhalb der Schwankungen hält. Die unmittelbare Folge aber dieser Unterschätzung der Einkommensteuer ist die Ueberschätzung und die daraus resultierende zu starke Heranziehung der städtischen Betriebe als Finanzquellen zur Deckung solcher Bedürfnisse des Haushaltsetats, die ausserhalb des Bereiches dieser Betriebe liegen.

\*

**Kurze Chronik.** Die Cölner Stadtverordnetenversammlung genehmigte die Einführung des obligatorischen Fortbildungs-

unterrichtes. Vom 1. April 1903 ab sind alle aus der Volksschule entlassenen Knaben im Alter von 14 bis 16 Jahren verpflichtet, die Fortbildungsschule zu besuchen, sofern sie nicht in die bisherigen allgemeinen Fortbildungsschulen gehen. — Der Nürnberger Magistrat hat den Antrag des Gewerkschafts-cartells, eine Zählung der Arbeitslosen vorzunehmen, abgelehnt. — Der Bürgerausschuss in Karlsruhe hat den Antrag des Stadtrates auf Uebernahme der elektrischen Strassenbahn angenommen. Der Kaufpreis beträgt incl. der Uebernahme der Capitalschulden des Unternehmers etwa 6 Mill. M. — Der Oberbürgermeister Mecum von Giessen hat der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag vorgelegt, eine städtische Lebens- und Rentenversicherung zu gründen, bei der in Giessen wohnende Personen gegen mässige feste Prämien Sterbegelder von 300 bis 500 M., und Altersrenten, beginnend mit 65 Jahren, in Höhe von jährlich 150 bis 170 M. versichern können. Das Unternehmen sollte der Stadt keinen Gewinn bringen. Die Versammlung lehnte aber die weitere Förderung des Antrages ab. — Die Bürgerlichen Collegien von Ulm beschlossen die Erbauung von 30 neuen Arbeiterwohnhäusern, die nach dem System der Einfamilienhäuser gebaut werden sollen. — Der preussische Unterrichtsminister hat von der Stadt Crefeld die Beseitigung der social abgestuften Schulgeldsätze verlangt und den bisherigen staatlichen Zuschuss so lange gesperrt, bis die Stadt seiner Forderung nachkommt. Die Stadtverordneten beschlossen, eine Abordnung nach Berlin zu entsenden, und beim Minister vorstellig zu werden. *Hugo Lindemann.*

## Wissenschaft

### Rechtswissenschaft

Auf dem Gebiete des Vereinsrechts hat sich die preussische Verwaltungspraxis wieder zu einem kleinen Zugeständnis entschlossen. Nachdem man im vorigen Jahre Frauen gestattet hatte, den politischen Versammlungen politischer Vereine als Zuhörerinnen, wenn auch in einem abgetheilten Raum beizuwohnen, konnte die vielfach geübte Praxis, Frauen die Teilnahme an rein geselligen Zusammenkünften solcher Vereine zu verbieten, nicht ohne Lächerlichkeit aufrecht erhalten werden. Das Kammergericht, als höchste Instanz für Strafsachen, hatte schon früher die Auffassung vertreten, dass die gesetzliche Ausschliessung der Frauen sich nur auf politische Versammlungen bezöge, das Oberverwaltungsgericht aber hielt noch bis in die letzte Zeit hartnäckig an der ent-

gegengesetzten Ansicht fest. Jetzt hat der Minister des Innern das Oberverwaltungsgericht verleugnet und die Beamten angewiesen, Frauen die Teilnahme an Festlichkeiten politischer Vereine zu gestatten; nur während politische Festreden gehalten werden, sollen sie sich in ein Segment zurückziehen. Die praktische Tragweite dieser Neuuerung ist nicht ganz gering. Die Veranstaltung von Vergnügungen ist für die politische und gewerkschaftliche Agitation ein unentbehrliches Mittel, bei indifferenten Interesse für die Organisation zu erwecken. Die Ausschliessung der Frauen bedeutet die Verhinderung solcher Veranstaltungen, und sie wurde namentlich gegen oppositionelle und gewerkschaftliche Organisationen rücksichtslos gehandhabt. In dem Dortmunder Schanksperrprozess von 1901 ist festgestellt worden, dass während rein gewerkschaftlichen, ja sogar Vergnügungsvereinen unter dem Vorgeben, sie seien politisch, die Abhaltung von Vergnügungen mit Frauen verboten wurde, dem ausgesprochen politischen nationalliberalen Verein in Dortmund solche Feste gestattet worden waren. Die neue Verordnung des Ministers des Innern beseitigt diese Ungerechtigkeit und nimmt den juristisch vollkommen richtigen Standpunkt ein. Dennoch muss man fordern, dass es nicht bei der jeden Tag widerufflichen Ministerialverordnung bleibt, sondern dass die Auffassung des Oberverwaltungsgerichts durch das vom Reich zu erlassende Vereinsgesetz dauernd beseitigt werde.

Die Gefahren, die das neue Bürgerliche Gesetzbuch der Betätigung politischer und gewerkschaftlicher Vereine in den Weg gelegt hat, werden dagegen immer dringender und verdienten wohl eine ausführliche Behandlung. Bekanntlich hat das Bürgerliche Gesetzbuch alle Vereine, die nicht die Rechtsfähigkeit erlangen können, und das sind alle politischen und socialpolitischen Charakters, sofern sie der Polizei nicht genehm sind, schlechter gestellt, als das frühere Recht, indem sie sie als *Gesellschaften* behandelt. Solche Vereine können selbst ihre Rechtsansprüche praktisch nicht mehr verfolgen, dagegen ist die Haftung des Vereins und der Mitglieder erweitert worden.

Der Ausgang des *Taff Vale*-Processes in England und eine Anzahl kleinerer Prozesse in Deutschland, die aber die Vorläufer von grösseren werden könnten, enthalten für unsere Gewerkschaften die dringende Mahnung, diese Gefahren nicht zu leicht zu nehmen, ihnen vielmehr rechtzeitig, soweit als möglich durch Anpassung der Statuten an das neue Recht vorzubeugen. Deshalb

ist eine kleine Schrift von Dr. Curt Rosenberg. *Das Vereinsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die Gewerkschaftsbewegung* (Berlin, Struppe & Winckler, 1903) zeitgemäss, in der diese Rechtslage der Gewerkschaften eingehend besprochen wird und bestimmte Vorschläge für die Fassung der Statuten formuliert werden. Obgleich als juristische Doctorarbeit geschrieben, zeigt sie das Bestreben, auch dem Nichtjuristen verständlich zu sein. Der Verfasser steht den Gewerkschaftsbestrebungen mit offener Sympathie gegenüber und kennt ihre praktischen Bedürfnisse. Er deutet alle Gefahren, die das heutige Recht den Organisationen bringt, an und weiss eine Reihe von Auswegen anzugeben, von denen der grösste Teil sicher zum Ziele führt, andere mindestens versucht werden sollten. Man kann das Büchlein Gesetzgebern und Rechtsanwälten, Gewerkschaftsführern und Redactoren zur Orientierung empfehlen.

Der Gesetzentwurf über die kaufmännischen Schiedsgerichte, der dem Bundesrat zugegangen ist und schon am 1. April 1903 in Kraft treten soll, schliesst sich erfreulicherweise eng an das Gewerbegerichtsgesetz an und sieht die Verbindung der *Kaufmannsgerichte* mit den Gewerbegerichten vor. Demnach hat das Reichsamt des Innern den Bestrebungen aus bürgerlichen Kreisen, diese Gerichte den Amtsgerichten anzugliedern, doch nicht nachgegeben. Das ist ein neues officielles Anerkenntnis dafür, dass sich die aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Gewerbegerichte durchaus bewährt haben, und das ist jetzt doppelt wertvoll, weil die capitalistische Presse in letzter Zeit wieder einmal gegen dies Institut gehetzt hatte.

Eine Lücke enthält der Entwurf insofern, als dem Kaufmannsgericht nicht die Aufgabe als Einigungsamt zu wirken übertragen werden soll. Man kann zwar praktisch für die nächste Zeit kaum auf Strikes im Handelsgewerbe rechnen, was auch die Organisationen der Gehilfen dadurch anerkannt haben, dass sie bei Beratung des Handelsgesetzbuchs für eine Minimalskündigungsfrist eingetreten sind. Immerhin sollte man der Gleichmässigkeit wegen und um den Gedanken des Einigungsamts grundsätzlich zum Ausdruck zu bringen, einen entsprechenden Abschnitt einfügen.

Wolfgang Helne.

### Geschichtswissenschaften

Eine methodische *Geschichtsschreibung der Literatur* kommt in den uns vorwiegend bekannten Literaturgeschichten

nur selten oder nur unvollkommen zum Ausdruck. Diese Tatsache wird erhärtet durch die ausserordentliche Verschiedenheit der über ganze Litteraturrepochen gefällten Endurtheile. Der Litterarhistoriker ist meistens — das gehört zum Beruf — eine sensible Natur, die zu Controversen neigt, in denen der subjective Geschmack ausschlaggebend ist. Mit seinen Interessen und Empfindungen in der Gegenwart wurzelnd, sucht er in der Vergangenheit nach Stützpunkten, mit deren Hilfe er eine ihm zusagende Auffassung zu halten oder fremde, sich ihm aufräugende Anschauungen abzuwehren sucht. Aber diesem Mangel an Uebereinstimmung im literargeschichtlichen Urtheil kann auch ein Fehler im System, in der Methode zu Grunde liegen. Das ist es, worauf neuerdings ein zeitgenössischer französischer Gelehrter mit Nachdruck hingewiesen hat.

In seinem umfangreichen Werke *La méthode scientifique de l'histoire littéraire* (Paris, F. Alcan) plaidiert Professor Georges Renard zunächst für eine strenge Unterscheidung zwischen Literaturkritik und Literaturgeschichte. Die erstere steht nach ihm zur zweiten im gleichen Verhältnis, wie die Politik zur Sociologie, die Medicin zur Physiologie. Sie wendet an, was die andere gefunden und bewiesen hat; sie will unmittelbar auf die Menschen und Dinge einwirken. Die andere dagegen befeisst sich im Studium einer absoluten Vorurteilslosigkeit. Die Forderung der grösstmöglichen Objectivität, die man an den Geschichtsschreiber stellen muss, würde aber, wenn sie ganz erfüllbar wäre, noch keine einwandfreie Geschichtsschreibung garantieren. Neben und als Ergänzung der befürworteten Abgrenzung der Arbeitssphären hätten die Litterarhistoriker sich über eine einheitliche wissenschaftliche Methode zu verständigen. Aus verschiedenen Gründen ist der Verfasser für die Befolgung der inductiven Methode. Die deductive Methode führt bei dem heutigen Stande der Wissenschaft zu gewagten Folgerungen.

Angesichts der Vielseitigkeit und Beweglichkeit des grossen Ganzen, das von einer über Jahrhunderterte, ja über Jahrtausende sich erstreckenden Litteraturentwicklung repräsentiert wird, kann das Schema der geschichtlichen Darstellung naturgemäss zunächst nur den allermarkantesten Zügen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Um sich nicht in der unzähligen Menge kleiner und kleinster Aenderungen, durch die das literarische Werden sich documentiert, zu verlieren, hat der Autor die entscheidenden

Wendepuncte zu ermitteln, diejenigen zum Beispiel, an denen ein neuer Factor zur Geltung gelangt, wo eine geistige Strömung einsetzt, zum Stillstand gelangt oder einen Frontwechsel verursacht. Er gewinnt dadurch einen Ueberblick über die einzelnen Epochen der literarischen Entwicklung. Von diesen Erwägungen ausgehend, sucht Renard die drei grossen Perioden der französischen Litteratur zeitlich zu umgrenzen. Die erste umfasst das ganze Mittelalter und reicht bis in die Mitte des XVI. Jahrhunderts hinein. Die Werke, die ihr das ihr eigentümliche Gepräge geben, haben den Charakterzug gemeinsam, dass sie vom feudalen und katholischen Gedanken inspiriert sind und Genres angehören, die spontan auf französischem Boden selbst entstanden sind. Die zweite Periode, welche von der Renaissance bis zur Restauration reicht, ist die sogenannte *classische* Periode, welche wesentlich vom Geist des classischen Altertums erfüllt ist und die Römer und Griechen zum Muster nimmt, sich dabei der Gelehrtheit beileissigt und aristokratische Allüren annimmt. Was die letzte Periode betrifft, so sind wir durch den Umstand, dass wir selber ihr angehören, ausserstande, ihre Züge genau zu unterscheiden. Was wir in dieser neuen, kaum hundertjährigen Epoche feststellen können, sind zugleich demokratische, wissenschaftliche und kosmopolitische Tendenzen.

Es ist übrigens kaum nötig, darauf hinzuweisen, wie ausserordentlich unbestimmt und fluctuierend die Grenzen dieser grossen Perioden sind. Zwischen der ersten und zweiten, wie zwischen der zweiten und dritten dehnen sich Uebergangphasen aus, während welcher die Litteratur einen gemischten Charakter trägt.

Während es nun trotz des verdunkelnden Charakters dieser verbindenden Zwischenphasen nicht schwer ist, die grossen Perioden des intellectuellen und künstlerischen Lebens zu unterscheiden, gestaltet sich die Aufgabe schwieriger, wo es sich um eine Untereinteilung dieser letzteren handelt. Die Geschichte der Litteratur entbehrt der Symmetrie. Sie von allen ihren Wandlungen Rechenhaft zu geben, ist heute dem einzelnen unmöglich, weil ihre Construction zu viele Lücken und willkürliche Linien aufweist. Eine vollkommene Kenntnis ihrer Gesetze ist der historischen Darstellung unentbehrlich geworden — eine Kenntnis, die nur aus der bislang so vernachlässigten Untersuchung aller Ursachen resultieren kann, die die literarische Entwicklung bedingen. Das läuft nun zwar

in letzter Instanz auf eine wissenschaftliche Excursion in alle Domänen der Sociologie hinaus, und aus diesem Umstand schon ersieht man die immense Schwierigkeit der geschichtlichen Darstellung auch nur einer einzigen Literaturepoche. Aber bis die Forschung den der Literatur verwandten Wissensgebieten eine derartig sichere Operationsbasis gegeben haben wird, dass man von ihr, wie von einer Plattform des Gesamtwissens aus, die einzelnen Disciplinen beherrschen kann, ist es unerlässlich, analytische Vorarbeit zu verrichten.

Ein Werk ist also in seiner Isoliertheit zunächst einer doppelten Prüfung zu unterwerfen: in Bezug auf seinen Inhalt und in Bezug auf seine Form. Anzuschliessen an diese Untersuchung der Schöpfungen eines Verfassers hat sich die Untersuchung aller Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen ihnen und den Erscheinungen der äusseren. Es heisst also, die wirtschaftlichen, politischen, familialen, religiösen, kosmischen Zustände einer Zeit zu untersuchen, mit besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Existenzbedingungen des Autoren. Die Aufgabe, die hier des Historikers harzt, ist die Feststellung der wesentlichsten Ursachen, die das Werk zu dem gemacht haben, was es geworden ist, und die Bestimmung der wesentlichsten Wirkungen, die es auf die Zeitgenossen und die Nachwelt ausgeübt hat.

Hermann Thurow.

## Diversa

### Bücher

**Anatole France: *Opinions sociales.*** (*Bibliothèque Socialiste*, Nr. 13—14). Paris, Georges Bellais.

Diese zwei kleinen Bändchen enthalten eine Reihe von kleinen Aufsätzen, Skizzen und Ansprachen, die der Gelehrte und Dichter Anatole France in socialistischen Blättern hat drucken lassen, seit er der Genosse Anatole France geworden ist. Wer den Novellisten France kennt und die tief-sinnige Lieblichkeit seiner Schöpfungen bewundern gelernt hat, der wird mit Freuden in den *Opinions sociales* denselben Meister wiederfinden, nur in schlichterem Gewand: es ist noch derselbe heiter spielende Weise, der den Schlüssel zu allen Schatzkammern verschollener Kulturwelten besitzt und Seltenstes und Märchenhaftes gelassen wie Alltägliches handhabt; nur dass er diesmal seine Kostbarkeiten sparsamer ausstreut, denn es liegt ihm daran, von allem Volk verstanden zu werden. Das ist der ganze

Unterschied; und weil dem so ist, darum ist er so leicht zu verstehen, warum Anatole France Socialist wurde, Socialist werden musste, sobald er seine Aufmerksamkeit der Gegenwart zuwandte. Dieser hellseherische Kenner der Geschichte des menschlichen Geistes hatte schon längst durch alle bunten Verkleidungen hindurch im Heiden und Christen, im Juden und Hellenen, im Ritter und Bauern die eine Menschennatur kennen und lieben gelernt, schon längst die kurzlebige Vergänglichkeit all der Satzungen erkannt, die der Tross der Eintagsmenschchen noch als ewige Normen anbetet, wenn sie schon längst zum Untergang reif sind. Ob er das Geistesleben des alten Aegyptens oder des alten Römerreichs durchforschte, ob er der zwecklosen Selbstaufopferung christlicher Mönche mit wehmütiger Liebe nachspürte oder die Ritter der Feudalzeit aus ihrem Grüften erstehen liess, immer sah er das, wovor eine Generation gekniet hatte, vor den Augen der nächsten Generation zu Plunder werden; und in all diesen Kämpfen, die seine zauberstarke Phantasie wie gegenwärtige miterlebte, nahm er von jeher die Partei der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Güte. Und die Sache der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Güte, das ist heute eben der Socialismus. Anatole France ist Socialist, weil er ein vorurteilsfreier Denker von heute ist.

Aus dem ersten Bändchen ist vor allem die classische kleine Novelle *Crainquebille* hervorzuheben. Sie erzählt die tragikomische Geschichte eines armen alten Gemüsehändlers, den die bornierte Rachsucht eines Polizisten ins Unglück stürzt; als aber dann der Ruinierte, Verkommene dem Trunk Verfällene absichtlich seine Verhaltung provocieren will, um doch für einige Wochen vor Hunger und Kälte geschützt zu sein, betrügt ihn die unerwartete Milde eines anderen Polizisten um seine letzte Hoffnung. Dasselbe Bändchen enthält ferner eine Reihe von Ansprachen, die der Genosse Anatole France bei der Eröffnung von Arbeiterbildungsschulen, bei Gedächtnisfeiern und ähnlichen Anlässen hielt. Das zweite Bändchen zeigt ihn ganz als kämpfenden *Dreyfusarä*, dessen Schalkheit zum grimmigen Hohn, dessen graziöse polemische Fechtkunst zum donnernden Zorn wird, wo es gilt, die culturfeindlichen Anschläge des Klerikalismus und Militarismus zu Schanden zu machen. Wer es noch nicht weiss, der kann es aus der aufmerksamen Lectüre dieses Bändchens lernen, wie unendlich viel mehr bei der *Affaire* für Frankreich auf dem Spiele stand, als bloss

die Verurteilung oder Freisprechung eines einzelnen. Den Beschluss macht eine Verherrlichung des *guten Richters* Magnaud und seiner souverainen Verachtung der Bourgeoisimoral. *Ladislaus Gumpowicz.*

\*  
**W. Bölsche:** *Von Sonnen und Sonnenstäubchen.* Kosmische Wanderungen. Berlin, Georg Bondi

**W. Bölsche:** *Das Liebesleben in der Natur.* Eine Entwicklungsgeschichte der Liebe. 3. Folge. Leipzig, Eugen Diederichs.

»Ein Sonnenstäubchen ist diese ganze lustige Erde, ein Sonnenstäubchen dieses Sonnenstäubchens ist der Mensch.« Unter diesem Gesichtspunct reihen sich leicht und organisch die 17 zum Teil in Tagesblättern früher veröffentlichten Aufsätze Bölsches ein, deren Buchausgabe noch den speciellen Vorzug hat, mit Tafeln nach Originalaquarellen Haeckels versehen zu sein. Wenn auch nicht alle Aufsätze jedem gleich viel bedeuten können, schon weil jeder sich die Welt von seinem eigenen Lieblingswinkel ansieht und dann auch, weil sie tatsächlich nicht gleichwertig sind, so strömt doch einheitlich aus dem Buch die Welt- und Lebensanschauung Bölsches heraus, sein tiefsinniges Verstehen dessen, was er schaut, und sein künstlerisches Schauen dessen, was er als Naturwissenschaftler studiert. Er spricht uns von der Milchstrasse und vom Mond, er schildert gern seine geliebte märkische Landschaft, ihr Werder und Vergehen, er spricht von allerhand Getier, dem ersten Vogel, dem Nilpferd, dem geheimnisvollen Fund in der Eberhardthöhle in Patagonien, oder in vergnüglicher Beschaulichkeit von seinem Liebling, dem Schnabeltier, von dem aus so klar die Wege nach unten und oben in der Lebensentwicklung nachzuweisen sind; an welcher Stelle er aber immer ansetzen mag, er schält uns den Faden heraus, der vom Bacillus zum Affenmenschen führt und gibt dem Menschen ein wunderbar sicheres Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der umgebenden Natur. Er stellt ihn erst so recht auf festen Boden und gibt ihm eine Heimat. Und wer eine Heimat hat, der weiss auch, dass er nicht für sich allein lebt, sondern, dass er seine Kraft dem grossen Ganzen dienstbar machen muss, dem er angehört.

Diese Empfindung haben wir auch, wenn wir das Hauptwerk Bölsches *Das Liebesleben in der Natur*, dessen dritter und letzter Band nun erschienen ist, betrachten. Die ersten beiden Bände sind in dieser Zeitschrift bereits gewürdigt worden (vergl. *Socialistische Monatshefte*, 1899, pag. 251 f., und 1900, pag. 838 f.). Das Gesamtbuch

ist ein Lebenswerk und wäre wohl ein Meisterwerk, wenn es straffer zusammengefasst und wohl auch kürzer wäre. Es hat aber eine wirkliche Mission erfüllt. Es ist ja garnicht zu ermessen, in wieviele verborgene Ecken und grübelnde Gemüther es Licht und Freude gebracht hat. Der erste Band war der Pionier, der schaffte freie Bahn und er war auch ganz dazu angetan in seiner köstlichen Frische, seiner originellen Keckheit und mit der Fülle des neu und eigenartig gruppierten wissenschaftlichen Materials; der dritte Band kommt ihm hierin nicht gleich, aber er hat einen Vorteil, der mir ihn noch fast lieber macht, als seinen stürmischen Vorgänger: er ist still und von jener Einfachheit, die umso grösser ist, je tiefer das Wort im innersten Wesen eines Menschen wurzelt.

Sicherlich hat auch hier Bölsche manches kühne Wort gesagt, er hat es gewagt, das Liebesleben des Menschen ebenso genau zu schildern und in allen seinen Phasen darzustellen, wie er es bei den Tieren getan. Er spricht von Liebe und Nacktheit, vom *Feigenblatt*, von Prostitution, von allen möglichen Sitten und Gebräuchen, die den Geschlechtsverkehr bei den verschiedensten Völkern begleiten, ja er behandelt sogar die Syphilis: den Kampf der Liebe mit dem Tiefstehenden, dem Bacillus; immer wieder mit den grossen Ausblicken auf das Woher und Wohin der Menschheit, und er kündigt — wie werden die enttäuscht sein, die über seine *Unstilllichkeit* entrüstet sind! — dass das Liebesleben der Zukunft zur wahrhaftigen Dauerehe führen muss, zu der Ehe, die Menschen körperlich und seelisch verbindet, die der wunderbare gesunde Nährboden ist für des Menschen Ewigkeit, das Kind. Aber freilich braucht es dazu eine Erfüllung und das ist das Weib, das im stande ist, seine physischen Functionen so einfach und selbstverständlich zu erfüllen, wie die Natur sich entwickelt, und das auch dadurch erst oder wieder seelisch vom Manne unzertrennlich wird. Es ist nur natürlich, dass das Buch in philosophische Betrachtungen ausklingt, dass sich Bölsche fragt, ob das Leben denn all die Leiden wert ist, die es mit sich führt, ob nicht doch der Philosoph recht behalt mit seinem *Alles ist eitel*. Aber Bölsche hat zu tief erkannt, dass der ganze Zug nach Entwicklung herauf zur Harmonie geführt hat und dass sich das Harmonische in der Concurrenz mit dem Disharmonischen erhält, um Pessimist sein zu können, und es bricht doch schliesslich die intensive Lebensbejahung und Lebensfreude des Menschen durch, der dem Leben in alle Winkel

nachgegangen ist und es köstlich findet. Und das letzte Wort nach all dem Kampf, nach all dem Gewirr, nach Leid und Wonne ist *Sehnsucht*, denn die Sehnsucht ist unseres Wesens bester Teil. *Ida Häny-Lux.*

**Mathilde Ade:** *Ueberkinderbilderbuch.* Lustige Bilder und Reime für das kleine Volk. Esslingen und München, J. F. Schreiber.

**Ernst Dannheisser:** *Miaulina.* Ein Märchenbuch für kleine Kinder. Mit Bildern von Julius Diez, Köln, Schafstein & Co.

**Ernst Kreidolf:** *Die Wiesenzwerge.* Bilder und Text. Köln, Schafstein & Co.

Es ist über Kinderkunst viel in letzter Zeit geschrieben worden und zwar mit dem Resultat, dass in den anfänglich gesteckten Zielen bereits wesentlich Differenzierungen zu verzeichnen sind. Damals glaubte man bereits die ganze Bildkunst den Kinderaugen beträchtlich näher zu bringen, wenn man sie technisch vereinfachte und die Localfarben den Lichtwirkungen gegenüber mehr bevorzugte. Nun diese Forderung im allgemeinen durchgeführt ist, fällt es erst recht an, welche überwiegende Rolle der Auffassung gegenüber der Deutlichkeit zugesprochen werden muss. Kreidolf ist wohl der einzige, der alle Forderungen zu erfüllen im stande ist, die man an einen Zeichner für Kinder stellen muss. Er ist neben allen seinen grossen künstlerischen Vorzügen von entzückender Einfachheit; die Schulterlinien, die ganze Haltung dieser kleinen Zwergleute ist rührend simpel; die Pracht, die in dieser Zauberwelt entfaltet wird, ist mit so einfältiger Phantasie ausgemalt, dass man glauben könnte, es sei das Abbild irgend eines wirklichen Kindertraumes gegeben. Das Schlussblatt der *Wiesenzwerge* zeigt eine Zwergenfamilie; alle schlafen nach ausgesöhntem Streit, und der Traumgott in unansehnlichem Röckchen mit grauen Hosen und phantastisch grossen, grünen Flügeln wirft mit seinen Händen einen weissen Schein über die kleinen Betten, die man durch das offene Fenster sieht, in das ein kleines spärliches Engelen ein paar Blumen legt. Vorn spielen zwei Engel mit einer Kette glänzender Wassertropfen; ihre Flügel sind nur ein heller Schimmer; hinten entflieht ein Gespenst. Grotteske Komik, eine Phantasie, die alles wie durch Kinderaugen sieht — das ist das Anziehende an seiner Kunst — und das, was Julius Diez fehlt. Diez zeichnet überaus sicher und gewandt; seine Bilder sind alle mit grosser Liebe bis in das Kleinste erdacht, doch zeigen sie mehr eine feine und geistreiche Komik, während ihnen der warme Humor Kreidolfs abgeht. Dazu kommt, dass die Strichführung überreich ist und etwas

von Härte hat — daher wird er in der Kinderkunst wohl nicht ähnlich Bedeutendes leisten, wie er in den Ranzzeichnungen für die *Jugend* gegeben hat. — Gegen die Verfasserin des dritten Buches, Mathilde Ade, ist nicht viel zu sagen; sie ist ganz geschickt und hat auch mitunter drollige Einfälle, aber das ganze ist unkünstlerisch und im Grunde verfehlt. Schon der Titel *Ueberkinderbilderbuch* ist eine arge Geschmacklosigkeit; von der Mode des *Uebertums* könnte die Kinderstube wenigstens verschont bleiben. Uebrigens ist das Buch aber in sofern besser, als sein Titel, als kaum eine Beziehung zwischen ihm und dem Inhalt besteht, als höchstens eine Anspielung auf das Ueberbrettel, die die Kinder natürlich nicht verstehen. Geschickt sind die Bilder, gewandt und fein ausgeführt, aber auch ungewöhnlich reizlos, hässlich und unliebenswürdig, wo sie drollig sein wollen. Der Text ist dürftig; während die Reime in ihrer Simplizität es auf ganz kleine Kinder scheinen abgesehen zu haben, kommen doch mitunter Worte vor, die auch grösseren Kindern unverständlich sind — wie *Kunst im Kinderleben*, *Medaille*, *Milgisl* und andere mehr. — Was die Texte der beiden anderen Bücher betrifft, so sind die Erzählungen von Ernst Dannheisser ausserordentlich unterhaltend und schnurrig. Von nicht gar zuviel Moral beschwert, fabuliert Dannheisser mit beneidenswerter Leichtigkeit; die merkwürdigsten Abenteuer scheinen kein Ende nehmen zu wollen. Da hört man von einem kleinen Jungen, der im Walde einen Strohalm hat fallen lassen — über den stolpert ein kleines Zwerglein und zerschlägt sich das Knie, so dass die Zwergmutter auf einem Hirschkäfer hergaloppiert kommt, um den Jungen tüchtig auszuschelten und seiner Mutter einen Beschwerdebrief auf einem Rosenblatt zu schreiben — ein ander Mal verstecken sich Puppe, Hanswurst, Katz und Mops in des kleinen Jochems Bett und jagen dann aufgescheucht, als Gespenst im Dorf in die Runde bis der Nachtwächter sie alle einfängt. — Leider sind die Erzählungen zu den *Wiesenzwergen* Kreidolfs garnicht gelungen. Es ist merkwürdig, wie jemand, der in seinen Bildern so ganz den Kinderton zu treffen weiss, es in seinen Erzählungen so garnicht kann. Der Erzähler ist langweilig und steif; aus vielen Wendungen klingt gesuchte Kindlichkeit. Nirgends in den neueren Bilderbüchern trifft man doch auf einen so derben und volkstümlichen Ton, wie in den Grimmschen Märchen, in denen es heisst: »Und er war vergnügt, wie ein Schneider, der Hochzeit hält.«

*Lisbeth Stern.*

Verantwortlich für die Redaction: Oskar Richter in Berlin.

Verlag der Socialistischen Monatshefte (M. Mundt), Bouth St. 2, Berlin SW.

Druck von Carl Rosen, Bouth St. 2, Berlin SW.

Wir empfehlen zur Anschaffung:

**Jean Jaurès**, Mitglied  
der französischen Abgeordnetenkammer:

## Aus Theorie und Praxis.

Socialistische Studien.

Autorisierte Uebersetzung, herausgegeben von Dr. Alb. Südekum.

Preis: broschiert 3 Mk., eleg. gebunden 4,50 Mk.

Das Buch „verdient wieder und wieder gelesen zu werden. Sein Verfasser hat sich durch das, was er sagt, mit Fug unter diejenigen unserer Vorkämpfer gestellt, welchen wir den Ehrentitel eines Lehrers im Socialismus beizulegen haben.“ *Brandenburger Zeitung.*

„Es ist das erste Mal, dass der Führer der grossten Gruppe der französischen Socialisten in deutscher Sprache zu uns redet. . . Das, was vorliegt, ist ein grosser Fortschritt in der socialistischen, speciell in der deutschen socialistischen Litteratur.“ *Die Zeit - Berlin.*

**Emile Vandervelde**, Mitglied der belgischen  
Abgeordnetenkammer:

## Die Entwicklung zum Socialismus.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Alb. Südekum.

Preis: broschiert 3 Mk., eleg. gebunden 4,50 Mk.

„Unser bekannter belgischer Genosse hat uns mit der vorliegenden Schrift ein vortreffliches Propagandamittel geboten, das wir freudig begrüssen . . . Vandervelde zeigt . . . ein sehr klares Verständnis der Entwicklungstendenzen des Capitalismus. Was er darüber sagt, geht zu den besten Parteen der Schrift.“ *Die Neue Zeit.*

„Wir empfehlen allen Genossen die Anschaffung dieses lehrreichen und prächtig geschriebenen Buches.“ *Volkswacht - Breslau.*

„Vandervelde, der ebenso beredt wie gelehrte Führer der belgischen Socialdemokratie, will mit diesem Werkchen eine Lücke in der socialistischen Litteratur ausfüllen, ein Buch schaffen, das zwischen Agitationsbroschüre und wissenschaftlichem ‚Wälzer‘ nach Umfang und Darstellung die Mitte hält“ *Die Zeit - Wien.*

„Die bedeutendsten Theoretiker des proletarischen Socialismus waren bisher Deutsche. Die deutschen Socialdemokraten sowohl wie die sonst für die socialistische Litteratur sich interessierenden Kreise kummerten sich um die Veröffentlichungen ausländischer Socialisten nicht sonderlich. Zwei neue Schriften von Jaurès und Vandervelde, die sofort auch in deutscher Sprache erschienen sind, dürften dieses Verhältnis wesentlich ändern.“ *Dortmunder Tageblatt.*

**Max Schippel**, Mitglied des deutschen Reichstags:

## Grundzüge der Handelspolitik.

Zur Orientierung in den handelspolitischen Kämpfen.

Preis: broschiert 5 Mk., eleg. gebunden 7,50 Mk.

Der Hauptzweck der Schrift besteht darin, die verschiedenen handelspolitischen Strömungen des letzten Jahrhunderts darzustellen als Folge- und Begleiterscheinungen tieferer wirtschaftsgeschichtlicher Ursachen und Umwälzungen und der dadurch geschaffenen wechselnden socialen Interessengruppierungen. Besondere Aufmerksamkeit ist naturgemäss der internationalen Agrarkrisis der letzten zwei Jahrzehnte und ihrem Rückschlag auf die mitteleuropäische Politik gewidmet. Mit einer Darstellung der deutschen Handelsverträge, der heutigen Agrarbewegung, der für die Stellungnahme der Arbeiterklasse entscheidenden Gesichtspuncte schliesst das Werk

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie durch den untenzeichneten Verlag.

Verlag der Socialistischen Monatshefte, Berlin SW. 19.

Diesem Heft liegt ein Prospect des *Modern-Paedagogischen und Psychologischen Verlags* in Charlottenburg bei.

Neuer nationalökonomischer Verlag von GUSTAV FISCHER in Jena.

Arndt, Paul, Dr., Docent an der Akademie für Social- und Handelswissenschaften zu Frankfurt a. M. Der Schutz der nationalen Arbeit. 1902. Preis: 75 Pf.

Dix, Arthur, Die Jugendlichen in der Social- und Criminalpolitik. 1902. Preis: 2 Mark.

Die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und die Erhöhung des Schutzalters für jugendliche Arbeiter in Fabriken. Referate der Generalversammlung der Gesellschaft für sociale Reform in Cöln, am 22. September 1902, erstattet von Dr. August Pieper, M. Gladbach und Helene Simon, Berlin. Nebst einem Bericht über die Generalversammlung der Gesellschaft für sociale Reform in Cöln. Preis: 1 Mark. (Bildet Heft 7/8 der „Schriften d. G. f. soc. Reform.“)

Hirsch, Karl, Dr., Gerichtsassessor in Frankfurt a. M., Die rechtliche Behandlung der Cartelle. Preis: 1 Mark.

Jahresbericht über die Fortschritte und Leistungen auf dem Gebiete der socialen Hygiene und Demographie. Band I: Bericht über die Jahre 1900 und 1901. Von Dr. med. A. Grotjahn und Dr. phil. F. Kriegel. 1902. Preis: 7 Mark 50 Pf.

Prange, Otto, Dr., Die Theorie des Versicherungswertes in der Feuerversicherung. Teil I: Die Theorie in historischer Entwicklung. 1895. Preis: 3 Mark. Teil II: Die Praxis der Versicherungswertermittlung. 1. Buch: Die Ermittlung des Versicherungswertes von Baulichkeiten. Preis: 5 Mark.

Schriften der Gesellschaft für sociale Reform. Herausgegeben von dem Vorstande. — Heft 5. Verbands- und Versammlungsrecht wider die Coalitionsfreiheit. Referat, erstattet dem Ausschuss der Gesellschaft für sociale Reform von Ferdinand Cönnies, Eutin. 1902. Preis: 40 Pf. — Heft 6. Die Rechtsverhältnisse im Gärtnergewerbe. Referate, dem Ausschusse der Gesellschaft für sociale Reform in der Sitzung vom 6. Mai 1902 erstattet von M. von Schulz, Vorsitzendem des Gewerbegerichts Berlin, und Franz Behrens, Geschäftsführer des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins, Preis: 25 Pf.